blätter des iz3w



Inhaltsverzeichnis

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU : Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Konrad Fisch, Uwe Göde, Stephan Günther, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Frank Krämer, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Frank Sträter, Sigrid Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
prolit verlagsauslieferung gmbh, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 43071

Redaktionsschluß für Nr. 183:
13.7.1992

Anzeigenschluß für Nr. 183:
(Druckfertige Vorlagen) 27.7.1992

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).

Titelbild:
Collage unter Verwendung v on Grafiken der palästinensischen KünstlerInnen Suleiman Mansour und M. Kahil.

Was fehlt?

In unserer Ausgabe zu Tourismus (blätter Nr. 179) haben wir beim Beitrag von Claudia Brözel über 'Massentourismus auf Gomera' vergessen, die Quellen mitabzudrucken. Hier sind sie:
Der Tagesspiegel, Berlin, 21.4.91 'Gomera: Start in den Massentourismus'
Die Zeit, 2.8.91, 'Gomera wird gestylt'
Wir bitten um Entschuldigung!

Schwerpunkt Nr. 183: Nationalismus II

Im Schwerpunkt Nationalismus I (Nr. 178) wurden die Genese des Nationalgedankens in Europa und der Zusammenhang zwischen der Konstruktion nationaler Identität, Rassismus und Antisemitismus analysiert. Der außereuropäische Nationalismus soll nun in einem zweiten Schwerpunkt beleuchtet werden. Insbesondere folgende Themen sind vorgesehen: Historische Entwicklung des antikolonialen Nationalbewußtseins (Länderbeispiele). Europäischer und antikolonialer Nationalismus im Vergleich, Nationale Befreiungsbewegungen an der Macht und das Problem ethnischer Minderheiten sowie Solidaritätsbewegung und nationale Befreiung. Anregungen und Beiträge bitte bis zum 6. Juli an die
Redaktion der "blätter des iz3w", Postfach 5328, 7800 Freiburg
Das Heft kann gegen 6,-DM Vorkasse (Scheck, bar oder in Briefmarken) bei der obigen Adresse bestellt werden.



Kabul auf dem Weg nach Beirut

Nach dem Sturz der afghanischen Regierung unter Präsident Nadschibullah im April und wochenlangen Kämpfen in und um Kabul in den Wochen danach wurde Ende Mai ein zerbrechlicher Waffenstillstand vereinbart. Ist der jahrelange Bürgerkrieg damit beendet? Wie kam es zum Sturz der Regierung und dem Einzug der Mudschahedin in Kabul?

Als im Februar 1989 die letzten sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzogen, waren fast alle Fachleute sicher, daß der afghanische Präsident Nadschibullah innerhalb kürzester Zeit vor dem Ansturm der Mudschahedin fliehen müßte. Meinungsverschiedenheiten gab es nur in der Frage des Zeitpunktes: die Schätzungen lagen zwischen zwei Wochen und drei Monaten. Ohne die sowjetischen Truppen sei die afghanische Regierung - die man immer »das Regime« zu nennen beliebte - schutzlos und militärisch ohne Chance. Jetzt, etwas mehr als drei Jahre nach diesen Voraussagen, ist Nadschibullah tatsächlich gestürzt, die Mudschahedin sind in Kabul eingezogen.

Die Regierung der Watan-Partei (Vaterland-Partei) in Kabul ist aber bis zuletzt nicht militärisch gescheitert. Sie ist nicht durch Druck der Mudschahedin zu Fall gebracht worden, überhaupt nicht durch militärische Operationen, sondern durch ihre innere, politische Auflösung. Daß diese Zersetzung der Machtstruktur von innen dann auch negative militärische Folgen zeitigte, ist selbstverständlich.

Beim Abzug der sowjetischen Truppen stand Präsident Nadschibullahs Regierung am Rande der Panik. Bis zum Sommer 1991 hatte sich ihre Position aber schrittweise verbessert. Nachdem sie den Generalangriff der Mudschahedinallianz gegen die wichtige Provinzhauptstadt Jalalabad ohne äußere Hilfe abgewehrt hatte, konnte sie sich politisch und militärisch stabilisieren. Die Mudschahedin wiesen zunehmend ihre Unfähigkeit zum militärischen Sieg nach. Mudschahedineinheiten hatten schon immer heftige interne Konflikte ausgetragen. Während die Regierung der Not gehorchend zusammenrückte, leisteten sich diese aber immer mehr den Luxus, gewaltsam gegeneinander vorzugehen. Die sieben Exilparteien in Peshawar gründeten zwar eine gemeinsame »Gegenregierung«, die politisch aber folgenlos blieb und es auch nicht vereiteln konnte, daß deren Mitglieder Mordanschläge aufeinander unternahmen. Die Siebeneralllianz wurde nur notdürftig durch den Druck äußerer Geldgeber zusammengehalten, vor allem aus Pakistan und den USA. Außerdem kam es zu Differenzierungsprozessen zwischen den Exilparteien einerseits und den im Land kämpfenden »internen Kommandanten« andererseits. Letztere wurden zunehmend wichtiger und unabhängiger, sie waren eigenständige Machtfaktoren in ihren jeweiligen Regionen. Seit Beginn des Krieges bestehende stammesmäßige und ethnische Konflikte sowie unterschiedliche Perspektiven der sunnitischen und schiitischen Parteien machten ein einheitliches Vorgehen der Mudschahedin - von gemeinsamen militärischen Operationen oder Strukturen ganz zu schweigen - nicht leichter.

Hauptgewinner dieser Tendenzen war die Regierung Nadschibullah. Ihr Vorteil war aber eher die Schwäche und Zersplitterung ihrer Gegner als die eigene Stärke. Regierung und viele interne Kommandanten begannen mit mehr oder weniger diskreten Gesprächen und Verhandlungen, es kam zu zahlreichen regionalen Waffenstillstandsverträgen, die über den Kopf der Exilparteien abgeschlossen wurden. 1990/91 war es dann so weit, daß der Krieg zwischen Regierung und Mudschahedin sich im wesentlichen auf die Grenzregion zu Pakistan beschränkte, weil die Exilparteien nur noch dort über entsprechende Machtmittel verfügten. Im größten Teil des Landes hatte sich die Regierung auf einen Handel »Autonomie gegen Frieden« eingelassen. Die lokalen Kommandanten und Stammesführer durften ihre jeweilige Region danach selbst verwalten. Zusätzlich erhielten sie Geld oder sogar Waffen, wenn sie ihren Aufstand beendeten. In vielen Provinzen funktionierte das, oft wurde dort allerdings trotzdem gekämpft - zwischen Mudschahedingruppen.

Es bildete sich in den Jahren 1989/91 eine Konstellation heraus, in der die Regierung nach wie vor keine Chance hatte, die Mudschahedin militärisch zu besiegen, andererseits auch Versuche des gewaltsamen Sturzes der Regierung aussichtslos waren. Eine militärische Lösung des Konfliktes war unmöglich. Es kam zwar zu militärischen Erfolgen oder Rückschlägen beider Seiten - etwa der Eroberung Paghmans durch die Regierungstruppen im Juli 1990 oder Khosts durch die Mudschahedin im März/April 1991 - aber das Gleichgewicht blieb im wesentlichen erhalten.

Jonglieren mit Loyalitäten

Dennoch blieb die Regierung in einer höchst prekären Situation. Die in eine »Vaterlandspartei« umgegründete ehemalige »Demokratische Volkspartei« und das Militär waren alles andere als geschlossen und handlungsfähig. Persönliche, familiäre, stammesmäßige und ethnische Loyalitäten sowie politische und wirtschaftliche Interessensunterschiede im Regierungslager führten oft an den Rand gewaltsamer Auseinandersetzungen. Der gescheiterte Putschversuch des damaligen Verteidigungsministers Shahnawaz Tanai gegen die eigene Regierung im Frühjahr 1990 war nur eine Illustration der Widersprüche im Regierungslager. In Kabul selbst war Präsident Najibullah mit großem Geschick damit beschäftigt, das reguläre Militär, die paramilitärische Sarandoi-Truppe des Innenministeriums und den berüchtigten Geheimdienst Khad gegeneinander auszubalancieren und auszuspielen, um sich an der Macht zu halten. Außerdem ruhten die Macht des Präsidenten, seiner Regierung und Partei auf einem labilen Geflecht von Beziehungen zu autonomen oder halbautonomen Stämmen und Milizen. Dieser Punkt darf nicht unterschätzt werden. Als der Regierung die prestigeträchtige Eroberung von Paghman (vor den Toren Kabuls) gelang - die sowjetischen Truppen waren daran immer gescheitert - hatte die von der Regierung bezahlte usbekische Miliz des Generals Dostam die Schlüsselrolle gespielt, nicht etwa die reguläre Armee. Und bei der Verteidigung der wichtigen Provinzhauptstadt Gardez spielte der in der Nähe lebende Ahmadzai-Stamm der Pashtunen eine wichtige Rolle - der Stamm des Nadschibullah-Clans. Dieses Jonglieren mit unterschiedlichen Loyalitäten betrieb Nadschibullah mit großem Geschick, aber hier lag auch seine eigentliche Achillesferse, nicht im militärischen Feld. Solange er seine zerstrittene Partei und sein Militär, den Geheimdienst und die anderen bewaffneten Truppen zusammenhalten und um dieses Machtzentrum herum eine ausreichende Koalition von Stämmen und Milizen bewahren konnte - solange war er sicher und Kabul nicht zu erobern. Sobald aber diese heterogene Allianz politischer und militärischer Kräfte zerbrechen würde - genau dann wäre die Regierung in Kabul am Ende und die Stadt reif für die Übergabe. Und die Sicherung der Loyalitäten setzte vor allem zwei Dinge voraus: Geld und Waffen.

Nadschibullah geht das Geld aus

Das labile Gleichgewicht geriet ins Wanken, als sich auf der internationalen Ebene wichtige Veränderungen ergaben. Die USA hatten seit den frühen achtziger Jahren mit großem Aufwand die Sieben-Allianz in Peshawar aufgerüstet - mit bis zu 700 Mill. Dollar pro Jahr (1988). Davon waren zwei Drittel pikanterweise über Pakistan an die Partei des Gulbuddin Hekmatyar geliefert worden. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen und der Unfähigkeit der Mudschahedin zum militärischen Sieg - sowie der Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion im Zuge des Golfkrieges - reduzierten die USA ihre Rolle drastisch. Aufgrund des August-Putsches in der Sowjetunion und der resultierenden Entmachtung Gorbatschows kippte die sowjetische/russische Politik innerhalb weniger Wochen um. Nadschibullah verlor im Herbst 1991 seine einzige Quelle nennenswerter materieller Hilfe. Zum Beginn des Jahres 1992 stellten die USA ihre Hilfe an die Mudschahedin ein, während die Sowjetunion - nun Rußland - ihre Unterstützung für Kabul auch offiziell beendete.



Ein Meister im Taktieren: der gestürzte Präsident Nadschibullah

Diese »negative Symmetrie« beider Großmächte war wenig symmetrisch: die Regierung in Kabul verlor ihre strategische Hilfsquelle, wenn sie das zum Teil auch durch Unterstützung aus früheren asiatischen Sowjetrepubliken wie Tadschikistan ausgleichen konnte. Die Mudschahedin dagegen konnten nach dem Ausbleiben amerikanischer Hilfe weiter auf Geld und Waffen aus arabischen Ländern zurückgreifen, vor allem aus Saudi Arabien. Zwar hatte Saudi Arabien den USA einen Abbruch der offiziellen Zahlungen versprochen, allerdings flossen »private« Gelder weiter in beträchtlichem Umfang - vermutlich dreistellige Millionen-Dollar-Beträge. Saudi Arabien schenkte den Mudschahedin nach dem Golfkrieg auch 300 irakische Beutepanzer, von denen allerdings eine Reihe nicht funktionsfähig war. Zusätzlich liegen Berichte vor, nach denen zwischen vier- und achttausend internationale moslemische Freiwillige zu Beginn dieses Jahres in Afghanistan kämpften, überwiegend aus arabischen Ländern.

Parallel zu diesen Entwicklungen arbeitete die UNO seit Dezember 1990 an einem Friedensplan, der an frühere amerikanisch-sowjetische Gespräche anknüpfte. Diese Aktivitäten gewannen in den ersten drei Monaten 1992 an Dynamik. Die Regierung in Kabul hatte mehrfach ihre prinzipielle Zustimmung erklärt, ebenso die schiitischen Mudschahedingruppen und drei der Peshawar-Parteien. Ende Januar begann schließlich auch Pakistan den UNO-Plan zu unterstützen, und bald sogar aus humanitären Gründen Weizen nach Kabul zu liefern. Mitte März erklärte Präsident Nadschibullah sich schließlich bereit, die Macht an eine Übergangsregierung im Rahmen des UNO-Plans abzugeben. Unklar waren noch die genauen Bedingungen und Modalitäten der Machtübergabe.

Usbekengeneral Dostam wechselt die Seite

Diese internationalen Entwicklungen wurden zum Ausgangspunkt des Sturzes der Regierung. Die ehemaligen asiatischen Sowjetrepubliken hatten zwar größere Hilfsprogramme für Kabul unternommen - vor allem Öl- und Weizenlieferungen. Die Regierung Nadschibullah geriet aber trotzdem in große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Bereits im Herbst 1991 hatte sie Probleme, die usbekische Miliz General Abdul Rashid Dostams zu bezahlen. Das untergrub die labile Loyalität einer der kampfkräftigsten Milizen im Lande, die seit Jahren eng an Nadschibullah gebunden war. Dieses Problem wurde durch die ethnische Konstellation in den Nordprovinzen verschärft. Nadschibullah versuchte, in der Nähe der usbekischen Grenze eine Reihe von Armeekommandeuren auszutauschen. Als im Januar in der Stadt Hieratan der tadschikische General Abdul Momen durch einen pashtunischen Kollegen ersetzt werden sollte, kam es zum Eklat. Momen weigerte sich, den Posten aufzugeben. Zwei Divisionen vorwiegend usbekischer Milizen schlossen sich der Meuterei an. Nadschibullah scheint zuerst versucht zu haben, den Konflikt im

Rahmen einer Verständigung beizulegen, von pashtunischen Hardlinern in seiner Partei aber daran gehindert worden zu sein. Das Ergebnis der Affäre bestand darin, daß die abtrünnigen Militär- und Milizeinheiten - die in einem strategisch wichtigem Gebiet, nämlich der Grenze zur ehemaligen Sowjetunion stationiert waren - sich mit dem Mudschahedinkommandanten Ahmad Shah Massoud verbündeten, der ohnehin große Teile des Nordens kontrollierte.

Mitte März hatte die Regierung aufgrund dieser Verbindung die Kontrolle über Mazar-i-Sharif, eine wichtige Provinzhauptstadt, und den bedeutsamen Luftwaffenstützpunkt Bagram nordöstlich von Kabul verloren. Etwa um die gleiche Zeit erfolgte der endgültige Bruch des usbekischen Milizgenerals Dostams mit der Regierung. Die Krise hatte damit existenzgefährdende Ausmaße angenommen. Unterstrichen wurde das dadurch, daß Ahmad Shah Massoud bald Vorstöße in Richtung Kabul unternahm.





Die Rivalen: Gulbuddin Hekmatyar und Ahmad Schah Massoud

UNO-Plan beschleunigt Absetzbewegung

An dieser Stelle kommt der UNO-Plan wieder ins Spiel. Er zielte auf eine friedliche Lösung des Bürgerkrieges durch die Einsetzung einer Übergangsregierung und die Vorbereitung von Wahlen. Eine entscheidende Frage hatte immer darin bestanden, ob und gegebenenfalls wann Nadschibullah bereit wäre, die Macht an ein solches Gremium abzutreten. Am 18. März erklärte er nun in einer Fernsehansprache, dazu prinzipiell und auch sehr bald bereit zu sein. In weiteren Gesprächen mit dem UNO-Vermittler Sevan scheint Nadschibullah dann seinen Rücktritt zum Ende April in Aussicht gestellt zu haben.

Unter solchen Voraussetzungen aber war die Krise im Norden nicht unter Kontrolle zu bringen. Loyalitäten bröckelten weiter ab. Warum sich noch an einen Präsidenten binden, der ohnehin kurz vor dem Rücktritt stand? Diese Frage konnten sich nicht nur Milizionäre stellen, sondern auch Partei- und Regierungsmitglieder. Das kunstvolle Spiel, alle Gruppen in Partei und Militär, sowie Stämme und Milizen zusammenzubinden und durch Geld und gute Worte zu einem Mindestmaß an Loyalität zu bewegen, war damit vorbei. Ein Präsident, der bald - mehr oder weniger freiwillig - die Macht aufzugeben gedenkt, einem solchen Mann schuldet man keine Loyalität mehr. Die allgemeine Absetzbewegung nahm zu. Zahlreiche Armeegeneräle intensivierten ihre alten Kontakte zu Mudschahedingruppen, um sich für die Zeit nach Nadschibullah abzusichern. Selbst aus Partei und Regierung heraus kam es zu verstärkten Verhandlungen und Absprachen mit den Mudschahedin. Vizepräsident Abdul Hamid Mohtat, Politbüromitglied Farid Ahmad Mazdak und andere hatten bereits spätestens seit dem Spätsommer 1991 hinter dem Rücken Nadschibullahs Verhandlungen mit Mudschahedingruppen geführt. Politbüromitglied und Außenminister Abdul Wakil - ein Tadschike - scheint einige Zeit sowohl mit als auch gegen Nadschibullah intrigiert zu haben, sein endgültiger Seitenwechsel war wohl entscheidend für den Sturz des Präsidenten. Viele der Putschisten haben versucht, wie General Dostam eine Bindung mit Ahmad Shah Massoud einzugehen. Wenn die Zeit der Watan-Partei vorbei war, dann galt jetzt das Motto: »Der Feind meines Feindes ist mein Freund«. Und der schlimmste Feind der Regierung war die Partei des Gulbuddin Hekmatyar.

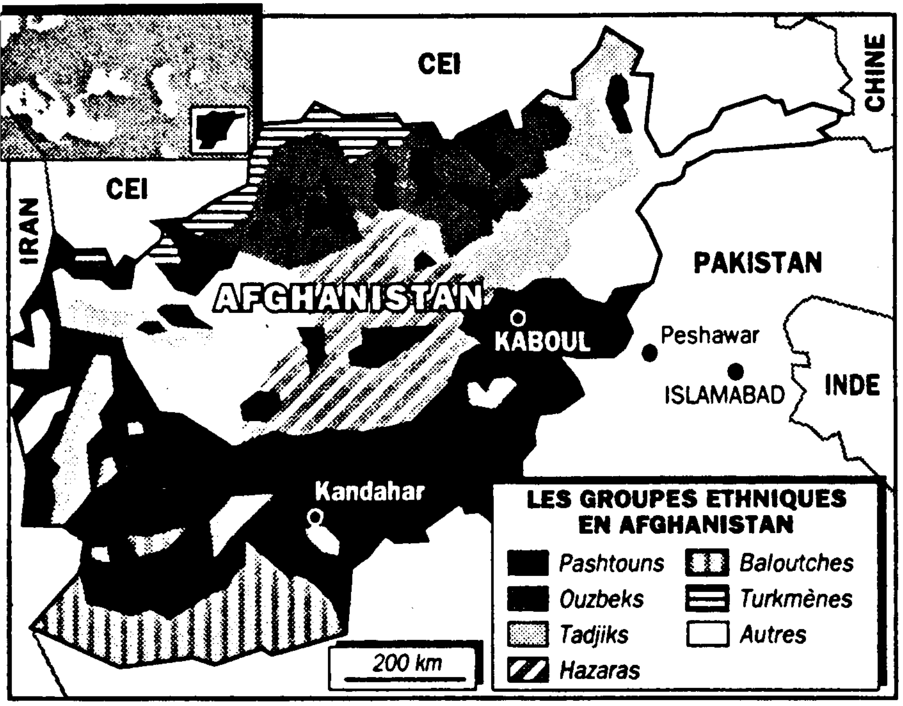
Das Konzept von Außenminister Wakil und von Politbüromitglied Mazdak sah so aus: Den noch vorhandenen Machtapparat möglichst geschlossen mit den Kräften Massouds dem gemeinsamen Feind Hekmatyar entgegenstellen - das sollte Hekmatyar bezwingen und zugleich eigene Machtpositionen in die Zeit nach Nadschibullah hinüberretten. Die politische Bedingung dafür bestand allerdings in der Beseitigung des Symbols der alten Ordnung, im Sturz Präsident Nadschibullahs.

Mitte April wurde er gestürzt, das Symbol einer »kommunistischen« Herrschaft, die schon lange zur freien Marktwirtschaft und dem Islam übergelaufen war. Und weniger als zehn Tage später



Regierungssoldat küßt den Bart eines Mudschahedin, der ihn mit dem Leben davonkommen ließ





Die ethnischen Gruppen in Afghanistan

drangen die Mudschahedin ohne Widerstand in Kabul ein. Schon am nächsten Tag begann eine neue Runde im afghanischen Bürgerkrieg, Kabul wurde zum Spielball konkurrierender Milizen. Hekmatyars Truppen, diejenigen Massouds, schiitische Hazara-Milizen, die vermutlich schnell auf Milizniveau absinkenden noch existierenden Truppenteile der ehemaligen Regierung und zahlreiche andere bewaffnete Einheiten besetzten in Kabul Gebäude und Häuserzeilen. Die ersten Gefechte zwischen ihnen haben bereits stattgefunden.

Die Vorstellungen der Führer der Palastrevolte in Kabul erwiesen sich als illusionär. Der Versuch, die Machtapparate der Regierung und Watan-Partei in eine Koalition mit einem Teil der Mudschahedin (der um Massoud) gegen einen anderen (den um Hekmatyar) einzubringen, scheiterte kläglich. Bald nach dem Sturz Präsident Nadschibullahs brachen die alten Machtstrukturen auseinander, in einem »rette-sich-wer-kann«-Verhalten zerfielen die Partei, das Militär und andere bewaffnete Einheiten. Einzelne Offiziere trafen Privatabsprachen mit einzelnen Mudschahedinführern. Die Führer der Watan-Partei und der Revolte gegen Nadschibullah übergaben die Regierungsgeschäfte an die Mudschahedin-Übergangsregierung und setzten sich dann ins Exil ab, vorzugsweise nach Westeuropa, zum Teil nach Moskau.

Ethnische Konfliktlinien treten deutlicher hervor

Es ist höchst unsicher, ob die Mudschahedin ohne einen neuen Bürgerkrieg in der Lage sein werden, eine funktionierende Regierung zu bilden. Viele der bewaffneten Einheiten haben nur lokale, regionale oder ethnische Bedeutung. Eine Klammer, die Afghanistan zusammenhalten könnte, ist mit der alten Regierung erst einmal verschwunden. Heute besteht die Gefahr, daß Afghanistan zu einer Ansammlung sich bekämpfender oder taktisch verbündeter warlords herabsinkt. Alle Gruppen sind bis an die Zähne gerüstet und kaum eine wird bereit sein, entweder die Waffen abzuliefern - an wen auch? - oder sich einer gemeinsamen Führung unterzuordnen. Wenn die früheren Erfahrungen mit den Mudschahedin bei der Einnahme von Städten sich wiederholen sollten - Plünderungen, Willkür und Gewalt - dann stehen Afghanistan weitere schwere Jahre bevor. Es ist heute nicht mehr auszuschließen, daß Kabul den Weg Beiruts gehen wird.

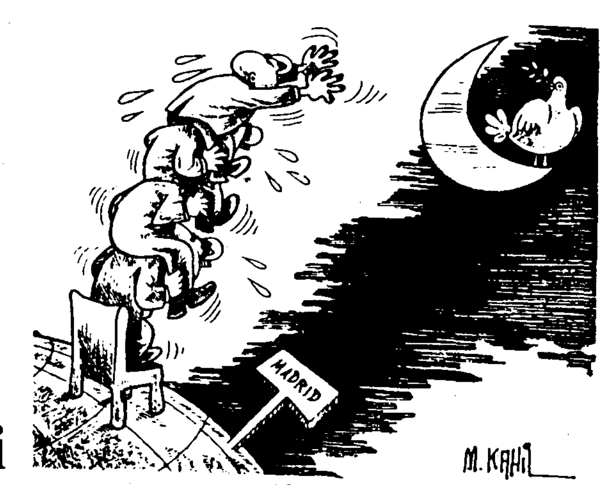
Inzwischen wurde in Kabul ein vorläufiger Waffenstillstand zwischen Massoud und Hekmatyar geschlossen. Danach verpflichten sich die Einheiten Hekmatyars, die Beschießung Kabuls mit Raketen einzustellen, während die usbekischen Milizen General Dostams aus der Hauptstadt abziehen sollen. Die Dauerhaftigkeit dieser Lösung ist zweifelhaft. Schließlich dürfte Dostam kaum gegen seinen Willen aus Kabul zu vertreiben sein. Außerdem ist er als Verbündeter für Massoud militärisch unverzichtbar. Auch sonst ist die Situation voller Konfliktstoff: die gegenwärtige Übergangsregierung wird zwar von einem Pashtunen geleitet - Prof. Modschadedi -, aber ihre militärisch stärksten Kräfte sind Usbeken und Tadschiken. Deshalb gelingt es dem Pashtunen Hekmatyar, bei Pashtunischen Stämmen und sogar Funktionären und Offizieren der ehemaligen Regierung Anhänger zu finden: die traditionell dominierenden Pashtunen befürchten den Verlust ihrer Vormachtstellung in Afghanistan. Tatsächlich ist diese kaum mehr zu retten. Die Frage ist nur, ob das Land mittelfistig eine einigermaßen funktionsfähige Zentralregierung mit starker Beteiligung der Minderheiten erhalten wird, oder ob es entlang ethnischer, stammesmäßiger oder religiöser Linien völlig zerfällt. Ein pashtunischer Mudschahedin-Kommandant aus der Gegend um die im Süden gelegene Stadt Kandahar, Gul Agha, erklärte vieldeutig: »Natürlich werden wir Beziehungen mit Kabul haben - solange man unsere Rechte respektiert.« Eine schrittweise Desintegration des Landes mit sporadischem Bürgerkrieg und regionalen warlords - das scheint heute ein zwar unerfreuliches aber doch realistisches Szenario für Afghanistan.

Jochen Hippler

Vom Autor überarbeitete und aktualisierte Fassung eines am 1.5.92 in der WOZ erschienenen Beitrags

"Warum wir verhandeln"

Interview mit Sami al-Kilani



Der Dichter und Schriftsteller Sami al-Kilani ist Mitglied der palästinensischen Delegation bei der Nahostkonferenz. Mehrere Jahre stand er in seiner Heimatstadt Ya`bad in der besetzten Westbank unter Arrest bzw. saß in israelischen Gefängnissen. Sein Bruder Ahmad wurde 1988 von israelischen Soldaten erschossen. Das Interview wurde von Joost R. Hiltermann im Dezember in Washington geführt.

Ich habe gehört, daß Mitglieder der Delegation nach der Madrider Konferenz Kundgebungen in den Städten der Westbank und des Gazastreifens organisiert haben.

Kilani: Ja, es gab mehr als 30 solcher Kundgebungen überall in den besetzten Gebieten. Ich habe auf sechs Kundgebungen gesprochen: In Ya`bad, in dem kleinen Dorf Tura al-Gharbiyya, in Beit Wazzan bei Nablus, in Nablus selbst und in der Jerusalemer Vorstadt Beit Hanina; außerdem auf einer kleinen Versammlung politischer Aktivisten in Ramallah. Diese Versammlungen begannen schon vor der Nahostkonferenz, nachdem die Namen der Delegierten bekanntgegeben worden waren, zumindest was mich und Zahira Kamal betrifft. Die Delegation kam in Jerusalem zusammen und wir waren uns einig, daß unsere Beziehung zu unserem Volk die Grundlage unseres Handelns sein müsse. Am 23. Oktober, zwei Tage bevor wir nach Madrid fuhren, kam ich nach Ya`bad, um das Grab meines Bruders Ahmad zu besuchen und mich von meiner Familie zu verabschieden. Ich sah, daß man Parolen auf die Wand meines Hauses geschrieben hatte. Verhandlungsgegner hatten geschrieben: "Das Blut von Ahmad al-Kilani darf nicht in Madrid verraten werden!" Unterstützer hatten geschrieben: "Wir unterstützen deine nationale Mission" und "Ja zu dieser Initiative" , "Die PLO unterstützt dich". Einige junge Leute aus der Intifada wollten, daß ich eine Rede hielte. Meine Unterstützer forderten mich auf, zu erklären, was vorging und auf die Vorwürfe der Gegner von Verhandlungen zu antworten. Mir gefiel die Idee sehr, eine Rede vor den Einwohnern der Stadt zu halten, besonders vor denen, die gegen unsere Teilnahme an der Madrider Konferenz waren. Ich sagte ihnen, daß die einzige richtige von ihnen verfaßte Parole die war, die auf das Blut meines Bruders anspielte. Ich sagte, daß unsere Mission eine Fortsetzung des Kampfes sei, in dem er und die anderen Märtyrer ihr Blut gegeben haben.

Wer kam zu der Kundgebung?

Wir trafen uns im Hof der Sekundarschule, etwa 3000 Menschen aus Ya`bad und den umliegenden Dörfern. Die Anhänger der Opposition waren in der Minderheit. Sie haben nur Leute hingeschickt, die kritische Fragen stellen sollten, keine Massen - wenn sie überhaupt Massen hinter sich haben. Erst wurden einige Reden von Vertretern palästinensischer Fraktionen gehalten, dann sprach ich über die Voraussetzungen, unter denen wir nach Madrid gingen: daß wir an den Auftrag der Palästinensischen Nationalversammlung und an die Beschlüsse des Zentralrats der PLO gebunden seien und der Opfer gedenken müßten, die unser Volk gebracht hat, seit der Kampf gegen die Fremdherrschaft begann. Wir betrachten unsere Mission als eine Erweiterung dieses Kampfes. Ich sprach auch über die historische Rolle Ya`bads im Widerstand, über `Iz al-Din al-Qassam, der 1935 von der britischen Armee in Ya'bad ermordet wurde.

Jeder, der eine Frage hatte, konnte auf das Podium kommen. Unterstützer und Oppositionelle waren gleichermaßen besorgt über die möglichen Ergebnisse des Verhandlungsprozesses. Diejenigen, die unsere Teilnahme an den Verhandlungen befürworteten, waren der Meinung, daß die PLO eine richtige Entscheidung getroffen habe, aber sie fragten: "Glaubst Du nicht, daß die Gegenseite (Israel) stur ist und keinerlei Zugeständnisse machen wird? Was willst Du tun, wenn sie keine Zugeständnisse machen?" Die Verhandlungsgegner sagten, wir würden gegen die Beschlüsse der Palästinensischen Nationalversammlung und des Zentralrats der PLO verstoßen. Sie sprachen von "Vorbedingungen", die wir stellen müßten, aber unsere Position ist, daß es nicht um Vorbedingungen geht, sondern um Phasen, die wir überwinden müssen. Die Gegner von Verhandlungen warfen uns auch vor, daß wir Zugeständnisse machten, bevor der Verhandlungsprozeß überhaupt begonnen hat. Sie konnten nicht verstehen, daß wir eine Einladung der USA annehmen, die unserem Volk immer feindlich gesinnt waren.

Was haben Sie geantwortet?

Ich war sehr ehrlich. Ich sagte ihnen, daß es nicht sicher sei, daß wir in Madrid zu irgendwelchen Resultaten kommen würden. Es sei nicht so, daß alles schon vorbereitet sei und wir nur hingehen müßten, um es abzuholen. Es sei schon sehr viel, wenn wenigstens das Ziel erreicht würde, von dem in der Einladung zur Konferenz die Rede ist: Eine Interimsperiode der Selbstverwaltung, in der eine graduelle Übergabe der Regierungsmacht von den Okkupanten an die Okkupierten erfolgt. Von da aus könne dann der Weg weiterführen in die Unabhängigkeit.

Im ungünstigsten Fall würde Israel große Schwierigkeiten machen und mit seiner Verbohrtheit die Verhandlungsbemühungen scheitern lassen. Das würde uns die Möglichkeit geben, den Belagerungsring um die PLO und das palästinensische Volk aufzubrechen und in einem günstigeren Klima zu agieren als in der Vergangenheit. Man kann sich nur verweigern, wenn man stark genug ist und alles in der Hand hat. Wir sind aber nicht in einer Position, von der aus wir den anderen sagen können: "Macht was ihr wollt". Wir wären in der ganzen Welt isoliert, und das wäre für unseren Kampf gefährlich.

Ich sagte ihnen, daß ich keinerlei Garantien geben könne. Wenn Israel mit seiner Sturheit die Verhandlungen scheitern ließe, würden wir zurückkommen

und unseren Kampf fortsetzen, aber in einer veränderten Situation. Wir stünden sowohl international als auch im arabischen Lager anders da.

Wurden Sie von Ihren Kritikern angegriffen?

Sie versuchten es mit emotionalen Einwänden wie "Wie kannst Du Dich darauf einlassen, an einer Konferenz mit den Mördern deines Bruders und den amerikanischen Imperialisten teilzunehmen?"

Sie argumentierten auch mit meiner Vergangenheit: ich war drei Jahre im Gefängnis, weil ich Flugblätter verteilt hatte, um gegen Sadats Besuch in Jerusalem 1977 zu protestieren. Sie fragten mich, was sich seither geändert habe. Ich sagte, es gebe zwei Unterschiede zwischen der damaligen Situation und der heutigen: Erstens hat sich das internationale Kräftegleichgewicht verändert, es gibt keinen Ostblock und keine Sowjetunion mehr und es gibt auch keine arabische Solidarität mehr. Zweitens erlaubte uns die Lage nach dem Oktoberkrieg 1973 eine Gesamtlösung für das ganze Problem zu fordern.

Sadat hatte eine Lösung für die Sinai-Halbinsel und machte auch Vorschläge, die allerdings weniger weitreichend waren, bezüglich der Westbank, des Gazastreifens und der Golan-Höhen. Sein Vorgehen wurde von allen Fraktionen der palästinensischen Nationalbewegung und von der gesamten arabischen Welt abgelehnt. Einige der Flüchtlinge von 1948, die in und um Ya'bad leben, fragten, ob man auch über ihre Lage sprechen würde. Ich sagte ihnen, daß es bei dieser Konferenz und den folgenden Gesprächen um zwei verschiedene Phasen gehen werde: eine Zwischenphase der Selbstverwaltung und eine Phase, in der der endgültige Status der Gebiete festgelegt wird. Wenn es um den endgültigen Status geht, wird die Flüchtlingsfrage ein Verhandlungsgegenstand sein und es wird eine Lösung für dieses Problem geben. Ich sagte den Flüchtlingen, daß man sie nicht vergessen habe.

Dreitausend Menschen - es war also eine große Versammlung. Wie hat sich die israelische Armee verhalten?

Ein Armeefahrzeug fuhr ständig vorbei. Sie wußten, was vorging. Aber die Organisatoren der Kundgebung erlaubten niemandem, die Soldaten mit irgendetwas zu bewerfen oder sie zu provozieren. Einzelne Leute wollten etwas unternehmen, aber ihnen wurde gesagt: "Wenn ihr wirklich eine Konfrontation mit der Armee wollt, wartet bis die Kundgebung vorbei ist, dann sind wir bereit, uns mit euch den Soldaten entgegenzustellen, aber macht bitte nicht mit so etwas die Kundgebung kaputt."

Hatten Sie den Eindruck, daß Ihre Verhandlungsmission in Ya'bad breit unterstützt wurde?

Ja, ich war sehr zufrieden. Auch wenn man noch so selbstbewußt und seiner Sache sicher ist, fragt man sich manchmal, was die Leute denken. Ich hatte mir vorher Sorgen über den Verlauf der Versammlung gemacht, denn ich wußte, daß ihr Ergebnis die Stimmung während meiner Abwesenheit beeinflussen würde. Nach der Versammlung ging ich mit einigen Teilnehmern, meiner Familie und einigen Freunden zum Grab meines Bruders. Wir sprachen ein Gebet. Dann kehrte ich nach Nablus zurück. Meine Brüder, die eine andere Fraktion der Nationalbewegung unterstützen, hatten meine Position kritisiert. Aber der Familienzusammenhalt ist sehr stark. Sie kamen zu der Kundgebung, blieben in meiner Nähe und stellten keine Fragen. Sie sagten, sie könnten meine Haltung verstehen. Nach der Nahostkonferenz unterstützten mich zwei von ihnen öffentlich.

Nach der Konferenz kamen Sie nach Ya'bad zurück?

Ja, auch nach Tura al-Gharbiyya. Wir versammelten uns wieder auf dem Schulhof. Diesmal war es mehr eine Feier als eine Kundgebung. Ich berichtete vom Verlauf der Konferenz in Madrid, zählte auf, was wir erreicht hatten. Ich sagte den Menschen, daß dies ein Erfolg ihres Kampfes sei. Meine Ausführungen stießen jetzt auf erheblich weniger Widerspruch. Manche Kritiker sagten, daß die Intifada wesentlich mehr als die Madrider Konferenz dazu beigetragen habe, die Palästinafrage auf die Fernsehbildschirme zu bringen. Ich sagte:"Ja, da habt ihr recht. Ich behaupte nicht, daß Madrid besser ist als die Intifada. Ich sage, daß die Konferenz zu einem Zeitpunkt stattfand, wo wir in jeder Hinsicht in der Defensive waren und daß sie uns in die Lage versetzt hat, Terrain zurückzugewinnen, das wir im Golfkrieg verloren haben. Wir sprachen auch über die Demonstrationen mit Ölzweigen nach der Madrider Konferenz. Wir Mitglieder der Delegation waren uns einig, daß wir diese euphorischen Feiern nur ein oder zwei Tage lang akzeptieren wollten. Wir wollten nicht, daß sie weitergingen, weil die Soldaten der Okkupationsarmee in keiner Weise auf dieses Zeichen guten Willens eingingen. Wir sagten den Leuten, wir seien dafür, daß die Intifada weitergehe, denn die Intifada stärkt unsere Position, auch bei den Verhandlungen. Unser Kampf muß weitergehen und Verhandeln ist eine Form dieses Kampfes.

Die Menschen machten sich auch Sorgen um ihr tägliches Leben. Sie fragten: "Werden die Israelis Zeichen ihres guten Willens geben? Werden Gefangene freikommen? Werden Angehörige Besuche im Gefängnis (Ansar III) machen dürfen? Wird man eine Erlaubnis bekommen, über die Brücke (nach Jordanien) zu gehen?" Das sind alles Probleme, die das tägliche Leben der Menschen beeinflussen.

Ich sagte, wir hätten den Israelis und den übrigen Konferenzteilnehmern eine Liste mit Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen überreicht, ohne allerdings davon auszugehen, daß die Israelis leicht nachgeben würden. Ich warnte die Leute vor möglichen Versuchen der Israelis, den ganzen Verhandlungsprozeß indirekt zu sabotieren, indem sie ihre Unterdrückungsmaßnahmen gegen unser Volk in den besetzten Gebieten verstärken, um uns dahin zu bringen, zu sagen: "He, was macht ihr da in Washington? Kommt nach Hause, es hat keinen Zweck!" Ich forderte sie auf, Geduld aufzubringen und nicht auf israelische Provokationen zu reagieren. Aber Geduld bedeutet nicht, daß wir immer nur Zugeständnisse machen werden.

Aus: Middle East Report, No.175, März-April 1992
Übersetzung: CN

Sami al Kilani. Auf seiner Identitätskarte ist vermerkt, daß er im Gefängnis gewesen ist.

Wenn wir erst die Besatzung akzeptieren, werden wir auch nichts anderes bekommen als Besatzung"





In der Altstadt von Jerusalem

Daß die Palästinenser durch die Teilnahme an der Madrider Friedenskonferenz ihr nach dem Golfkrieg stark zerkratztes Image wieder aufpolieren konnten, bedeutet für einige der Verhandlungsbefürworter schon sehr viel. Von einem Durchbruch in Madrid konnte ohnehin nicht ausgegangen werden. Der Autor des folgenden Beitrages, der bekannte palästinensische Philosophiedozent Azmy Bishara befürchtet eine Kompromißbereitschaft ohne Ende. Das Ziel für die Palästinenser kann Bishara zufolge nur die nationale Selbständigkeit sein. Jedes Verhandeln über Etappenziele birgt die Gefahr, daß Israel in der irrigen Annahme bestärkt wird, die besetzten Gebiete könnten getrennt von der Frage eines palästinensischen Staates verhandelt werden.

Wenn zur Zeit ein Schlagwort die Runde macht, dann das von der Neuen Weltordnung. 'Neue Weltordnung'- das heißt vor allem, daß wir es von nun an nur noch mit einer Supermacht und einem politisch-ökonomischen Lager zu tun haben. Offen hingegen bleibt, ob es in dieser neuen Ordnung Platz für uns Palästinenser, Platz für einen palästinensischen Staat gibt.

Einige Palästinenser versuchen zur Zeit, die USA von der Legitimität des palästinensischen Anliegens zu überzeugen - andere versuchen, der Weltöffentlichkeit klar zu machen, daß die USA für Palästina nun das tun müssen, was sie für Kuweit bereits getan haben.

Beide Positionen gehen allerdings davon aus, daß die USA am Golf dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen suchten, und daß Washington nun nicht mit zweierlei Maß messen könne, ohne an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Faktisch hingegen beruht die US-Politik, sowohl am Golf als auch in Palästina, auf den ökonomischen Interessen des Westens und den spezifischen Privilegien, die die USA als militärische Schutzmacht dieser Interessen genießen. Wenn wir also die Frage stellen, ob es in dieser neuen Ordnung Platz für uns Palästinenser gibt, dann müssen wir das Problem von einer anderen Seite ins Auge fassen.

Innerhalb der palästinensischen Unabhängigkeitsbewegung wird zur Zeit heftig über die Situation in den besetzten Gebieten, über die Struktur der PLO, ihre innere Demokratie und ihre internen Entscheidungsprozesse sowie über Vorschläge zur Lösung des Palästinakonflikts debattiert. Dabei ist der Verlauf der Debatte durch dieselbe unangemessene Hast gekennzeichnet, mit der Palästinenser bereits im Golfkrieg Stellung bezogen, weil es den Befürwortern einer baldigen Demokratisierung nicht schnell genug gehen kann. Sicher - für unsere Gesellschaft, unsere Unabhängigkeitsbewegung und ihre Institutionen ist das Thema Demokratie von zentraler Bedeutung. Aber die Frage der Demokratie in so einer allgemeinen und abstrakten Art zu stellen, heißt, unserer demokratischen Praxis weit voraus zu greifen.

Die wahre Herausforderung besteht darin, Prinzipien wie freie Meinungsäußerung, Pluralismus und Toleranz zu unserer eigenen sozialen Realität und dem politischen Apparat unserer Unabhängigkeitsbewegung in Beziehung zu setzen. Die besetzten Gebiete sind zur Zeit Zeugen einer ganzen Flut von Plänen und Vorschlägen zur Lösung des Konflikts, die vor allem von der Jerusalemer Presse verbreitet werden. Je restriktiver die realen Bedingungen, desto reichhaltiger die Debatte; je weiter wir uns von den Bedingungen entfernen, die eine Lösung erst ermöglichen, desto mehr Vorschläge tauchen auf.

Innerhalb dieser Debatte wird dem Aspekt der Verhandlungsphasen und dem Gerede von Zwischenetappen, die wiederum zu weiteren Zwischenetappen führen, eine viel zu große Bedeutung eingeräumt. Wir in den besetzten Gebieten haben dieses Vorgehen seit dem Golfkrieg mitgetragen. Haben wir inzwischen die Ergebnisse von Camp David akzeptiert und unsere Ziele auf Autonomie zurückgeschraubt?

Die Diskussion über etwaige Etappen jedenfalls ließe sich bis in alle Ewigkeit weiterführen - solange die asymmetrische Machtverteilung die Gründung eines Staates nicht zuläßt, wird sie auch diejenigen Etappen verhindern, die auf die Errichtung eines Staates hinzielen.

Wenn Unabhängigkeit unser Ziel ist, dann sollten wir auch auf dieses Ziel hinarbeiten. Wenn die gegenwärtigen Bedingungen die Geburt eines palästinensischen Staates nicht zulassen, so heißt das nicht, daß wir unser Ziel ändern sollten. Wenn wir den Besatzungsstatus ablehnen, dann bleibt uns nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: Unabhängigkeit und das Zwei-Staaten Modell mit einem palästinensischen und einem israelischen, oder volle Gleichheit zwischen Israelis und Palästinensern in einem Staat.

Im Strudel der Selbstkritik

Im Laufe ihrer langen Geschichte hat die palästinensische Unabhängigkeitsbewegung viele Fehler begangen, aber das palästinensische Volk ist nicht weniger in der Lage, seine Unabhängigkeit zu erringen, als andere Völker, die sie bereits - wenn auch unter weniger komplizierten Umständen - erstritten haben. Wir sind vom Strudel der öffentlichen Meinung in einen Teufelskreis der Selbstkritik gezogen worden. All die Dialoge, die die zionistische Linke uns so gerne zugesteht, hatten als einziges Ergebnis zur Folge, daß wir davon überzeugt wurden, die ganze Problematik lasse sich auf die Ausarbeitung fairer Vorschläge reduzieren. Sicher, die Palästinenser haben es manchmal versäumt, die richtigen Vorschläge zur richtigen Zeit zu präsentieren - aber keiner kann behaupten, daß die Gespräche sich in der Sackgasse befänden, weil es an Lösungsvorschlägen mangele.

Die USA, Israel und die anderen arabischen Länder wissen alle, daß die Palästinenser das Ende der Besatzung wollen. Tatsache aber ist, daß Israel das nicht will und daß es weder eine regionale noch eine internationale Macht gibt, die bereit wäre, Israel zur Beendigung der Besatzung zu zwingen. Daß die Gespräche bereits an einem toten Punkt angelangt sind, zeigt sich auch an der Vielzahl der präsentierten Vorschläge - ein Umstand, der nicht ohne Folgen bleibt, weil er das strategische Kapital Palästinas - die breite Massenbewegung - auf Dauer auseinanderdividiert. Das wiederum ermutigt Israel in seiner Ablehnungsstrategie und bestärkt Israel in der irrigen Annahme, die besetzten Gebiete könnten getrennt von der Frage eines palästinensischen Staates verhandelt werden. Und es stärkt lokale wie internationale Gegner in ihrer Überzeugung, daß die palästinensische Bereitschaft, Zugeständnisse zu machen, potentiell unbegrenzt sei und diese Bereitschaft um so größer würde, je mehr Zeit man verstreichen ließe.

Die Intifada verhalf den Palästinensern zu internationaler Sympathie, weil sie das Opfer-Täter-Schema umkehrte; nun aber geht es darum, Sympathie in Solidarität umzuwandeln. Elf Monate nach Beginn des Aufstandes startete die PLO eine Friedensinitiative. Sie war fair und angemessen, aber sie erhielt keine internationale Unterstützung. Das lag allerdings nicht an der Initiative selbst, sondern in Ereignissen begründet, auf die die Palästinenser keinen Einfluß hatten und die just in dem Augenblick eintraten, als die Auseinandersetzungen ihren Höhepunkt erreichten: der Zusammenbruch des Ostblocks, die Massenimmigration sowjetischer Juden nach Israel und die Ausdehnung der US-Hegemonie durch die Golfkrise.

Seit dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung konnten wir förmlich zusehen, wie das palästinensische Anliegen auf internationaler Ebene an Gewicht verlor. Unter solchen Bedingungen kann auch nichts gewonnen werden, wenn wir von unseren Zielen abrücken. Im Gegenteil, es gilt unsere Fähigkeit zu stärken, überdauern und widerstehen zu können, bis sich die Bedingungen für eine diplomatische Initiative verbessert haben. Bis dahin ist es unerläßlich, daß die ganze Welt, und insbesondere unsere Widersacher, keine Zweifel an der Klarheit unserer Ziele haben.

Weniger Druck der USA auf Israel

Viele Palästinenser, die glauben, daß es den USA auf Dauer schwer fallen wird, mit zweierlei Maß zu messen, neigen zu der Annahme, daß die USA Israel dazu zwingen könnten, das Richtige zu tun. Diese Idee wird vor allem von der zionistischen Linken propagiert. Der Grund liegt klar auf der Hand. Denn indem sie auf die USA setzt, anstatt Israel in die Pflicht zu nehmen, kann sie es sich ersparen, echte Opposition zu machen, gesellschaftliche Brüche zu provozieren und einen falschen Patriotismus zu entlarven, der von ihr die Befürwortung der Aufnahme neuer Immigranten und andere sogenannte 'nationale Pflichten' verlangt. Bisher gibt es keine israelische Opposition, die bereit wäre, diesen Preis zu zahlen, und die von daher auch fähig wäre, die israelische Gesellschaft dazu zu bringen, den Preis für den Frieden zu zahlen. Deshalb haben die USA immer weniger Gründe, Druck auf Israel auszuüben.

Die Idee US-amerikanischen Drucks auf Israel ist aber auch eine arabische Idee. Die arabische Rechte jedenfalls tut, als beruhe die Politik der USA ausschließlich auf einer Fehleinschätzung, und als gälte es, den USA von arabischer Seite her klar zu machen, wo ihre wahren Interessen in der Region lägen. Diese Herangehensweise unterstellt, daß perfekten amerikanisch-arabischen Beziehungen lediglich zwei Hindernisse entgegenstünden: zum einen die Lobby der amerikanischen Juden, zum anderen die abweisende Haltung der Araber sowie ihre diplomatische Inkompetenz. In Wahrheit aber beruht die diplomatische und strategische Unterstützung Israels durch die USA weder auf der Stärke dieser Lobby noch auf der Inkompetenz arabischer Diplomatie oder auf einer gewieften israelischen Politik. Der Einfluß der jüdischen Lobby ist gewachsen, weil die Interessen der USA im Nahen Osten seit dem Zweiten Weltkrieg stärker geworden sind und weil Israel bewiesen hat, daß es ein besonders guter Verbündeter ist. Diese Lobby hat es dadurch zwar geschafft, sich Macht und Einfluß zu sichern, aber das macht sie nicht zum dominanten Faktor der US-Politik. Sollten die USA feststellen, daß es nicht mehr länger möglich ist, dieselben Interessen mit der alten Politik zu wahren, würde die jüdische Lobby an Einfluß verlieren. Dies konnten wir beispielsweise beobachten, als die Organisationen der US-amerikanischen Juden im Rahmen des Abkommens von Camp David in die Idee eines Rückzugs aus bestimmten Gebieten einwilligten. Wenn es den USA mit der gleichen Ernsthaftigkeit um die Lösung des Palästinaproblems ginge, wie es ihnen nach 1973 um die Integration Ägyptens in die westliche Allianz gegangen ist, gäbe es dann Zweifel daran, daß diese Lobby mit Washington in Reih' und Glied stünde?

Problematisch ist nicht die jüdische Lobby, sondern die Dominanz der USA. Sie wurde durch den Golfkrieg derart verstärkt, daß die Erwartung, die USA würden nun Druck auf Israel ausüben, um

ihren arabischen Verbündeten entgegenzukommen, nur als illusorisch bezeichnet werden kann. Die Palästinenser sind der selben Illusion erlegen. Sicher, es ist nicht falsch, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, und es ist wichtig, mit allen möglichen Organisationen, ob Regierungs- oder Nichtregierungsorganisationen, einen Dialog zu beginnen. Es wäre kindisch, die öffentliche Meinung des Auslands ignorieren zu wollen. Nur: Das, was wir zu sagen haben, müssen wir klar formulieren und überzeugend präsentieren. Wir müssen uns aber auch darüber im klaren sein, daß die Erfolgsaussichten dieses Vorgehens begrenzt sind. Es darf nicht zu einer Strategie werden, die sich auf die Intifada stützt, statt sie zu unterstützen.

Wir sollten lieber einmal die merkwürdige Faszination, die der israelisch-arabische Konflikt auf die Medien ausübt, betrachten. Denn das Interesse der Medien an dem palästinensischen Anliegen kann nicht allein auf die Bedeutung der Region oder die Komplexität der ganzen Situation zurückgeführt werden. Es gibt vielmehr zwei andere Faktoren: zum einen ist Palästina eines der letzten ungelösten Probleme der Kolonialzeit, zum anderen stellt das palästinensische Anliegen die jüdische Frage wieder aufs Neue. Ersteres verleiht dem palästinensischen Anliegen ein großes Gewicht, letzteres hingegen zwingt uns, uns immer wieder aufs Neue zu rechtfertigen, immer wieder Versicherungen abzugeben, beständig die Ängste anderer aus dem Weg zu räumen und uns permanent selbst zu entschuldigen. Das ist der Grund, warum soviele Dialoge in kollektiven therapeutischen Sitzungen enden. Kein anderes Volk in der Geschichte mußte so viele Einwände aus dem Weg räumen, bevor sein Recht auf Selbstbestimmung anerkannt wurde. Die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit ist daher nicht zwangsläufig ein Zeichen dafür, daß wir der Lösung näher gekommen sind.



Madrid - Die Konferenz der ungleichen Bedingungen

Die Israelische Regierung verstand es blendend, den Eindruck zu erwecken, als sei bereits ihre Teilnahme an den Verhandlungen von Madrid ein riesiges Zugeständnis. Sicher, Israel hätte es, genau wie Syrien, vorgezogen, sich erst gar nicht auf die Verhandlungen einzulassen. Aber das Zögern im Vorfeld der Verhandlungen hatte lediglich taktische Bedeutung und zielte allein auf eine Verbesserung der israelischen Ausgangsposition. Von daher war die arabische und palästinensische Euphorie darüber, daß Israel dann doch noch an den Verhandlungstisch 'gezerrt' werden konnte, eindeutig fehl am Platz. Die arabischen Länder und die Palästinenser mußten, um überhaupt an den Verhandlungen teilnehmen zu können, von allen grundsätzlichen Positionen abrücken: keine PLO, keine UN, und keine Vertreter aus Ost-Jerusalem. Von zentraler Bedeutung ist hierbei, ob es Israel gelingen wird, gleichzeitig mit der PLO auch die Palästinafrage, die Forderung nach einem unabhängigen palästinensischen Staat aus den Verhandlungen auszugrenzen.

Ob und wie Israel sich schlußendlich durchsetzen wird, hängt auch davon ab, wie die Ausgrenzung der PLO wahrgenommen wird. Für viele, insbesondere die zionistische Linke, ist die Frage ziemlich überflüssig, weil der Ausschluß der PLO für sie lediglich formellen Charakter hat und die palästinensischen Delegierten ganz offensichtlich von der PLO ernannt wurden und in enger Abstimmung mit ihr verhandeln. Für die Rechte hingegen ist klar, daß die PLO gezwungen wurde, sich hinter den prominenten Persönlichkeiten aus der Westbank und Gaza zu verstecken. Von der Anerkennung der einen oder der andere Variante hängt daher in ganz entscheidendem Maße die Gestaltung des Verhandlungsrahmens ab; hängt ab, ob Israel nun doch in gewisser Hinsicht mit der PLO an einem Tisch sitzt und damit eben auch über die Palästinafrage verhandelt, oder ob es sich bei den Delegierten nur um Abgeordnete der besetzten Gebieten handelt, mit denen letztlich nichts weiter als mögliche Lösungen für die Westbank und Gaza diskutiert werden. Letzteres würde zweifelsohne auf eine 'Kurdisierung', die Reduzierung der Palästinafrage auf ein sog. 'Minoritätenproblem' hinauslaufen.

Die Palästinenser können natürlich weiterhin so tun, als seien sie von der PLO unabhängig; sie sollten dann allerdings auf der Position beharren, daß es um die nationale Selbständigkeit Palästinas geht, daß Palästina durch die PLO vertreten wird, und daß die einzige Lösung der Palästinafrage allein in der Selbstbestimmung liegt.

Die historische Position Israels im Palästinakonflikt besteht im wesentlichen aus zwei Axiomen: es gibt keine Palästinafrage; und wenn doch, dann ist sie für die Region nicht von zentraler Bedeutung. Nach Einschätzung der israelischen Regierung hat der Golfkrieg den zweiten Teil ihrer These bereits bestätigt, und sie macht sich nun daran, den ersten Teil zu realisieren, indem sie die Palästinafrage auf ein Minderheitenproblem innerhalb des Staates Israel reduziert. Womit die arabischen Staaten ebenfalls ein Minderheitenproblem hätten - allerdings eines, um das sie sich kümmern müßten, nicht Israel.

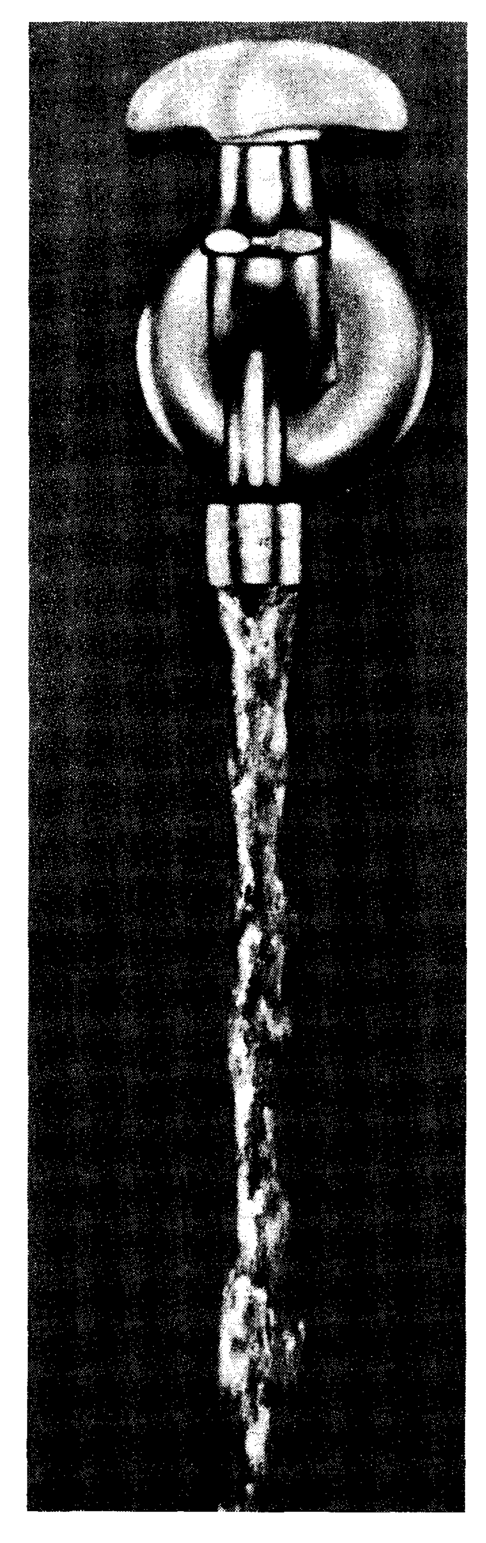
Was die israelische Regierung bevorzugt, ist eine Autonomie im Rahmen eines von Jordaniern und Palästinensern ratifizierten Vertrages. Diese Variante könnte Wirklichkeit werden, wenn die PLO und die Exil-Palästinenser vom 'Friedensprozeß' endgültig ausgeschlossen worden sind und die Palästinafrage erst auf die 'Frage der besetzten Gebiete', dann auf die 'Frage des Gebietes' überhaupt und zu guterletzt auf eine 'Autonomie' ohne Zugriff auf Wasser, Land und Luft reduziert worden sein wird. Was Israel momentan akzeptieren würde und was die amerikanische Diplomatie zu liefern versucht, ist nichts anderes, als die Zustimmung der Palästinenser zur bestehenden Situation. Das ist völlig inakzeptabel, denn wenn wir erst die Besatzung akzeptieren, werden wir auch nichts anderes als Besatzung bekommen.

Worauf es nun ankommt, ist, daß die Palästinenser und ihre Unterstützer eindeutiger als jemals zuvor zweierlei klarstellen: zum einen, daß es um nichts mehr und nichts weniger geht als entweder die Zwei-Staaten Lösung oder aber die völlige Gleichberechtigung von Palästinensern und Israelis in einem binationalen Staat, und zum anderen, daß über Autonomie nur dann verhandelt wird, wenn sie als Teil einer umfassenden Lösung im Sinne dieser beiden Alternativen begriffen wird.

aus: Middle East Report No. 175, März/April 1992
Übersetzung fs

Herausforderung Wasser

Keine Lösung ohne Lösung der Palästinafrage



Parallel zu den arabisch-israelischen Friedensverhandlungen wurden im Mai dieses Jahres in Washington, Brüssel, Tokio, Ottawa und Wien multilaterale Gespräche über ungelöste regionale Probleme wie Rüstungskontrolle, Umwelt- und Wirtschaftsfragen, palästinensische Flüchtlinge und Wasserversorgung aufgenommen. Ohne Fortschritte in den arabisch-israelischen Friedensverhandlungen sind zwar bahnbrechende Erfolge in diesen Konferenzen über regionale Probleme nicht zu erwarten, wohl aber ermöglichen sie vertrauensbildende Maßnahmen. Diese könnten ihrerseits die Einsicht in die Notwendigkeit und das Interesse an einem historischen Kompromiß in der Region fördern.

Auf der Wiener Konferenz über eine gerechtere Verteilung der begrenzten regionalen Wasserressourcen konnten schon erste Fortschritte erzielt werden. Zwar blieben Syrien und der Libanon den Gesprächen fern, da sie eine Teilnahme von Fortschritten in den Friedensverhandlungen abhängig machen, doch die anwesenden Teilnehmer erklärten ihre Bereitschaft, den Informationsaustausch zu fördern und den gegenseitigen Zugang zu Datenbanken mit Informationen über die Wasserressourcen in der Region zu ermöglichen.

Nicht zuletzt wegen der wachsenden Bevölkerungszahlen gehört die effizientere Nutzung und gerechtere Verteilung des Wassers im Rahmen regionaler Zusammenarbeit langfristig zu den großen politischen Herausforderungen. Für dauerhaften Frieden in der Region ist nicht nur eine Umverteilung des Ölreichtums, sondern auch eine Neuregelung des Problems der Wasserverteilung notwendig.

Wasser und Agrarproduktion

Die wichtigsten Quellen für die Wasserversorgung in der Region sind Niederschläge und die großen Stromoasen von Nil, Euphrat/ Tigris und Jordan. In einigen Ländern, so zum Beispiel in Libyen, Ägypten und Saudi-Arabien, wird Wasser zudem aus (jahrtausendealten) fossilen Speichern aus zum Teil sehr großer Tiefe an die Oberfläche gepumpt und zur Bewässerung genutzt. Die Niederschläge in der Region können von Land zu Land, innerhalb einzelner Länder, von Jahr zu Jahr oder von Saison zu Saison erhebliche Schwankungen aufweisen. Diese starken Schwankungen der Niederschlagsmenge haben zur Folge, daß die jährlichen Ernteerträge sehr stark differieren. Von Bedeutung für die regionale Wasserversorgung sind zudem Niederschläge in den Gebirgen und Bergketten. Diese dienen als Wasserspeicher für die hier entspringenden Flüsse und unterirdischen Aquafere (wasserführende Schichten). Zahlreiche Staudämme und Wasserreservoire speichern dieses Wasser und versorgen die Bewässerungsgebiete während der niederschlagsarmen Jahreszeiten.

Die zentralen Wasserquellen und Flußsysteme im Nahen Osten kennen keine nationalen Grenzen: Die Türkei, Syrien und der Irak konkurrieren um das Wasser von Euphrat und Tigris, Syrien, Jordanien und Israel um das von Jordan und Yarmuk und Ägypten muß das Wasser des Nils, vom dem die Landwirtschaft des Landes fast zu 100% abhängt, mit anderen Anrainern teilen. Eingriffe in die Wasserführung am Oberlauf der einzelnen Flüsse beeinflussen Quantität und Qualität des im Unterlauf verfügbaren Wassers. Wenn der Bedarf aller Anrainer nicht mehr ganzjährig gedeckt werden kann oder wenn Staudammprojekte auf eine Regulierung des Wasserabflusses zielen, bedarf es daher bilateraler oder multilateraler Vereinbarungen über die Nutzung des verfügbaren Wassers. Scheinbar vorprogrammierte Interessenkonflikte aufgrund begrenzter regionaler Ressourcen verlangen nach geeigneten Instrumentarien und Institutionen für einen friedlichen Ausgleich.

Die Verfügbarkeit von Wasser ist eine der wichtigsten Grundlagen landwirtschaftlicher Produktion. In den ariden und semiariden Gebieten des Nahen und

Mittleren Ostens mit geringen Niederschlägen, starker Sonneneinstrahlung, hohen Lufttemperaturen und Verdunstungsraten ist die Verfügbarkeit von Wasser ein entscheidender und die Produktion stark begrenzender Faktor. Der Anteil der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche im Nahen und Mittleren Osten beträgt nur rund 8%, von denen 27% (35 Millionen Hektar) künstlich bewässert werden. Im Vorderen Orient reichen die Anteile der bewässerten Anbaufläche (1985) z.B von 10% in Jordanien bis zu 65% in Israel.

Schon heute ist der Nahe und Mittlere Osten die Region mit der weltweit niedrigsten Selbstversorgungsrate bei Nahrungsmitteln und zugleich der größte Nahrungsmittel-Importeur. Zwar haben die Bauern der Region die Produktion von Nahrungsmitteln kontinuierlich gesteigert, aber Bevölkerung und Pro-Kopf-Verbrauch haben noch stärker zugenommen. Die Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga mußten 1990 Nahrungsmittel im Wert von 18 Mrd. US-Dollar importieren, damit entfielen allein auf die arabischen Staaten 8% der Weltimporte und 30% der Nahrungsmitteleinfuhren der Dritten Welt. Ein Bericht der Arabischen Liga hat vor kurzem davor gewarnt, daß dieses Defizit im Jahr 2000 auf 100 Mrd. US- Dollar anwachsen könnte, wenn dieser Entwicklung nicht gezielt entgegengesteuert wird. Einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wirken verschiedene natürliche, sozio-ökonomische und politische Faktoren entgegen. Zu den natürlichen Gründen gehören die klimatischen Bedingungen und die Wasserversorgung. Während landwirtschaftliche Produktion in einigen Gebieten nur durch künstliche Bewässerung ermöglicht wird, ist sie in anderen ein "Spiel mit dem Regen". Die Sicherung ausreichender Wasserversorgung ist allerdings nur eine Vorausetzung für eine Steigerung der Agrarproduktion. Höhere Investitionen in die Landwirtschaft, die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur und gerechtere Preise für Agrarprodukte sind nicht selten von größerer Bedeutung.

Wasserkrise in Israel und Palästina

Die israelische Wasserversorgung ist zu einem erheblichen Teil von grundwasserführenden Schichten der Westbank abhängig, die bis in das Staatsgebiet Israels hinein reichen. Die direkte Konkurrenz um die Wasserressourcen zwischen Israelis und Palästinensern ist der entscheidende Grund, warum Israel den palästinensischen Wasserverbrauch seit 1967 erheblich beschränkt hat. Israel bezieht ungefähr ein Drittel seines Wasserbedarfes aus Quellen und Brunnen, die sich in der Westbank befinden. Von den verfügbaren Wasserressourcen in den besetzten Gebieten in Höhe von 615 Mio. Kubikmetern beanspruchen Israel und die jüdischen Siedler allein einen Anteil von 83%. Während der Wasserverbrauch insgesamt bei 807 Mio. Kubikmeter liegt, wird die Differenz in Höhe von fast 200 Kubikmeter durch die zusätzliche Entnahme von Wasser aus dem Jordan gedeckt. 100.000 jüdische Siedler in der Westbank verbrauchen fast soviel Wasser wie eine Million Palästinenser.

Der Wasserverbrauch der Palästinenser in den besetzten Gebieten wurde auf einem Niveau festgeschrieben, das nur leicht über dem von 1967 liegt. Ohne Genehmigung der israelischen Behörden können Palästinenser keine neuen Brunnen errichten, wobei selbst diese nur in wenigen Fällen und dann nur für den Haushaltsbedarf erteilt wird. Die vorhandenen Brunnen wurden mit Wasseruhren versehen, um den Verbrauch zu kontrollieren und etwaige Verstöße zu bestrafen. Um die Wasserversorgung aus den besetzten Gebieten sicherzustellen, hat Israel in den vergangenen Jahrzehnten mit einer Vielzahl von Maßnahmen versucht, die Kontrolle über die Land- und Wasserressourcen zu erlangen. Palästinensischer Boden wurde enteignet oder beschlagnahmt, die Nutzung durch die arabische Bevölkerung behindert und die Wassergewinnung und - nutzung einer rigiden israelischen Kontrolle unterworfen. In der Westbank werden mittlerweile 52% und im Gazastreifen etwa 49% des Bodens von Israel kontrolliert.

Diese restriktiven Maßnahmen haben die Entwicklungsmöglichkeiten der palästinensischen Landwirtschaft in den besetzten Gebieten erheblich beeinträchtigt. Während der Anteil des von Palästinensern bewässerten Landes unter der israelischen Besatzung von 27% auf nur noch 4% fiel, bewässern israelische Siedler 70% ihrer Flächen. Im Gaza-Streifen sank der Anteil von Zitrusfrüchten an der von Palästinensern bewirtschafteten Fläche zwischen 1967 und 1989 von 50% auf 29,7%. Der rechte Landwirtschaftsminister Eytan hob vor nicht langer Zeit in ganzseitigen Zeitungsanzeigen hervor, daß die unterirdischen Wasservorkommen der Westbank für Israel unverzichtbar und lebensnotwendig seien. Israel könne schon deshalb auf die besetzten Gebiete nicht verzichten, weil eine ausreichende Wasserversorgung sonst nicht mehr gewährleistet wäre.

Die Verfügbarbeit von Wasser ist allerdings kein reines Mengenproblem, wie diese und viele andere Äußerungen zu suggerieren versuchen. So konnte z.B. der israelische Wasserverbrauch unter dem Eindruck mehrerer Trockenjahre von dem Höchststand 2 Mio. Kubikmeter 1985 auf 1,6 Mio. Kubikmeter 1990 reduziert werden. Der Anteil der Landwirtschaft am Wasserverbrauch liegt allerdings immer noch bei 65 bis 70%, da der Preis des Wassers aus politischen und ideologischen Gründen stark subventioniert wird. 10 bis 15% des nationalen Wasserverbrauchs Israels beansprucht allein der Anbau der extrem bewässerungsintensiven Baumwolle, obwohl hier die bewirtschaftete Fläche in den letzten fünf Jahren um mehr als ein Drittel reduziert wurde.

Zu einer friedlichen Lösung der Wasserversorgung bedarf es Regelungen, die sowohl für Palästinenser als auch für Israelis akzeptabel sind. Nur wenn die Wasserversorgung befriedigend gelöst wird, ist eine tragfähige Regelung über die Zukunft der besetzten Gebieten möglich. Allerdings bedarf es in Israel eines grundlegenden Umdenkens sowohl in der Wasser- als auch auch in der Agrarpolitik. Die zionistischen Träume von der Urbarmachung der Wüste lassen sich langfristig weder auf Kosten der ökologischen Grundlagen noch der arabischen Nachbarn verwirklichen. Zur Deckung ihres wachsenden Wasserbedarfs haben die Israelis nicht nur Palästinensern und Jordaniern im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser abgegraben, sondern die verfügbaren Wasserressourcen um 15 bis 20% über ihrer natürlichen Erneuerungsrate beansprucht. Folgen dieser Politik sind sinkende Grundwasserspiegel, die Erschöpfung vieler Brunnen, ein zuneh-

Tabelle: Wasserressourcen und -verbrauch im Nahen Osten [3]

	Interne erneuerbare Wasserressourcen: Jährliche Entnahme (1970-1987)				
			Kubikmeter pro Kopf der Bevölkerung		
	Insgesamt (Mrd. m³)	In % aller Wasserressourcen	Insgesamt	Haushalte	Industrie und Landwirtschaft
Israel	1,90	88	447	71	375
Jordanien	0,45	41	173	50	123
Syrien	3,34	9	449	31	418
Libanon	0,75	16	271	30	241

Quelle: The World Bank: World Development Report 1991, Oxford, S. 268f.

mender Salzgehalt des Wassers und der Fall des Wasserspiegels im See von Genezareth auf den niedrigsten Stand seit 60 Jahren.

Wasserkrise in Jordanien

Nur sechs Prozent des Staatsgebietes von Jordanien kommen in den Genuß einer jährlichen Niederschlagsmenge von über 300 mm, die als Minimum für den Anbau von Weizen gilt. 83% der Gesamtniederschläge, die auf Jordanien fallen, gehen zudem über Gegenden mit weniger als 300 mm nieder. Das heißt im Klartext, daß Jordanien nur 17% der Niederschläge direkt nutzen kann, der überwiegende Teil der verbleibenden 83% verdunstet. Nur ein sehr geringer Teil dieses Wassers, das sich in Tälern sammelt, kann genutzt werden. Wichtig für die Versorgung sind die ganzjährig Wasser führenden Flüsse und Täler Jordaniens (Yarmouk, Zerka, Mujib, Zerka-Main und Hasa), die entweder direkt oder über den Jordan und das Wadi Araba ins Tote Meer fließen. Hinzu kommt die Oase Azraq, 100 km östlich von Amman, die ganzjährig über Wasser verfügt. Mit Ausnahme des Yarmouk, dessen Wasser Jordanien mit den Nachbarländern teilen muß, versorgen diese Quellen das Land jährlich nur mit ungefähr 160 Millionen Kubikmeter Wasser, das sind weniger als der tägliche Abfluß des Nils oder der des Euphrats in zwei Tagen.



Nicht die Wasserfrage, sondern die ungelösten politischen Probleme sorgen für Konfliktstoff

1990 verbrauchten die 3,2 Mio. Jordanier 794 Mio. Kubikmeter Wasser (MKM). Von diesen 794 MKM entfielen 580 MKM auf die Bewässerung in der Landwirtschaft, 177 MKM auf die Haushalte und 37 MKM auf die Industrie. Zwar beliefen sich die verfügbaren Ressourcen des Landes insgesamt auf 896 MKM, doch werden einige Vorkommen schon jetzt über ihre natürliche Erneuerungsrate hinaus ausgebeutet, während andere noch nicht vollständig genutzt werden. Die jordanische Bevölkerung wächst gegenwärtig um 3,7% jährlich und wird sich innerhalb von nur zwanzig Jahren auf 6,2 Mio. im Jahr 2010 verdoppeln. Selbst ohne eine Erhöhung des Lebensstandards und eine zunehmende Industrialisierung des Landes wird sich voraussichtlich auch der Wasserverbrauch in diesem Zeitraum verdoppeln.

Selbst wenn die für Bewässerungszwecke benötigte Wassermenge konstant bleiben sollte, würde sich der Wasserverbrauch bis zum Jahr 2000 auf 897 MKM erhöhen; spätestens dann droht er die zur Verfügung stehenden Ressourcen zu übertreffen. Selbst bei einer weiter anhaltenden Stagnation des Wasserverbrauchs in der Landwirtschaft würde die Differenz zwischen vorhandenen Ressourcen und Verbrauch kontinuierlich zunehmen, wenn es nicht gelingt, zur Deckung dieses Defizites entweder neue Ressourcen zu erschließen oder Kürzungen auf Kosten der Landwirtschaft vorzunehmen. Langfristig wird es hingegen wohl kaum eine Alternative zu einer Reduzierung des Wasserverbrauchs in der Landwirtschaft geben. Diese Entscheidung dürfte dem ressourcenarmen Jordanien allerdings nicht leicht fallen, denn dem Land mangelt es an einer Industrie, die die für den Import von Nahrungsmitteln notwendigen Devisen durch Warenexporte erzielen könnte. In der vergangenen Wintersaison mußte Jordanien den Folgen mehrerer Trockenjahre Rechnung tragen und die Anbaufläche im Jordanteil um mehr als die Hälfte reduzieren, da nicht mehr genügend Wasser zur Bewässerung zur Verfügung stand.

Mit einer Wasserentnahme, die die natürliche Erneuerung deutlich übersteigt, werden schon jetzt einige Ressourcen überausgebeutet und einige zum Teil zehntausend Jahre alte fossile Wasservorkommen erschöpft. In der 100 km südöstlich von Amman liegenden Oase Azraq, aus der Wasser in die jordanische Hauptstadt gepumpt wird, ist der Grundwasserspiegel durch die Überbeanspruchung in wenigen Jahren um mehrere Meter gefallen. Die Austrocknung und das Eindringen von Salzwasser aus tiefer liegenden Schichten haben die ökologischen Grundlagen dieser einzigartigen Oase schwer geschädigt. Schon jetzt muß die Wasserversorgung für die 1,2 Mio. Einwohner von Amman in den heißen Sommermonaten streng rationiert werden. Die Wasserleitungen werden nur an zwei Tagen in der Woche geöffnet, so daß die Bevölkerung für den Rest der Zeit auf das in Tanks auf den Dächern gespeicherte Wasser zurückgreifen muß.

Von allen Ländern im Nahen Osten ist besonders Jordanien auf eine regionale Übereinkunft zur Lösung des Wasserproblems angewiesen. Schon die Möglichkeit der Nutzung eines größeren Anteils am Wasser des Yarmouk, dessen Oberlauf die Grenze zu Syrien bildet und dessen Mündung von Israel kontrolliert wird, könnte einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der jordanischen Wasserversorgung leisten. In der unter amerikanischer Vermittlung in den fünfziger Jahren zustandegekommenen Johnston-Vereinbarung wurden Israel 25 MKM, Syrien 90 MKM und Jordanien der auf 377 MKM geschätzte Rest des Yarmouk-Wassers zugesprochen. Tatsächlich entnehmen sowohl Syrien mit 160-170 MKM als auch Israel mit 100 MKM dem Yarmouk deutlich mehr Wasser als in der Übereinkunft vorgesehen war. Auf Jordanien entfallen dagegen nur 120-140 MKM. Der Johnston-Plan hatte Jordanien zudem 100 MKM des Jordan-Wassers zugeteilt, doch dieses kann das Haschemitische Königreich gegenwärtig überhaupt nicht nutzen. Israel leitet salziges Quellwasser aus dem See Genezareth und dessen Umgebung in den Jordan, wodurch das Wasser im Unterlauf nicht mehr zur Bewässerung in der Landwirtschaft geeignet ist. Wenn es Jordanien möglich wäre, die ihm zustehenden Anteile des Jordan und des Yarmouk-Wassers zu nutzen, würde dies Elias Salameh zufolge die Verschärfung des Wasserproblems für Jordanien weitere zwanzig Jahre hinausschieben.

Palästinakonflikt und Wasserversorgung

Trotz der zentralen Bedeutung der Verfügung über Wasserressourcen sind Darstellungen, die suggerieren, daß Wasser für die Region inzwischen wichtiger sei als Erdöl und Kontroversen über die Wasserverteilung scheinbar fast zwangsläufig den nächsten Krieg auslösen werden, vollkommen überzogen. Nicht die Wasserfrage, sondern die ungelösten politischen Probleme und regionalen Spannungen sorgen in erster Linie für Konfliktstoff zwischen den Staaten der Region und verhindern eine regionale Zusammenarbeit. Die Differenzen über die Nutzung knapper Wasserressourcen eignen sich in diesem Kontext allerdings in besonderer Weise für eine Instrumentalisierung. Im Zentrum der ungelösten Fragen in der Region, die eine regionale Zusammenarbeit verhindern, steht weiterhin der Palästina-Konflikt. Ohne dessen Lösung wird es daher kaum zu weitreichenden bilateralen Vereinbarungen oder regionalen Übereinkünften in der

Wasserfrage kommen. Zudem verhindern der undemokratische Charakter der politischen Systeme in der Region und hegemoniale Interessen einzelner Staaten dringend notwendige Vereinbarungen über eine gerechte regionale Verteilung und Nutzung der vorhandenen Wasservorkommen und einen möglichen Ausgleich zwischen Ländern mit ungenutzten Wasserüberschüssen und solchen mit Wassermangel.

Der Mangel an Wasserressourcen allein dürfte allerdings kaum militante Auseinandersetzungen oder Kriege auslösen, denn der Mangel an sich ist keine unveränderbare Größe. Die Wasserfrage kann nicht einfach als Mengenproblem begriffen werden. Zum einen sind die Wasserverluste durch Verschwendung, Verschmutzung und ineffizientes Management sehr hoch, zum anderen kann die verfügbare Menge durch eine Vielzahl von Maßnahmen zur Einsparung und zur effizienteren Nutzung des vorhandenen Wassers deutlich erhöht werden.

Maßnahmen zur rationelleren Nutzung der Wasserressourcen in der Region sind z.B.:

- Meerwasserentsalzungsanlagen,
- gezielte Maßnahmen zur Reduzierung des Wasserverbrauchs in Landwirtschaft, Industrie und Haushalten,
- verbesserte Anbaumethoden in der Landwirtschaft und Förderung von Agrarprodukten, die weniger Wasser beanspruchen,
- eine rationellere Nutzung des Wassers durch effizientere Bewässerungssysteme und verbesserte Leitungs- und Verteilungssysteme,
- eine bessere Konservierung der vorhandenen Wasserressourcen,
- Wasserpreise, die die Kosten von Gewinnung und Aufbereitung reflektieren und der Verschwendung entgegenwirken,
- Aufbereitung und Wiederverwendung von Abwässern (Recycling).



Nur ein geringer Teil des Regenwassers, das sich in den Tälern sammelt, kann genutzt werden

Vor dem Hintergrund begrenzter Wasserressourcen und eines durch Bevölkerungswachstum und höheren Lebensstandard verursachten wachsenden Verbrauchs muß langfristig auch der Stellenwert einer bewässserungsintensiven Landwirtschaft kritisch hinterfragt werden. Die gemeinsame Nutzung und eine gerechtere Verteilung der regionalen Wasservorkommen sind entscheidende Voraussetzungen für die zukünftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Region und liegen im objektiven Interesse aller betroffenen Staaten. Erst eine regionale Kooperation würde eine Bündelung von Ressourcen für zielgerichtete Investitionen in die Entwicklung und erfolgreiche Anwendung moderner Technologien sowie eine Planung und Durchführung gemeinsamer Projekte zur Wassergewinnung, -verteilung und -nutzung ermöglichen.

Während sich diese pragmatische und realitätsgerechte Erkenntnis vielerorts in der Region durchgesetzt hat, verhindern der ungelöste Palästinakonflikt und der autoritäre Charakter der Regime in der Region ihre Umsetzung. Allerdings erscheint es auch nicht völlig ausgeschlossen, daß diese Erkenntnis zumindest die Einsicht in die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung der politischen Konflikte in der Region fördern könnte. Sowohl für die Erfolgsaussichten der israelisch-arabischen Friedensverhandlungen als auch für die der Konferenzen über die regionale Wasserversorgung gilt allerdings die Weisheit eines arabischen Sprichwortes "Ein Brunnen kann nicht mit Morgentau gefüllt werden".

Frank Gesemann

Anmerkungen:

1. vgl. "Erste Fortschritte bei Wasser-Konferenz", in: Frankfurter Rundschau vom 15. Mai 1992.
2. vgl. zur Wasserproblematik im Nahen und Mittleren Osten: Thomas Naff and Ruth C. Matson (Ed.): Water in the Middle East. Conflict or Cooperation?, Boulder and London 1984; Joyce R. Starr and Daniel C. Stoll: U.S. Policy on Water Resources in the Middle East, Washington D.C. 1987; Joyce R. Starr and Daniel C. Stoll (Ed.): The Politics of Scarcity. Water in the Middle East, Boulder and London 1988; John Kolars: The Course of Water in the Arab Middle East, in American-Arab Affairs, No. 33 (1900), S. 69-77, Joyce R. Starr: Water Wars, in: Foreign Policy, Number 82 (Spring 1991), S. 17-36.
3. siehe auch die technischen Anmerkungen der Weltbank auf S. 289
4. vgl. "Middle East faces severe food deficits over coming decades", in Middle East Times 12-18 Nov. 1991.
5. Martha Wenger and Joe Stork: The Food Gap in the Middle East, in: Middle East Report, No. 166 Vol. 20, No. 5 (September-Oktober 1990), S. 15-19.
6. Arab News, 15. März 1992: "Arab food gab persists despite farm potential.
7. vgl. zum Beispiel das Kapitel "Agriculture and Food Security", in Alan Richards and John Waterbury: A Political Economy of the Middle East. State, Class, an Economic Development, Boulder u.a. 1990.
8. vgl. John Kolars a.a.O..
9. vgl. Alexander Flores: Intifada. Aufstand der Palästinenser, Berlin 1989 (2. aktualisierte Auflage), S. 34.
10. Meron Benvenisti: The West Bank Handbook: A Political Lexicon, Jerusalem 1986, S. 120f. und Meron Benvenisti and Shlomo Khayat: The West Bank and Gaza Atlas, The West Bank Data Base Project, Jerusalem 1988, S. 113.
11. vgl. "In West Bank Contest Over Water, Israel Has Upper Hand", in: Middle East Times, 21-28 May 1991.
12. vgl. The Israeli Economist May 1990, S. 5-9
13. zur Wasserkrise in Jordanien vgl. Elias Salameh: Jordan's Water Ressources: Development and Future Prospects, in: American-Arab Affairs, No. 33 (1990), S. 69-77.
14. vgl. Harald Mehner: Wasser: Objekt von Konfrontation und Kooperation, in: Das Parlament, Nr. 37-38, 6./13. September 1991

Über die Geburt der kurdischen Demokratie

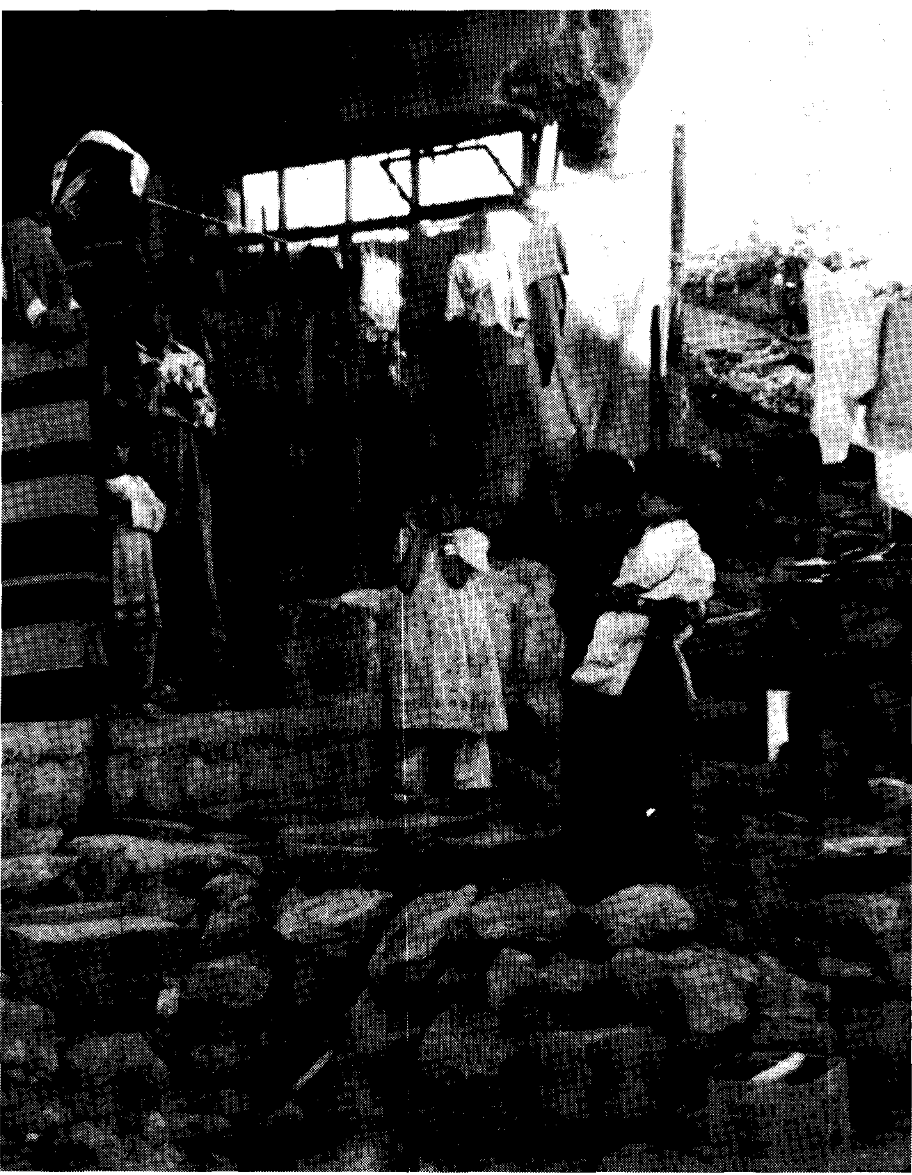
Nach mehreren Verschiebungen haben in einem Teil Südkurdistans (Irak) endlich die von der Kurdistan Front im Dezember 1991 beschlossenen Parlamentswahlen stattgefunden - wir berichteten in Heft Nr. 179. Die Gebiete, in denen am 19.5. rund 1,7 Mio. Wahlberechtigte an die Urnen gerufen waren, stehen seit einem Volksaufstand vor etwas mehr als einem Jahr unter kurdischer Verwaltung. Etwa ein Viertel irakisch Kurdistans - die von der irakischen Armee kontrollierten Gegenden um Mosul und Kirkuk und die Grenzregion des Dschebel Sindschar - war von den Wahlen ausgeschlossen.

Der Urnengang war gut organisiert und verlief ohne größere Zwischenfälle. Die Stimmenauszählung erfolgte unter internationaler Aufsicht, und am 21.5. - zwei Tage nach dem Wahltag - kam es zur Verkündung eines wohl einmaligen Ergebnisses: Eine große Koalition der beiden führenden Parteien, die sich die Sitze im Parlament brüderlich aufteilen: 50:50.

Neun Parteien hatten kandidiert, sieben davon waren die Mitgliedsparteien der Kurdistan Front, die die befreiten Gebiete seit dem Volksaufstand letzten Jahres verwaltet hatte: "Demokratische Partei", "Patriotische Union", "Demokratische Volkspartei", "Kommunistische Partei Irak - Sektion Kurdistan", "Vereinigte Sozialistische Partei", "Partei der Werktätigen" und die "Demokratische Assyrische Bewegung". Außerhalb der Front kandidierten die "Islamische Bewegung Kurdistans" und eine unabhängige Liste.

Das von der Kurdistan Front verabschiedete Wahlgesetz hatte für den Eintritt ins Parlament eine 7% Hürde vorgesehen; von vornherein also schlechte Chancen für die kleineren Parteien. Das Ergebnis selbst stellte dann allerdings diese Vermutungen noch in den Schatten: 45% der Wählerstimmen konnte die "Demokratische Partei" auf sich vereinigen, 44% die Patriotische Union, nur 3% gingen an die Sozialistische Partei, 2% an die Komunisten und 1% an die "Demokratische Volkspartei". Die islamische Bewegung schaffte überraschende 5%, wird aber ebenfalls keinen Sitz im Parlament erhalten.

Dort sind neben den beiden großen noch zwei weitere Parteien vertreten: Die Assyrische Bewegung teilt sich mit der "Vereinigten Christlichen Liste Kurdistan" die 5 Sitze, die ihnen im Rahmen des Minderheitenschutzes zugestanden wurden, und die - wohl radikalste der kurdischen Parteien - "Partei der Werktätigen".



"Trümmerrecycling" in Pengvin

die auf der Liste der Patriotischen Union kandidiert hatte, erhält vier von deren 50 Sitzen.

In der Ölprovinz Kirkuk und anderen irakisch kontrollierten Gebieten soll nachgewählt werden, "sobald die Umstände es zulassen", dann werden auch der dort lebenden türkmenischen Minderheit 5-10 Sitze eingeräumt werden.

Was nun ansteht, ist die Bildung eines Exekutivrates mit den entsprechenden Abteilungen - Ministerien - und die Bestimmung des Parlamentspräsidenten. Der soll, so die Angaben in der Wahlnacht, von der "Demokratischen Partei", der Vorsitzende des Exekutivrates von der "Patriotischen Union" gestellt werden.

Die Diskussion um innen- und außenpolitische Strukturen, die vor der Wahl auf der Tagesordnung standen, wird bei diesem Ergebnis ähnlich wie vorher weitergehen.

Kritiker an dem Wahlvorhaben hatten immer wieder betont, der Zeitpunkt, zur parlamentarischen Demokratie überzugehen, sei zu früh. Die Kurdistan Front, so war vor allem von der "Partei der Werktätigen" und der Kommunistischen Partei zu hören gewesen, sei weiterhin unverzichtbar, weil die Verwaltung der Gebiete Konsensentscheidungen erfordere. Sie würde durch die Wahl praktisch außer Gefecht gesetzt. Für kleinere Parteien bestehe in einem Parlament dann keine Möglichkeit mehr, von ihrem Vetorecht Gebrauch zu machen. Obwohl diese Argumentation bei der Beschlußfassung in bezug auf die Wahlen wenig Beachtung fand, drückte auch ein hoher Funktionär der "Patriotischen Union" in der Wahlnacht diesen "Zwischenzustand" der kurdischen Politik noch einmal aus: "Die Kurdistan Front wird weiter existieren und zwar als ein Mittel zur Konsensfindung. Politische Entscheidungen werden in Frontsitzungen vordiskutiert, dann kommen sie ins Parlament." Entscheidungsbefugnis habe die Front allerdings keine mehr, erklärt er weiter. Wenn es keinen Konsens gibt? "Dann wird die Frage ins Parlament getragen." Äußerst zwiespältige Gefühle auch hier; so recht wollen auch die großen Parteien bei aller Zufriedenheit über die "Geburt der kurdischen Demokratie" den Abschied aktiver Kräfte der kurdischen Revolution nicht hinnehmen. Peschmerge der Kommunistischen Partei z.B. hatte wesentlich Anteil an Eroberung und Rückeroberung der südlichsten Teile Kurdistans, wie etwa der Region um Kifri und Kalar, 150 km nördlich von Bagdad, wo sie heute noch eine wichtige Rolle bei der Verteidigung der Frontlinie spielen. Ihr Anteil an der militärischen Verteidigung und der politischen Verwaltung der Gebiete steht in keinem Verhältnis zu den 2% Wählerstimmen, die sie erreichen konnten.

Das Bewußtsein, daß die Wahlen durchaus keinen Übergang in Friedenszeiten darstellen, hat sicher auch beim Zustandekommen der 100% Koalition im ersten kurdischen Parlament eine Rolle gespielt. Gerade die beiden Vorsitzenden der großen Parteien standen in den vergangenen Monaten für unterschiedliche Konzepte in der Diskussion um ein politisches Modell für die befreiten Gebiete. Massoud Bazani von der Demokratischen Partei hatte mehrfach betont, es sei völlig unrealistisch, etwas anderes als - in Bagdad unterzeichnete - Autonomie für das Gebiet der Revolution von 1991 zu verlangen. Talabani hingegen hatte sogar immer wieder vom Kampf um Kirkuk gesprochen und - unter anderem in seinem Wahlprogramm - ein föderatives System verlangt. Die Wahl sollte unter anderem Aufschluß über die Frage geben, welches Modell sich bei der Bevölkerung durchgesetzt hatte. Diese Diskussion wird nun wohl innerhalb des Parlamentes fortgesetzt, bei einem Mehrheitsverhältnis von 50:50 besteht der Zwang zum Konsens weiterhin, die kurdische Führung hat sich für nationale Einheit entschieden.

Eine Haltung, die vor allem in den Nachbarstaaten Befürchtungen bezüglich einer Änderung der irakischen Staatsgrenzen neue Nahrung gibt. Erst am Wahltag hatte die Türkei ihr bis dahin beharrliches Schweigen gebrochen und erklärt, sie werde keiner Lösung zustimmen oder auch nur tatenlos zusehen, die eine solche Veränderung mit sich bringen könne. Damit auch niemand an der Ernsthaftigkeit dieser Erklärung zweifelte, hatte es an den beiden Tagen vor den Wahlen erneute türkische Luftangriffe auf irakisch/kurdische Dörfer im Grenzdistrikt Shaladize gegeben. Ausländischen Beobachtern und Parlamentariern wurde die Einreise über die Türkei oder das Telefonieren von der türkischen Grenzstation aus (im Irak gibt es immer noch kein Fernmeldenetz) zwar nicht verweigert, aber doch erheblich erschwert.

Der Zufall wollte es - war auch sonst? - daß gerade am Tag der Wahl alle Telefonleitungen der Grenzregion zur Außenwelt gekappt waren. Die türkischen Truppen hatten zur gleichen Zeit - ebenfalls um den 18./19./20./5., in einem der schwersten Gefechte mit der Guerilla der PKK im Grenzbezirk Uludere, die wohl größten Verluste dieses Jahres hinnehmen müssen. Sie sind in dem bevorstehenden "heißen Sommer" mit Sicherheit nicht bereit, auf Versuche zu verzichten, beide Seiten der Grenze selbst zu kontrollieren.

Ob der Iran tatsächlich, wie versprochen, nach der Wahl seine Grenze auch für den offiziellen Handel öffnen wird, erscheint vielen Peschmerge im Grenzgebiet fraglich. Vorerst findet der Grenzhandel weiterhin halboffiziell statt, Esel und Maultiere sichern den Warenfluß durch die zum Teil 3000 Meter hohen Berge.

Die UNO, um so das Panaroma kurdischer Außenbeziehungen zu vervollständigen, hatte am Wahltag Hausarrest gehabt; kein Bediensteter durfte sich, nicht einmal aus Neugierde, in den Wahllokalen blicken lassen. Ausländische Beobachter waren zwar zahlreicher erschienen als erwartet (aus über 10 vorwiegend europäischen Staaten), aber, das darf nicht vergessen werden, sie waren nicht von der UNO bestellt. Die Kurdistan Front hatte - vor allen auch den internationalen Beobachtern - beweisen können, daß sie in der Lage ist, in einem Gebiet mit enormen infrastrukturellen Problemen Wahlen durchzuführen. Das kurdische Parlament wird nun, als Fortführung dieser Arbeit, Gesetze entwickeln, die die Verwaltung der Region auf eine verbindliche Grundlage stellen. Sicherlich ein Faktor, der die Glaubwürdigkeit der kurdischen Vertretung gegenüber dem Ausland erhöht. Aber die Gutachten, die ausnahmslos positiv ausfielen, verschaffen dem kurdischen Parlament noch keine völkerrechtliche Anerkennung.

me

Die Wahl und die Folgen

Interview mit zwei ZK-Mitgliedern der "Partei der Werktätigen"

Die "Partei der Werktätigen Kurdistans" bezeichnet sich als marxistische Partei. 1988 trat sie der Kurdistan Front bei, deren mit Abstand kleinste Mitgliedspartei sie ist. Im Januar 1991 vereinigte sie sich mit der "Fahne der Revolution", einer ebenfalls radikalen Gruppierung, die außerhalb der Kurdistan Front geblieben war. Etwa einen Monat vor der Wahl entschloß sich die Partei angesichts der 7% Klausel, auf der Liste der Patriotischen Union für das kurdische Parlament zu kandidieren. Sie wird über vier Sitze in diesem Parlament verfügen.

Zum Auftakt die unvermeidliche Frage: Was bedeuten die Wahlen, gibt es die Voraussetzungen für eine parlamentarische Demokratie in Kurdistan?

Ich kann nicht sagen, daß diese Voraussetzungen gegeben sind. Doch wir müssen realistisch sein. Zum gegebenen Zeitpunkt sind 20% Demokratie schon ein Gewinn. In unserem Land gibt es noch sehr starke feudale Strukturen. Bis jetzt haben wir nie die Möglichkeit gehabt, an der Auflösung dieser Strukturen zu arbeiten. Jetzt kontrollieren Kurden die Region, das gibt uns andere Möglichkeiten. Wir haben die Absicht, alle Mittel, vor allem die elektronischen Medien, einzusetzen, um möglichst weite Teile der Bevölkerung zu erreichen und eine Art von Volkserziehung durchzuführen. Die Wahl ist für uns kein Endpunkt , sondern eine

Voraussetzung, die Voraussetzung für die Möglichkeit, die Strukturen der kurdischen Politik zu ändern.

Wie stellt ihr euch so eine Veränderung vor?

Um hier z.B. echte demokratische Wahlen durchführen zu können, müssen wir zuerst die ökonomische Situation der Bauern ändern. In den Städten ist die Situation anders, aber auf dem Land, da muß der Bauer immer noch fürchten, daß ihm der Großgrundbesitzer seine Existenzgrundlage entzieht. Solange das der Fall ist, können die Bauern jederzeit dazu gebracht werden, sich gegen ihre eigentlichen Interessen für die politische Partei des Herrn zu entscheiden.

Ist das denn realisierbar? Ihr habt in eurem Wahlprogramm eine Bodenreform vorgesehen und geschrieben, daß Grundbesitz an die verteilt werden muß, die den Boden bearbeiten. Die großen Parteien, auch die, auf deren Liste ihr kandidiert, haben beide Rückhalt bei wichtigen Grundbesitzern. Seht ihr denn eine Chance, eure Politik einzubringen?

Wir kandidieren auf der Liste der PUK , weil sie eine radikalere Haltung gegenüber Bagdad vertritt, das ist ein wichtiger Grund. Dann erscheint sie uns eher als die Partei, die bereit ist, innerhalb der kurdischen Gesellschaft bürgerliche Reformen durchzuführen. Über diese Etappe führt der Weg zur Verwirklichung unserer politischen Ziele. Wir wissen, daß wir mit einigen unserer Programmpunkte allein dastehen, aber wir wollen, daß diese radikalen Positionen im kurdischen Parlament



Barzani . . .

vertreten sind und wir werden alles tun, was in Richtung Durchsetzung dieser Positionen geht.
Wir wissen, daß vier Sitze nicht eben viel sind, aber wir vertrauen auch nicht nur auf diese vier Sitze. Vor der Wahl haben wir hier in Hewler mehrere Versammlungen mit allen Arbeitern der Fabriken aus Hewler abgehalten, wir haben ihnen unser Programm erklärt. Jetzt haben wir auch Gelegenheit, bei der Organisierung der Arbeiter mitzumachen, die haben wir vorher nicht gehabt. Wir haben nicht nur parlamentarische Mittel, die Arbeiter werden das Recht haben zu streiken.



. . . und Talabani auf einer Konferenz der Front

Wo ist in so einem Fall euer Platz?

Auf der Seite der Streikenden, aber bis es dahin kommt, wird es noch eine Menge Arbeit geben. Die Organisierung der Interessengruppen innerhalb der Bevölkerung ist mindestens ebensowichtig, wie die Arbeit im Parlament. Das muß sich ergänzen. Als ersten Schritt stellen wir uns z.B. vor, ein Gesetz über Arbeitsbedingungen in der Fabrik einzubringen. Die Arbeiter in den Zementfabriken arbeiten völlig ohne Schutz. Sie arbeiten auf Hochtouren, weil unser Land den Zement für den Wiederaufbau braucht, aber dabei gehen ihnen die Lungen kaputt. Solche Schritte erscheinen uns zum gegebenen Zeitpunkt schon als durchführbar, aber wir müssen sie einfordern.

Wie stellt ihr euch insgesamt den Aufbau der kurdischen Wirtschaft vor?

Wir verfügen über viele Ressourcen, aber über wenig Mittel. Ich finde es politisch falsch, um Almosen zu bitten. Unsere Position in Bezug auf die ausländische Hilfe ist anders. Wir wollen einen Beschluß im Parlament, daß z.B. alle Staaten, die an der Lieferung von C-Waffen an den Irak beteiligt waren, verpflichtet werden, als Reparationszahlung Mittel für den Wiederaufbau der dadurch zerstörten Regionen zur Verfügung zu stellen. Einen solchen Beschluß wollen wir an die internationale Gemeinschaft richten.

Herzlichen Dank für das Interview

Das Interview führte me

Do the Right Thing ...

Über die sozialen Hintergründe des Bürgerkrieges

Während in (West)Europa die lohnabhängige Bevölkerung den 1. Mai feierte (der übrigens in den Kämpfen um den Acht-Stunden-Tag in den USA als "Kampftag der internationalen Arbeiterklasse" 1886 begründet wurde), ging in Los Angeles, der multikulturellen Modellmetrolpole der USA, der *American Dream* in Flammen auf. Nach dem inzwischen sattsam bekannten Gerichtsurteil explodierte South Central Los Angeles in einer Woge von Gewalt, Flammen und Plünderungen. Über 10.000 Soldaten und Nationalgardisten wurden in einer der größten internen militärischen Operationen der US-Nachkriegsgeschichte nach Los Angeles geschickt, um den Aufstand zu bekämpfen. Das Ergebnis des Bürgerkriegs in L.A.: mindestens 58 Tote, 2.400 Menschen verletzt, davon mehr als 200 schwer, und 12.000 (fast ausschließlich Afroamerikaner und Latinos) verhaftet; dazu tausende zerstörter Häuser und ein Sachschaden von bis zu einer Milliarde Dollar.

Das Szenario kommt einem irgendwie bekannt vor: Watts 1965, déjà-vu. Bei den Ghettoaufständen in den 60er Jahren (1964-1968) gab es 220 Tote, über 8.000 Verletzte und Zehntausende von Verhafteten. Auch damals wurden die Unruhen ausnahmslos von brutalen Übergriffen der Polizei auf Afroamerikaner (sowie, 1968, durch die Ermordung Martin Luther Kings) ausgelöst.

Damit stellt sich die Frage nach den Ursachen des Bürgerkriegs (nicht nur) in Los Angeles; die Frage ob sich diese Ereignisse nicht längst abgezeichnet haben. Für den amerikanischen Präsidenten George Bush freilich ist dies keine Frage. Was in Los Angeles geschehen ist, habe "nichts mit Bürgerrechten", "nichts mit Protest" zu tun, das sei bloße Gewalt gewesen, "schlicht und einfach Brutalität eines Mobs". Folgerichtig reagiert er polizeistaatlich-repressiv: "schnell handeln, um der Gewalt Einhalt zu gebieten" und "alles nötige und mögliche tun, um Gesetz und Ordnung wiederherzustellen" - George Bush, der Oberkommandierende der Streitkräfte, diesmal nicht in Panama oder im Irak, sondern zuhause in Los Angeles.

Roter Faden: die color line

Demgegenüber haben Kenner schon seit langem davor gewarnt, daß die elenden Lebensbedingungen in den vor allem von Afroamerikanern und Latinos bewohnten Ghettos der *Inner Cities*, die permanente Drangsalierung ihrer Bewohner durch die (weiße) Polizei, die sich in fast allen Großstädten durch besondere Brutalität bis hin zu staatlich lizensiertem Mord hervorgetan hat, und die durch den allseits erfahrbaren Rassismus aufgestauten Frustrationen sich in Ausbrüchen von Gewalt Luft machen könnten. Der Bürgerkrieg in Los Angeles tobt - auf eine weniger spektakuläre Weise und durch die *color line*, in Südafrika würde man sagen: Apartheid, den Blicken des weißen Amerika entzogen - täglich in den Innenstädten aller amerikanischen Großstädte. Er ist die absehbare Folge der zunehmenden sozialen Marginalisierung eines wachsenden Teils der afroamerikanischen (und hispanischen) Bevölkerung, des immer noch existenten und in den 80er Jahren in gewisser Weise politisch wieder gesellschaftsfähig gemachten Rassismus (von dem die Polizeibrutalität nur eine Spitze des Eisbergs ist) sowie der sich insgesamt komplizierenden und konflikthaften ethnischen Beziehungen in den USA.

In diesem Zusammenhang ist es nützlich, sich der Schlußfolgerungen des am 1. März 1968 veröffentlichten Berichts, der von Präsident Johnson beauftragten National Advisory Commission on Civil Disorders (bekannt als Kerner-Kommission), zu erinnern: "Unsere Nation bewegt sich auf zwei Gesellschaften zu, eine schwarze, eine weiße - getrennt und ungleich". Und auch heute, 24 Jahre später, sind die Beziehungen zwischen weißen und schwarzen Amerikanern insgesamt - wie die Zeitschrift Newsweek sich ausdrückte - nicht über das Stadium einer "eisigen Détente" hinausgekommen. Seit Ende der 70er Jahre ist es, insbesondere in den großen Städten, zu einer ökonomischen und sozialen Polarisierung gekommen, wo ein privilegierter Kern und verschiedene Kreise verarmender und marginalisierter Bevölkerungsgruppen immer weiter auseinanderfallen. Von dieser Entwicklung sind große Teile der afroamerikanischen Bevölkerung (und anderer *people of color*) in besonderer Weise betroffen; sie werden nicht nur ökonomisch und sozial ausgegrenzt, sondern sind darüberhinaus der zunehmenden Eskalation rassistischer Gewalt ausgeliefert.

Die Verarmung der Inner Cities

Der im Rahmen globaler ökonomischer Restrukturierungsprozesse sich vollziehende Verlust industrieller Arbeitsplätze in den metropolitanen Zentren der USA, der auch durch die Zunahme von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor, in bestimmten Bereichen der verarbeitenden Industrie und im öffentlichen Dienst nicht kompensiert werden konnte, hat vor allem Afroamerikaner getroffen. Viele der neu geschaffenen Arbeitsplätze sind so schlecht bezahlt, daß sie kaum zum (Über)Leben ausreichen. Hinzu kommt ein wachsender Konkurrenzkampf um diese Arbeitsplätze, in dem die Afroamerikaner zunehmend weißen Frauen und Migranten aus Lateinamerika, der Karibik und Asien unterliegen. Armut, abnehmende Sozialfürsorge und staatliche Repression werden zum beherrschenden Lebensalltag für immer größere Teile der afroamerikanischen Community. Zugleich geschieht dies in Form einer spezifisch 'rassischen' Separierung, die in dem Maße zunimmt,

wie die ökonomische Situation sich verschlechtert. Während immer mehr Weiße (und mit ihnen Kapital und Arbeitsplätze) aus den Großstädten abwandern, hat die schwarze Bevölkerung und mit ihr die schwarze Arbeitslosigkeit und Armut in den *Inner Cities* rapide zugenommen. Kredite für Community-Entwicklungsprogramme, die ursprünglich für die heruntergekommenen Innenstädte gedacht waren, fließen zunehmend in die *suburbs*, deren Bewohner überdies in den Genuß steuerlicher Abschreibungen für Eigenheime kommen, die den Steuerzahler jährlich 50 Milliarden Dollar kosten. Zugleich sind die Bundesmittel für die überproportional von Afroamerikanern bewohnten Städte in den letzten zehn Jahren radikal von 47,2 Milliarden auf 21,7 Milliarden Dollar gekürzt worden.

Bis heute sind die Wohngebiete die am stärksten segregierten Bereiche der US-amerikanischen Gesellschaft. Afroamerikaner werden immer noch physisch bedroht, wenn sie es wagen, in weiße *neighborhoods* zu ziehen; und weiße Amerikaner fliehen immer noch panisch, wenn Schwarze in ihre Wohnviertel kommen. Die Segregation ist auch wieder verstärkt ins Bildungssystem zurückgekehrt. In den 80er Jahren ist die Zahl der schwarzen College-Studenten stark zurückgegangen, während die schlecht ausgestatteten öffentlichen Schulen in den *Inner Cities* fast ausschließlich von schwarzen und anderen nicht-weißen Kindern besucht werden. Zugleich haben rassistische Angiffe auf Afroamerikaner an den Universitäten dramatisch zugenommen.

An diesem Trend hat auch die Herausbildung einer "schwarzen Mittelklasse" nichts geändert, die selbst wiederum Produkt der gesellschaftlichen Polarisierung ist. Zwar sind staatliche Antidiskriminierungsvorgaben wie *Affirmative Action und Equal Employment Opportunity*-Programme vor allem college-gebildeten und anderweitig beruflich qualifizierten Afroamerikanern zugute gekommen, gleichwohl ist die "schwarze Mittelklasse" kleiner und weniger etabliert, als allgemein angenommen wird. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen schwarzen und weißen Familien sind auch in der sogenannten Mittelklasse beträchtlich. Während für das ärmste Fünftel der Bevölkerung das durchschnittliche Einkommen schwarzer Familien 1986 weniger als 45 % des weißen Einkommens betrug, lag es für das reichste Fünftel auch nur bei knapp 70 %. Immer noch verdienen männliche schwarze College-Absolventen im Durchschnitt nur knapp drei Viertel des Einkommens ihrer weißen Kollegen. Beim Vermögen (inklusive Autos und Eigenheime) sind die Unterschiede zwischen schwarzer und weißer Mittelklasse noch krasser, schwarze Mittelschichtsfamilien verfügen durchschnittlich nur über ein Drittel bis ein Siebtel der Vermögenswerte weißer Familien; für die Unterschicht beträgt das Verhältnis gar 1:100. Darüberhinaus ist die Lage der "schwarzen Mittelklasse" durch die zunehmende Tolerierung ökonomischer und sozialer Diskriminierungspraktiken durch Verwaltungen und Gerichte, durch die Reduzierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (in dem Afroamerikaner dank staatlicher *Equal Opportunity Employment*-Praktiken in den 70er Jahren relativ stark vertreten sind) sowie durch die allgemeine Terminierung der verschiedenen ökonomischen und sozialpolitischen Unterstützungsprogramme durch die Bundesregierung insgesamt ebenfalls prekärer geworden.

Überleben im informellen Sektor

Der Übergang von der ökonomischen Ausbeutung der afroamerikanischen Arbeitskraft zu deren sozialer und ökonomischer Marginalisierung hat sich allerdings nicht ohne den Widerstand der Betroffenen vollzogen. Davon haben die Ghettoaufstände der sechziger Jahre anschaulich Zeugnis gegeben. Aber auch in den siebziger und achtziger Jahren ist es zu unzähligen Konflikten um rassistische Übergriffe der Polizei, der Gerichte, der Stadtverwaltungen und der Erziehungsbehörden gekommen. Die elenden Lebensbedingungen äußern sich aber auch unterhalb der Ebene kollektiver Aufstände in der (all)täglichen Brutalisierung und eskalierenden Gewalt in den innerstädtischen Ghettos. Während die Aktivisten der Ghettoaufstände in den 60er Jahren vielleicht noch Hoffnung auf Besserung, auf längerfristige strukturelle Veränderungen hegten, herrschen heute kaum mehr solche Illusionen. Eher dominiert der Gedanke der Vergeltung für vergangenes und aktuelles Unrecht. Der Slogan der Ghettoaufstände 1992 *"no justice, no peace"* drückt dies aus: wenn es schon keine Gerechtigkeit für Afroamerikaner und Latinos gibt, dann sollen die Verantwortlichen auch keine Ruhe haben; Auge um Auge, Zahn um Zahn. Zugleich sind der gewaltsame Protest und die Plünderungen keineswegs eine Orgie "kopfloser und sinnloser Gewalt" gewesen, wie dies der Präsident und die konservative Presse vorgeben. Sie richteten sich gegen die rassistisch-brutale Polizei als Agent und Symbol weißer Herrschaft; gegen (weiße) Super- und Großmärkte als Symbole des den Ghettobewohnern nichtzugänglichen Konsums und Luxus, deren Produkte man sich durch die Plünderungen und Raubzüge ohne das Tauschmittel Geld aneignete; aber auch gegen koreanische Ladenbesitzer, die von vielen Ghettobewohnern als privilegierte Eindringlinge gesehen werden, die zwar ihre Geschäfte auf dem Rücken und mit dem Geld der Ghettobewohner machen, diese aber nicht als Arbeitskräfte einzustellen bereit sind. Geschäfte in afroamerikanischem Besitz *("Black owned")* wurden dagegen weitgehend verschont.

Im Unterschied zur überwiegenden Mehrheit der weißen Arbeiterschaft ist der zentrale Lebensinhalt der marginalisierten Afroamerikaner (und Latinos) immer weniger der Verkauf ihrer Arbeitskraft und immer mehr die Sicherung ihres Überlebens jenseits der Lohnarbeit. Das drückt sich unter anderem in der überproportionalen Abhängigkeit von der Sozialfürsorge aus. Mehr als ein Viertel aller afroamerikanischen Familien - und über ein Drittel aller schwarzen Kinder - lebt von der Sozialfürsorge. Weil diese aber nur einem Teil der Bedürftigen zukommt (und im Verhältnis zu den meisten europäischen Sozialstaaten geradezu unterentwickelt ist), sind die verarmten und marginalisierten Afroamerikaner gezwungen, durch verschiedenen Formen illegaler Reproduktionspraktiken zu überleben. In der Folge des fast völligen Ausschlusses afroamerikanischer (und hispanischer) Jugendlicher von der



Tristesse im Hinterhof...

regulären Wirtschaft wurde der illegale Drogenhandel zum größten und teilweise einzigen "Arbeitgeber" in den Ghettos der *Inner City.* In Los Angeles wird der Straßenhandel mit illegalen Drogen von bewaffneten und gut organisierten Jugendbanden dominiert, die dadurch teilweise auch zu einem gewissen Wohlstand gekommen sind. Gleichwohl leben offiziell in den USA über ein Drittel aller Afroamerikaner (und mehr als die Hälfte aller afroamerikanischen Kinder) unterhalb der Armutsgrenze - im Vergleich zu 10% der weißen Bevölkerung. Viele innerstädtische Ghettos weisen Lebensbedingungen auf, die durchaus mit den ärmsten Regionen der 'Dritten Welt' zu vergleichen sind. So ist z.B. die Lebenserwartung schwarzer Männer, die in Harlem geboren wurden, niedriger als die von Männern in Bangladesh. Während in Harlem nur 60% der Männer 45 Jahre und nur 39% 65 Jahre alt werden, beträgt der entsprechende Anteil in Bangladesh 70 bzw. 55%.

Zugleich ist die Sozialfürsorge nur eine Seite des staatlichen Kontrollsystems. Wenn und wo die Pazifizierung durch finanzielle Konzessionen nicht ausreicht, greift der Staat auf die Anwendung offener Gewalt zurück. Staatliche Agenturen wie die *U.S. Commission on Civil Rights* oder der *Community Relations Service* des bundesstaatlichen Justizministeriums sind zunehmend über die wachsende Polizeibrutalität gegenüber Afroamerikanern und den immer häufiger angewendeten "gezielten Todesschuß" beunruhigt. Während die USA (seit der Perestroika in der Sowjetunion und der "Reformpolitik" in Südafrika) die höchste Inhaftierungsrate in der gesamten Welt aufweisen, sind Afroamerikaner davon überproportional betroffen; fast die Hälfte aller Gefängnisinsassen sind schwarz, bei Jugendlichen sogar 60 %. Die Strafmaße hängen aber nicht nur von der ethnischen Zugehörigkeit der Täter, sondern auch der Opfer ab. Einer Studie über die *death row* im Süden der USA zufolge sind die Hälfte aller zum Tode Verurteilten Afroamerikaner. 45 % sind Schwarze, die einen Weißen getötet haben, 5 % Afroamerikaner, die einen anderen Afroamerikaner getötet haben, und 50 % Weiße, die einen anderen Weißen umgebracht haben. Kein einziger Weißer ist für einen Mord an einem Afroamerikaner zum Tode verurteilt worden. Zugleich sind Afroamerikaner die Hauptopfer von Verbrechen. Während der Durchschnitt aller Amerikaner, statistisch gesehen, eine Chance von 1:133 hat umgebracht zu werden, stehen diese Chancen für schwarze Männer 1:21. Totschlag ist die führende Todesursache für männliche Afroamerikaner zwischen 15 und 34 Jahren, und knapp die Hälfte aller in den USA ermordeten und getöteten Menschen sind Schwarze.

Zugleich fördert die Kombination von wachsender Arbeitslosigkeit, größer werdender Abhängigkeit vom Wohlfahrts/Überwachungsstaat und rechter bzw. neokonservativer politischer Rhetorik das Wiederaufleben eines sich zunehmend unverhüllt zeigenden Rassismus innerhalb der politischen Kultur, von dem die mehr oder weniger offene Toleranz rassistischer Gewalt und die wachsende Ausbreitung des Ku-Klux-Klan nur die extremste und sichtbarste Entwicklung darstellt.

Komplizierung ethnischer Konfliktfronten....

Verschiedene schwarze Sozialwissenschaftler wie z.B. der Harvardsoziologe Orlando Patterson haben wiederholt auf die Heterogenität der schwarzen Bevölkerung hingewiesen, daß die elende und sich verschlechternde Situation der Ghettobevölkerung und der "schwarzen Unterklasse" nicht für die gesamte, ca. 30 Millionen starke afroamerikanische *Community,* ja nicht einmal für deren Mehrheit gelte. Zugleich seien zunehmend auch arme Weiße von der ökonomischen und sozialen Marginalisierung betroffen. Patterson kritisiert insbesondere "ultra-liberale" Kommentatoren, deren patronisierende Verallgemeinerungen über die Schwarzen nicht nur falsch, sondern auch beleidigend und politisch gefährlich seien. Und tatsächlich standen sich in Los Angeles nicht nur Schwarze und Weiße gegenüber; die Basis des Ghettoaufstands war in gewisser Weise multiethnisch, sie schloß neben Afroamerikanern vor allem Latinos, aber auch Anglos mit ein, wie jedermann auf dem Fernsehschirm sehen konnte. Zugleich wurden nicht nur weiße Supermärkte und Geschäfte, sondern auch koreanische Läden attackiert, deren Besitzer als neue Ausbeuter der Ghettobevölkerung wahrgenommen werden. War es in den letzten Jahren in fast allen amerikanischen Großstädten schon zu zahllosen Konflikten zwischen koreanischen Ladenbesitzern und afroamerikanischen Kunden gekommen, in denen diese jenen rassistische Praktiken und Vorurteile vorwarfen, so verteidigten die koreanischen Geschäftsleute in Los Angeles ihr Eigentum in Wildwestmanier mit der Waffe in der Hand - unter anderem auch deswegen, weil sie von der Polizei keinen Schutz erwarten konnten.

Die darin zum Vorschein kommende Komplizierung ethnischer Konfliktfronten hat auch die Funktionsweise des weißen Rassismus modifiziert. In der Folge der Reform der Einwanderungsgesetze von 1965 hat sich die ethnische Zusammensetzung der amerikanischen Bevölkerung in dem Maße grundlegend geändert wie die Einwanderer aus Asien, Lateinamerika und der Karibik dramatisch zugenommen haben. In den 80er Jahren machten sie fast 90% der (legalen) Gesamteinwanderung aus. Der Volkszählung von 1990 zufolge sind nur noch 37,5 % der Bürger in Los Angeles weiß (vor zehn Jahren noch 48 %), 35,8 % Latinos (1980: 26 %), 12 % Asiaten (1980: 7 %) und 14,5 % Afroamerikaner. Für 1995 sind sogar 38,1 % Latinos und 13,6 % Asiaten, aber nur noch 34,6 % Weiße und 13,6 % Schwarze prognostiziert worden. Angesichts der Migrationsbewegungen aus der 'Dritten Welt' und der parallel von Afroamerikanern und anderen *people of color* erhobenen Forderungen nach einem neuen kulturellen Selbstverständnis der USA (Stichwort: *"multiculturalism"*), das den nicht-europäischen Populationen und Traditionen einen angemessenen Platz im Kanon der amerikanischen Kultur gewähren soll, ist - wieder einmal - die Frage aufgeworfen worden, ob die massive Zunahme von *people of color* die Identität der amerikanischen Gesellschaft verändern oder gar gefährden würde. So z.B. in einem Artikel im "Time Magazine" (vom 9.4.1990), dessen Schlagzeile lautete: "Im 21. Jahrhundert - und das ist nicht mehr lang hin -werden rassische und ethnische Gruppen in den USA den Weißen zum ersten Mal zahlenmäßig überlegen sein. Die "Bräunung Amerikas" [the *"browning of America"*] wird alles in der Gesellschaft, von der Politik und Bildung zur Industrie, den Werten und der Kultur, verändern."

... und die Rekonstruktion der 'weißen Suprematie'

Die (alarmierende) Art, in der diese Frage aufgeworfen wird, wirft ein Licht auf das Selbstverständnis - und die Ängste - (der weißen Mehrheit) der US-amerikanischen 'Öffentlichkeit'. Trotz bzw. wegen der Präsenz der von Anfang an größten aller ethnischen Gruppen, der Afroamerikaner, war der gesamtgesellschaftliche Konsens und die Identität der USA historisch eng mit der Gewährung 'rassischer' Privilegien für die weiße Mehrheit sowie der entsprechenden Ideologie der 'weißen Suprematie' verbunden. In der Vergangenheit wurde die 'rassische' Ausgrenzung der afroamerikanischen Bevölkerung und anderer *people of color* unter anderem dadurch aufrecht erhalten, daß die europäischen (Arbeits)Migranten nicht nur amerikanisiert, sondern in die 'weiße Rasse' integriert und damit von der afroamerikanischen Bevölkerung separiert wurden. Dies dürfte angesichts der Verschiebung der Migrationsbewegungen zugunsten der 'Dritten Welt' nicht mehr ohne weiteres möglich sein. Andererseits, auch das haben die Ereignisse in Los Angeles gezeigt, haben die Konflikte zwischen den verschiedenen nicht-europäischen ethnischen Gruppen zugenommen, und die von vielen (kritischen, linken) Intellektuellen postulierte und erhoffte Solidarität der *people of color* hat so nicht stattgefunden.

Zugleich ist die Gefahr eines neuen weißen Nativismus gewachsen, der die Zugehörigkeit zur 'weißen Rasse' zum

wesentlichen Kriterium der amerikanischen Identität erhebt und sich gegen die zunehmende Präsenz der Migranten aus der 'Dritten Welt' richtet. Hinter der Besorgnis um die Identität der US-amerikanischen Gesellschaft und das vermeintlich universell gültige System von als "amerikanisch" geltenden Werten und Wahrheiten, welche die USA (wie jede andere Gesellschaft auch) zu ihrem Bestand benötige und das durch die rapide Zunahme der *people of color* in Gefahr geriete, verbergen sich die gar nicht so universellen Strukturen und Institutionen der 'weißen Suprematie' und der Anglo-Hegemonie. Der afroamerikanische Historiker Harold Cruse hat dies schon vor über zwanzig Jahren auf den Punkt gebracht: "Amerika ist eine Nation, die sich anlügt hinsichtlich der Frage, wer und was sie ist. Es ist eine Nation von Minderheiten, die von einer einzigen Minderheit beherrscht wird - sie denkt und handelt, als ob sie eine Nation weißer angelsächsischer Protestanten sei." Darin liegt auch ein wesentlicher Unterschied zu historisch vorangegangenen Phasen massiver Einwanderungsschübe. Die massenhafte Ankunft europäischer Migranten zu Beginn dieses Jahrhunderts hatte zwar auch zu Konflikten mit alteingesessenen US-Bürgern geführt, aber diese berührten nicht die Strukturen und Institutionen der 'weißen Suprematie'.

Ghettoisierung: das Programm der politischen Klasse

Das eigentliche Problem, das der gegenwärtige Zustrom von 'Dritte Welt'-Migranten und die Diskussion um einen neuen Multikulturalismus wieder aufgeworfen hat und das auch in den Ereignissen in Los Angeles in gewaltsamer Weise zum Ausdruck gekommen ist, ist so alt wie die USA selbst und wurde von dem großen afroamerikanischen Sozialwissenschaftler W.E.B. Du Bois schon zu Beginn dieses Jahrhunderts präzise benannt:

"Das Problem des 20. Jahrhunderts ist das Problem der *color line*."; oder, wie es der New Yorker Historiker Thomas Bender im Anschluß an Du Bois jüngst formuliert hat: "Die wirkliche Frage ist, ob - oder ob nicht - unsere Vorstellung von Vielfalt die *color line* erfolgreich überwinden kann." Gegenwärtig sieht es allerdings nicht so aus, als ob dies in absehbarer Zukunft gelingen wird. Für Präsident George Bush jedenfalls sind Rassismus und die sozialen Ursachen des täglich in den amerikanischen Großstädten stattfindenden Bürgerkriegs kein Thema; haben doch zwölf Jahre konservativer Regierungspolitik kräftig zur Verschlechterung der sozialen und (bürger)rechtlichen Situation der schwarzen Bevölkerung beigetragen. Bush präsentiert sich lieber als polizeistaatlicher und strafrechtlicher Aufrüster, der (schwarze) Verbrecher und den gewalttätigen (schwarzen) "Mob" in den cities unnachsichtig zu verfolgen gedenkt. City ist dabei zum Codewort für Schwarze geworden. Bushs weiße Wähler verstehen ihn - auch das, was nicht offen ausgesprochen wird. Wie vor ihm Reagan hat Bush erfolgreich auf eine rassi(sti)sch vereinigte Front der weißen Wahlbevölkerung gesetzt und anti-schwarze Ressentiments geschürt. Auch der Demokratische Präsidentschaftskandidat Bill Clinton sorgt sich darum, potentiellen Wählern nicht als zu lasch gegenüber Verbrechen und Kriminalität zu erscheinen. Aber selbst wenn sich in



der Demokratischen Partei die Einsicht in die Notwendigkeit von Programmen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den städtischen Ghettos durchsetzen würde, wie sie vor allem von schwarzen Bürgerrechtlern und grassroots-Politikern gefordert werden - es wäre kein Geld da, um sie in die Tat umzusetzen. Wahrscheinlicher ist, daß die blutigen Ereignisse in Los Angeles letztlich die Vorurteile vieler Weißen bestätigen, daß die marginalisierten schwarzen Ghettobewohner gewalttätig und gefährlich, im günstigsten Fall verantwortungslos, unmoralisch und dumm seien. Die politische Klasse und die (weiße) US-amerikanische Gesellschaft insgesamt scheinen die innerstädtische Ghettobevölkerung, insbesondere die ökonomisch und sozial marginalisierte afroamerikanische Bevölkerung, längst abgeschrieben zu haben. Bleibt einzig das Problem, sie militärisch-polizeistaatlich unter Kontrolle zu halten. Solches zu unterstützen hat sich bisher immer eine Mehrheit der weißen Wähler bereit gefunden.

Remco van Capelleveen

Asyl ist überall Thema - ohne eigentlich Thema zu sein. Glauben wir der Politik und der Justiz, dann gibt es statt Flüchtlingen nur noch mit ökonomischen Handlungsmotiven und individuellen Handlungsalternativen ausgestattete Migranten. Die Konsequenz: Eine positiv-definierte Asylpolitik existiert weder in der BRD noch in der EG. Weil der Gewaltkontext, in denen Fluchtbewegungen entstehen, geleugnet wird, kann sich die Praxis der Regierung, wie auch die Programmatik der Opposition einen politischen Luxus leisten: Die Asylfrage wird spezifischen nationalen Politiken - der Innenpolitik, der Ausländerpolitik und der Einwanderungspolitik - untergeordnet.

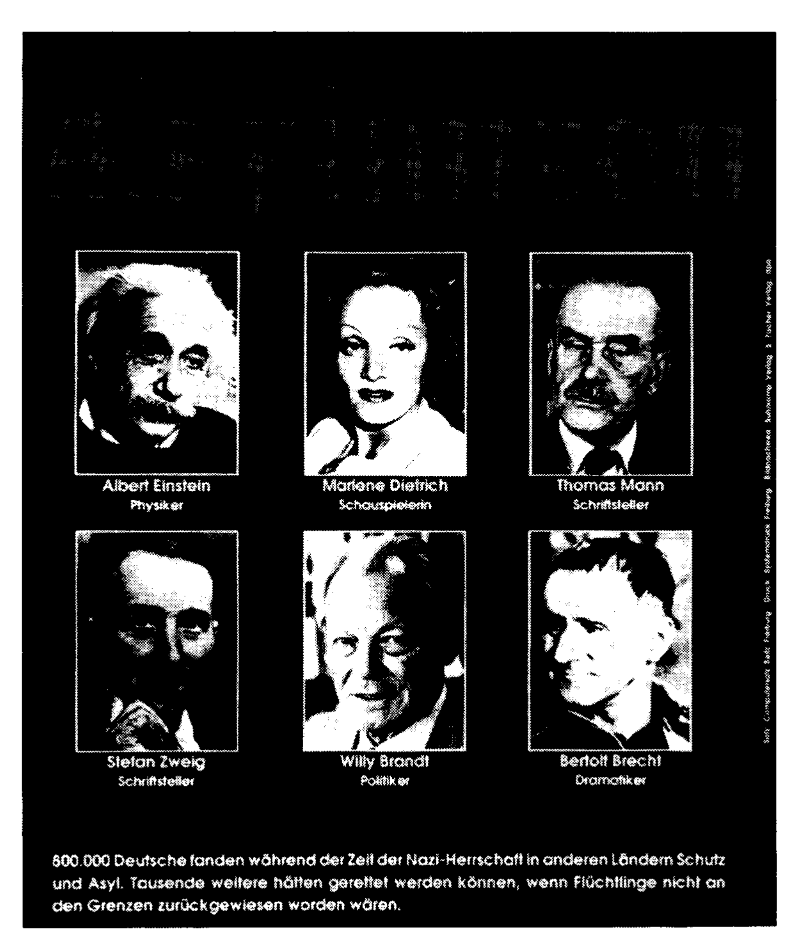


Photo: Rüdiger Buhl

Die Verdrängung der Asylfrage

Die Politik unternimmt erhebliche Anstrengungen, den aktuellen asylpolitischen Handlungsdruck selbst angesichts regionaler, europäischer Gewaltkonflikte und Flüchtlingsströme zu leugnen. Sie bezieht sich dabei argumentativ zum einen auf die 'Befreiung' Osteuropas, die mit Demokratie und Frieden gleichgesetzt wird und zum anderen auf die Beurteilungen der deutschen Behörden und Gerichte, die uns täglich mit minimalsten Anerkennungsquoten über die Abwesenheit der Asylfrage belehren. Beide Argumente stechen nicht. Die Asylfrage stellt sich hier und heute folgendermaßen: Wie können die Menschenrechte überstaatlich garantiert werden? Oder: Wer schützt die Menschen vor Gewalt, wenn 'ihr' Nationalstaat nicht ihre Rechte achtet, sondern selbst verfolgt und peinigt oder der Verfolgung und Peinigung tatenlos oder hilflos zusieht?

Asylpolitik als Ausländer- und Einwanderungspolitik

Erklärtes Ziel offizieller Regierungspolitik - bereits unter sozialliberaler Führung - ist die Begrenzung der ausländischen Wohnbevölkerung durch eine Begrenzung des Zuzugs in die BRD. In der Bemühung, nationale Homogenität zu sichern und zu entfalten, werden Menschen anderer 'kultureller' und 'ethnischer' Herkunft als 'Belastung' und als 'Risikofaktor' begriffen. Gleichzeitig wird ein erheblicher Bedarf an Arbeitskräften konstatiert. Die Bundesregierung präsentiert die eigene Ausländerpolitik deshalb als Kompromißformel im Spannungsfeld von 'Belastungsproblemen' und 'Integrationsleistungen':
"Sie beruht auf den Grundsätzen:
-Integration der hier lebenden Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen unter Einschluß der anerkannten Flüchtlinge und
-Begrenzung des weiteren Zuzugs aus Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft. " (Dr. Waffenschmidt am 2.03.92)
Warum, für wen und unter welchen Bedingungen der Zuzug und Aufenthalt von Nicht-Deutschen tatsächlich problematisch ist, ist allerdings nur ideologisch zu bestimmen.

Die heute diskutierten sog. Ausländerprobleme sind konstruierte Probleme einer 'geteilten' Gesellschaft. Geteilt meint hier die politische, juristische und soziale Praxis, die Wohnbevölkerung in Deutsche und Ausländer, in Berechtigte und Unberechtigte, in WählerInnen und 'brauchbare' Objekte, in Vollmitglieder und Fördermitglieder der Gesellschaft zu teilen. Im wesentlichen bezieht sich die politische Landschaft auf diese gesellschaftliche Praxis mit drei konkurrierenden Positionen, die jeweils auch Legitimationsmuster für spezifische Zuwanderungsregulationen erarbeiten:

1. Eine ethnisch-fixierte, völkisch-geprägte, fundamentalistische Ausländerpolitik, die 'Ausländer' per se als Gefährdung nationalkultureller Homogenität begreift und definiert.

Die hier als Grundlage dienende Vorstellung einer definierbaren, gesellschaftlichen Homogenität, etwa eines 'Volkscharakters', eines 'deutschen' Wesens, einer 'deutschen' Kultur ist höchst problematisch. Denn nüchtern betrachtet redu-

ziert sich das Deutschsein der Deutschen auf deren spezifische Sozialisation im nationalstaatlichen Herrschaftsraum der BRD. Dann aber unterliegen alle 'Einwohnerinnen' der 'nationalen' Vergesellschaftung, die die Vielfalt der Lebensentwürfe als gesellschaftliche Realität in spezifischer Weise umschließt. Der 'geteilte Rechtsraum' für Deutsche und Ausländer verzerrt allerdings diese kollektive Existenz und reproduziert einen "Teufelskreis wechselseitiger Abwehrhaltungen": "Fremde reagieren auf die Abwertung durch die Mehrheit mit Rückbesinnung auf die Herkunftskultur und verstärken damit die Überfremdungsangst der Mehrheit."(AWO-Denkschrift, Bonn:1991)

Das 'Ausländerrecht' basiert dabei nicht nur historisch auf dem 'völkischen Prinzip'. Die 'völkische' Ausländerpolitik befriedigt bis heute den nationalstaatlichen Ausschlußbedarf - bezogen auf die Zu- und Aberkennung von Staatsbürgerschaft - mit zum Teil biologistischen (Abstammung) und kulturalistischen (Deutschtum) Hilfskonstruktionen.

Mit dem Ziel der ethnischen Homogenisierung greift diese - vor allem bei rechtsextremen Gruppierungen und in relevanten Teilen der CDU artikulierten - Ausländerpolitik stets ins Leere und entfaltet gerade deshalb ein sich aufstauendes Ausgrenzungs- und Gewaltpotential gegen alles 'Fremde'.

2. Eine 'pragmatische Ausländerpolitik', die - trotz aller 'Belastungsvorstellungen - wirtschaftliche und soziale 'Effekte' durch Migrationen nutzen will.

Eine bloße Fixierung auf das - nicht zu erreichende Ziel - ethnischer (nicht nur staatlicher) Homogenität durch Abschottung und Begrenzung muß die Sicht auf andere gesellschaftliche Interessenlagen versperren. So prognostizieren aktuell Studien der Arbeitnehmerverbände einen immensen Arbeitskräftebedarf bei Fortschreibung der demographischen Entwicklung. Exemplarisch unterstreicht die Wirtschaftswoche: "Die deutsche Wirtschaft braucht Ausländer - als Arbeitnehmer, als Konsumenten und als Stabilisatoren für das wacklige Rentensystem."(16.08.91)

Die 'pragmatische' Ausländerpolitik öffnet sich diesen wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen. Ausländer gelten als 'nützlich', bleiben gleichwohl partiell entrechtete Objekte einer deutschen Ausländer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Auch in der aktuellen Diskussion um ein Einwanderungsrecht bleibt diese Sichtweise erhalten. Diskutiert werden in Teilen der CDU, FDP und SPD weniger die Möglichkeiten, Rechte zu garantieren, als die Instrumentarien, mit denen Zuwanderung unter nationalökonomischen Prämissen begrenzt werden kann. Es geht nicht um ein Einwanderungsrecht, sondern um ein Einwanderungsbegrenzungsrecht.

3. Eine emanzipative Einwanderungspolitik, die auf die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung der MigrantInnen zielt.

Diese Position greift die unter 2. mitkalkulierten 'Wohlstandseffekte' von Migrationsbewegungen auf und sucht sie mit der umfassenden Aufhebung diskriminierender Standards zu honorieren. Die bleibende Zuwendung zur BRD soll das Recht begründen, 'alle Rechte' zu haben. Mit unterschiedlichen juristischen Formeln wird versucht, Staatsbürgerrechte zu verallgemeinern. Die Verfechter dieser Politik verknüpfen den Gleichstellungsgedanken mit einwanderungspolitischen Regularien. Einwanderung soll von staatlicher Planung (im Wohnungswesen, Bildung, Ausbildung, Arbeit usw.) begleitet und sozial abgesichert werden. Erwartungssicherheit auf beiden Seiten - der staatlichen und der individuellen Handlungsebene - soll den Migrationsprozeß von unnötigen Belastungen für die Betroffenen und für die einheimische Bevölkerung entfrachten.

Die 'emanzipative Einwanderungspolitik' - artikuliert durch das Bündnis 90 / Die GRÜNEN und in Teilen der SPD - kann allerdings, weil sie nationalstaatlich agiert, den Exklusionsbedarf des Nationalstaates nicht außer Acht lassen. Mit 'demokratisch'- legitimierten Quoten soll einer bestimmten Zahl von Menschen die Einwanderung ermöglicht werden. Mit dieser technokratischen Perspektive sollen bestehende Unsicherheiten und Akzeptanzprobleme ausgeräumt werden. Gerade bei sogenannten Asylanten erscheint die Abwehrhaltung der Bevölkerung dramatisch. Die Reformkonzepte werden deshalb gerade hier plaziert: "Entwickeln wir also eine Zuwanderungspolitik. Das 'Asylproblem' würde sich damit selbst reduzieren." (Manfred Schröder, Der Spiegel 11/92)

Gerade hier, wo die 'emanzipative Strategie' mit Instrumenten der Einwanderungspolitik die drängenden organisatorischen und politischen Probleme aus dem Flüchtlingskontext mitbearbeiten und lösen möchte, muß sie versagen. Das 'Grundrecht auf Schutz vor politischer Verfolgung' entzieht sich als individuelles, öffentlich einklagbares Recht der Formel 'Gleichstellung im Rahmen einer geordneten Zuwanderung'. Der Dezernent für Multikulturelles der Stadt Frankfurt, Daniel Cohn-Bendit, ist deshalb sogar bereit, "eine Diskussion über die Neuformulierung des Artikel 16 des Grundgesetzes zu führen, wenn damit gleichzeitig ein Einwanderungsrecht und ein neues Staatsangehörigkeitsrecht im Grundgesetz verankert werden würde." (Spiegel Nr. 35/191)

In welchem Verhältnis stehen nun die drei Positonen zur Asylfrage?

Dem ausländerpolitischen Zugriff unterliegen die verschiedenen Zuwande-



rungsoptionen (Familiennachzug, Einreise zur Arbeitsaufnahme, EG-Freizügigkeit, Asylgrundrecht und Genfer Flüchtlingskonvention) in unterschiedlichem Maße. Nur im Artikel 16 GG sind die 'nationalen Interessen' verfassungsrechtlich zur Nachrangigkeit verurteilt. Dies tangiert alle drei Konzepte, soweit sie das Asylrecht für ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen instrumentalisieren. Das Asylgrundrecht ist - in seinem Wesen und seiner Funktion - immun gegen fundamentalistische, pragmatische oder emanzipative Migrationsplanungen. Weil es das Recht des Einzelnen unterstreicht, entzieht es sich staatsfixierter Programme.

Um trotz aller verfassungs- und völkerrechtlichen Bindungen die Asylfrage einer national-motivierten Politik der Abschottung oder Zuwanderungslenkung unterzuordnen, werden quer durch alle Parteien enorme propagandistische Anstrengungen unternommen bzw. die vorgebrachten Argumente kritiklos übernommen.

Die Verfremdung der Asylfrage

Das Asylproblem ist, so argumentieren heute PolitikerInnen aller drei dargestellten Positionen, ein Problem der 'versteckten Einwanderung'. Bundesinnenminister Seiters stellt fest, das Asylrecht sei "zum Instrument einer unkontrollierten Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen umfunktioniert worden". Dies sei aber nicht "Gegenstand der Asylverheißung des Grundgesetzes" (FR vom 21.02.92).

Im Kern unterscheidet sich dies nicht von Formulierungen der 'pragmatischen' SPD-Linie. So heißt es in dem Rundbrief

der Bundestagsfraktion zur Bewältigung der Asyl-Probleme: "Andere - die meisten - flüchten vor der Armut und der Not. Ihre Motive sind verständlich, aber sie sind nicht asylberechtigt." (Fraktion Aktuell vom 4.03.92).

Auch Konrad Weiß, der sicherlich als einer der vehementesten Verfechter einer 'emanzipativen Strategie' gelten kann, knüpft an diese 'Mißbrauchsargumentation' an. Er antwortete auf die Frage der 'Mißbrauchsminderung' mittels Quotierung: "Weil es dann drei klare Wege gibt: Nur einer ist der Weg über das Asyl, der lediglich Verfolgten offen steht. Wenn wir uns die Zahlen hier in Deutschland ansehen, dann wissen wir, daß nur eine Minderzahl der nach Deutschland kommenden unter diese Regelung fällt. Daneben wird es dann die Einwanderer und die Kontingentflüchtlinge geben." (Spiegel vom 16.09.91)

Alle drei Positionen gehen im Kern von einer funktionsfremden, weil nicht auf Verfolgung beruhenden, Inanspruchnahme des Asylgrundrechtes aus. Die Mehrzahl der Flüchtlinge sind demnach 'eigentlich' - mit mehreren Handlungsoptionen ausgestattete - Einwanderer und je nach Position entsprechend abzuweisen , bedarfsorientiert 'anzuwerben' oder quotiert gleichzustellen.

Diese Einigkeit verwundert, weil viele Informationen auf lebensbedrohende Gewalt in den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge an die Öffentlichkeit gelangen. Die unterstellten rein wirtschaftlichen Motive scheinen dagegen gut geeignet, die eigene Politik zu legitimieren und mit Erfolgsaussichten auszustatten. Was aber, wenn Flüchtlinge Menschen sind, die menschenrechtsbeugenden Gewaltverhältnissen entfliehen und deshalb eines Schutzes außerhalb ihres Heimatstaates bedürfen?

Fluchtbewegungen als Folge politischer Konflikte

Die Reduktion der Asylfrage auf wirtschaftliche Aspekte - das Wirtschafts- und Sozialgefälle, die grassierende Armut, Hunger und Elend - legt die Annahme nahe, die "Dritte Welt" sei auf der Flucht in die industrialisierten Staaten. Diese Annahme stimmt mit der Realität nicht überein. Es fliehen nach offiziellen Schätzungen nur 5% der Weltflüchtlinge in die Europäische Gemeinschaft, weil der Großteil der Flüchtlinge Schutz in zumeist benachbarten Regionen oder - wenn diese das zulassen - in benachbarten Staaten sucht. Die von Seiten der Bundesregierung oftmals eingeforderte 'Regionalisierung' ist die - zum Teil auch durch eine restriktive EG-weite Visapolitik erzwungene - Realität.

Folgerichtig erlebt die BRD eine Zunahme der Flüchtlingszahlen aufgrund europäischer Konflikte. Als Hauptherkunftsländer wurden 1991 nur europäische Staaten in der bundesrepublikanischen Asylstatistik geführt: Das ehemalige Jugoslawien (74 .854 Personen), die Türkei (23.877 Personen) und Rumänien (40.504 Personen). Niemand kann angesichts des immer noch schwelenden Bürgerkrieges im zerfallenden Jugoslawien, angesichts des andauernden Krieges des türkischen Staates gegen die kurdische Minderheit, oder mit Blick auf die staatlich geduldeten Übergriffe gegen die Roma in Rumänien von verfolgungsfreien Staaten sprechen. In allen drei Staaten finden wir bezeichnender Weise 'ungezügelte' und offene Gewaltausbrüche.

Ein vom schwedischen Ombudsmann gegen Rassismus 1987 vorgestellter Bericht über den Mythos vom Wirtschaftsflüchtling kam zu dem Ergebnis, daß "keine der ökonomischen Katastrophen in der Welt zu einer bedeutenden Steigerung der Asylbewerberzahlen aus den betroffenen Staaten nach Westeuropa geführt hat. Der Anstieg der Flüchtlingszahlen hängt stattdessen direkt mit politischen Konflikten zusammen ..." Die Fluchtbewegungen sind vielmehr 'Nebenprodukte' einer von gewalthaften Konflikten geprägten politischen Weltlage.

Die ökonomischen Krisen spielen nur eine indirekte, vermittelnde Rolle, indem sie als destabilisierende Momente zur 'Militarisierung' politischer Auseinandersetzungen beitragen. Mit Blick auf das postkommunistische Osteuropa wird dieser Wirkungszusammenhang von ökonomischem (und staatlichem) Verfall und militärischer Konfliktaustragung zwischen rivalisierenden gesellschaftlichen Gruppen offenkundig. Gerade die schwelenden und drohenden Bürgerkriege in den aufgelösten 'Vielvölkerstaaten' Jugoslawien und der Sowjetunion - verweisen auf diesen Fluchtkontext.

Nicht nur der Zusammenbruch von Staaten, auch die innerstaatliche Mobilisierung zur Krisenbewältigung schließt unter Umständen Verfolgungsstrukturen ein: "Angesichts der Gefahr von autoritären Regimen, die als einziger Ausweg aus der Krise erscheinen und einen rigorosen Kurs der Modernisierung absichern sollen, wird auch die individuelle Verfolgung weiterhin auf der Tagesordnung bleiben", warnt Albert Statz im Dossier Migration. Und weiter heißt es dort: "Ethnische Konflikte und die Unterdrückung von Minderheiten bilden nach wie vor eine Hauptquelle absehbarer Migration in den Westen."(Blätter für deutsche und internationale Politik 9/91)

Die enge Definition der Flüchtlingseigenschaft

Die Frage bleibt, ob nicht zumindest mit dem Hinweis auf die juristische Anerkennungspraxis und den daraus resultierenden geringen Anerkennungsquoten die Leugnung unmittelbar gewalthafter Bedrohung als entscheidender Fluchtursache - und damit die These vom Asylmißbrauch - gestützt werden kann. Eberhardt Franßen, der Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes warnte im Zusammenhang mit der anhaltenden bundesre-

Zuwanderungspolitik löst nicht die Akzeptanzprobleme gegenüber Flüchtlingen



publikanischen Asyldebatte davor, "leichtfertig von einem Mißbrauch des Asylrechtes zu sprechen. So würden lediglich ein gutes Drittel aller Asylbewerber von den Gerichten als offensichtlich zurückgewiesen."(FR vom 12.02.92).

Ein Blick in die Ausgestaltung und Auslegung der herrschenden Asylgesetzgebung rechtfertigt eine weitergehende Kritik: Die menschenrechtsbeugenden Gewaltverhältnisse, mit denen sich die Flüchtlinge konfrontiert sehen, und der daraus resultierende Zwangscharakter der Migrationsentscheidung können für sich ein Recht auf Asyl (gem Art. 16 Abs.2 GG) oder einen Schutz vor Abschiebung (gem. §§ 53, 54 AuslG/Genfer Flüchtlingskonvention und Europ. Menschenrechtskonvention) nicht begründen. Als ein System abgestufter Schutz-Instanzen läßt sich die deutsche Asylgesetzgebung interpretieren. Wir können anhand der vier wesentlichen Schutz-Instanzen die Einengung der Flüchtlingsdefiniton nachvollziehen:

a) Beim **Asylgrundrecht** - "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht," handelt es sich um eine subjektiv-öffentliches Recht ohne Gesetzesvorbehalt. Die Rechtsprechung der letzten zwei Jahrzehnte hat diesen unmittelbar geltenden Anspruch auf Asyl allerdings von den aktuell-wirkenden Fluchtursachen losgelöst. So ist für den Begriff der politischen Verfolgung die objektive Verfolgungsintention des Heimatstaates ausschlaggebend. Der Schutz vor Menschenrechtsverletzungen wird asylrechtlich nur gewährt, wenn die Verfolgung das im Heimatstaat des Verfolgten übliche Maß in ihrer Schwere und Intensität überschreitet (vgl. BVerfGE 54, 341, 357). So stellt das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 8.05.84 klar: "Art. 16 Abs. 2 GG schützt nicht vor staatlichen Exzessen jeder Art und auch nicht schlechthin vor jeder Mißachtung der Menschenwürde; es müssen vielmehr die politischen Motive des seine Macht mißbrauchenden Staatsapparates hinzutreten." (zitiert in InfAuslR 1984, 216 f.) Mit der Motivationsbestimmung zugunsten der Verfolgerstaaten - als 'Strafrechtspflege', 'Terrorismusbekämpfung' oder 'Bekämpfung von separatistischen Bestrebungen' - legitimieren die Gerichte nachträglich selbst eklatanteste Verletzungen der Menschenrechte und versagen den Betroffenen den legitimen Schutzanspruch.

b) Die Genfer Flüchtlingskonvention findet in die Asylrechtsprechung direkt keinen Eingang. Es gibt nach dem deutschen Asylrecht keinen Asylberechtigten entsprechend der GFK-Flüchtlingsdefinition. "Alle europäischen Staaten haben die GFK für die Anerkennung von Flüchtlingen als Grundlage. Nur Deutschland nicht. Was dazu führt, daß für bestimmte Flüchtlinge die Anerkennungsquote in Deutschland sehr niedrig ist ...", so die Bonner Vertretung des UNHCR (Stadtblatt-Interview vom 23.03.92). Relevant für die deutsche Rechtsprechung ist dagegen nur das völkerrechtliche Prinzip des **non-refoulement** (Schutz vor Abschiebung) das für die abgelehnten Asylsuchenden bei Feststellung der GFK-Kriterien zum Tragen kommt.

c) Neben dem 'Verbot der Abschiebung politisch Verfolgter' können Flüchtlinge auch Schutz in der BRD finden, wenn **Abschiebungshindernisse** festgestellt werden. Wenn konkrete, individuelle und erhebliche Gefahren - der Todesstrafe, der Folter (Art. 3 der UN Konvention) oder der 'entwürdigenden Strafen' (Art.3 der Europäischen Menschenrechtskonvention) - festgestellt werden, ist der Flüchtling vor einer Abschiebung 'zunächst' sicher.

d) Allgemeine Gefahren, denen sich verfolgte Bevölkerungsgruppen oder Minderheiten in Kriegen und Bürgerkriegen ausgesetzt sehen, begründen keinen Schutz kraft Gesetz, sondern nur kraft politischer Entscheidung. Für betroffene Flüchtlinge gilt: Von einer Abschiebung **kann** abgesehen werden, wenn das zuständige Bundesland eine entsprechende **'Aussetzung der Abschiebung'** (gem. §54) erläßt. Diese Länderregelung muß nach 6 Monaten vom Bundesinnenminister bestätigt werden.

In Anbetracht dieser juristischen Staffelung müssen erhebliche Diskrepanzen zwischen den offensichtlich-wirksamen Fluchtursachen und deren Beobachtung durch die bundesdeutschen Behörden und Gerichte konstatiert werden. Die Rechtsprechung vernachlässigt v.a. die allgemein-wirkenden Verfolgungssituationen -insbes. Kriege und Bürgerkriege - und entwickelt einen Begriff der Verfolgung, der die politische Motivation des Verfolgerstaates und die überdurchschnittliche individuelle Betroffenheit des Verfolgten zu ausschlaggebenden Kriterien erhebt. Unbeeindruckt von der politischen Umdeutung und juristischen Einengung der Flüchtlingsproblematik, zwingen aber gerade Kriege, Bürgerkriege und staatliche Repressionen viele Menschen weiterhin ihre Heimat zu verlassen.

Um auf diese aktuelle Gewalt- und Menschenrechtsproblematik in angemessener Weise einzugehen, bedarf es heute mehr denn je einer umfassenden Reformulierung der von Politik und Justiz praktisch verleugneten Asylfrage. Wer stattdessen den Schutz vor Verfolgung - einer völkischen Demagogie, einem demographischen Technokratismus oder inkonsistenten Reformversprechungen - opfern will, entscheidet ohne eine asylpolitische Perspektive einseitig zu Lasten fundamentaler Menschenrechte. Die oben aufgeworfene Frage, wer Menschen vor Gewalt schützt, wenn 'ihr' Nationalstaat Menschenrechte mit Füßen tritt, ließe sich dann eindeutig beantworten: Niemand!

Thomas Scheffer

Putsch für die Demokratie?

Boumedienes und Chadlis Wirtschaftsstrategie konnte den Aufstieg des FIS nicht verhindern

Hartmut Elsenhans, der 1977 mit einer großen Studie zum algerischen Entwicklungsweg an die Öffentlichkeit trat, nimmt in folgendem Beitrag die algerische Wirtschaftsstrategie erneut unter die Lupe. Anlaß für die aktuelle Auseinandersetzung mit dem nordafrikanischen Land ist für den Autor der Putsch vom Januar 1992, mit dem, so seine provokante These, die algerische Armeeführung das Land vor dem Schlimmsten bewahrt hat. Die Chancen für die Entstehung einer algerischen Demokratie haben sich Elsenhans zufolge mit dem Putsch eher verbessert als verschlechtert.
Mit dem Beitrag setzen wir eine lose Artikelfolge zu Algerien fort. Über den Niedergang des politischen Systems des algerischen Sozialismus berichteten wir im Mai 1992, Nr. 181, über den Aufstieg der FIS und über die Auseinandersetzungen im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung in Nr. 177, November 1991.

Ein neues Gespenst geht um: Nicht mehr der Kommunismus, den die intelligenteren Teile der sowjetischen Nomenklatura zu Grabe getragen haben, um sich langfristige Chancen für private Bereicherung zu sichern, sondern der politische Islam. Dieser "Fundamentalismus" bildet anders als der Kommunismus, der der westlichen Geistesgeschichte entstammt, den Gegenpol zu unserer Kultur und den Gegner, mit dem wir seit der Konstitution des mittelalterlichen Europas in Konflikt über die Kontrolle der für uns strategisch wichtigen Gebiete im Süden und im Osten liegen.

Dieser Gegner schien im 19. Jahrhundert endlich bezwungen; jetzt steht er wieder auf und bestreitet die Weltgeltung des europäischen Modells von Gesellschaft und Politik, fordert den Gottesstaat, die Einheit von Religion und Staat, din wa daula.

In Algerien ist die Drohung gegenwärtiger als im fernen Iran oder in Ägypten. War doch das nordafrikanische Land vor der Unabhängigkeit französische Provinz, durchdrungen von der französischen Aufklärung, selbst in der Ideologie ihrer Befreiungsbewegung und nach der Unabhängigkeit noch mehr westlich unter einer wie sonst nirgendwo technokratisch rationalen und sich in französisch verständigenden Staatsklasse, die den sozialrevolutionären Idealen der europäischen Linken wenigstens in den wirtschaftlichen Aspekten ihrer Enwicklungspolitik nacheiferte.

Unter Boumediene, den viele noch 1965 als konservativen Putschisten einstuften, gelang eine rasche industrielle Entwicklung und die Übernahme der Rolle eines Sprechers der "Entrechteten" der Dritten Welt. Die neue algerische Führung berief sich nicht mehr allein auf den Mythos des bewaffneten Volkskrieges (wie vor allem zur Zeit des ersten Präsidenten Ben Bella), sondern auf Wirtschaft, Güterpreise und Technologietransfer und erschien bei der Forderung nach einer "neuen Weltwirtschaftsordnung" als effizient. Ohne Algerien hätte es keine breite Mobilisierung für das Ziel eines Interessenausgleichs zwischen dem Norden und dem Süden gegeben, ohne solche Mobilisierung wäre die Ölpreiskrise von vornherein ein bloßer Krämerkonflikt zwischen arabischen Potentaten und den Ölkonzernen gewesen, ohne zur Solidarität der Dritten Welt beizutragen.

Das Ende der Demokratisierung oder ihre Rettung?

Die Europäer sind in der Bewertung des Putsches vom Januar 1992 gespalten. Hätte nicht der Versuch der Transformation der islamistischen Bewegung durch ihre Beteiligung am parlamentaristischen Prozeß unternommen werden müssen, um die Integrationsfähigkeit der westlichen "Welt" zu demonstrieren, oder war hier der Fall eingetreten, daß diese westliche Welt mit der Waffe gegen ihre Widersacher verteidigt werden mußte?

Aus algerischer Sicht läßt sich die Anfang 1992 entstandene Lage auf wenige Elemente reduzieren. Diese müssen gerade in Deutschland von den Kritikern des



Militärputsches ernstgenommen werden. Die Kommunalwahlen am 12. Juni 1990 hatten zwar gezeigt, daß es keine eindeutige Mehrheit für das Projekt des Front Islamique du Salut (FIS) gab. Sie hatten aber auch deutlich gemacht, daß die Gegner dieses Projektes auf Parteiebene gespalten waren und keine organisatorische Einheit, erst recht keine schlagkräftige Bewegung entwickelten, die die Islamisten bekämpfen konnte. Eine Gruppe unter den Gegnern des Projektes FIS, die aus dem Befreiungskrieg hervorgegangene Staatsklasse, die Verwaltung und Armeeführung kontrollierte, verfügte noch über die Instrumente staatlicher Macht, insbesondere Armee und Polizei, die weiterhin einsatzfähig waren. Es war den Islamisten nicht gelungen, durch ideologischen Einfluß diese Institutionen zu unterwandern. Diese Staatselite hatte bei der Wählerschaft insgesamt nur noch einen geringen Rückhalt. Trotz ihres häufig kritisierten "Modernismus" fand sie paradoxerweise gerade in den eher traditionalistischen Teilen der algerischen Gesellschaft auf dem Lande und im Süden noch die treuesten Anhänger. Ihr politischer Hauptgegner, der FIS hatte wiederum nur

eine knappe Mehrheit und bei diesem Niveau nach Einschätzung aller seiner Gegner sein Wählerpotential ausgeschöpft. Er stieß auf erbitterte Gegnerschaft anderer politischer Bewegungen, vor allem des Rassemblement pour la Culture et la Démocratie (RCD) und der Front des Forces Socialistes (FFS).

Trotz der Rivalität zwischen den verschiedenen Bewegungen gab es große Gemeinsamkeiten im Lager der Gegner des FIS: Alle wollten, anders als der FIS, den nach dem Oktober 1988 eingeleiteten Prozeß der Demokratisierung fortführen und vertiefen, um eine parlamentarische Demokratie mit starken Präsidialelementen zu errichten. In einer starken Stellung des Präsidenten sahen sie eine Garantie für die Aufrechterhaltung der Verfassung. Versäumt wurde bei diesem Prozeß, frühzeitig inhaltliche Regeln für die politische Betätigung von Parteien aufzustellen, die bei der Gegnerschaft gegen die verfassungsmäßigen Grundprinzipien unproblematisch das Verbot der fraglichen Partei erlaubte.

Gemeinsames Kalkül aller Gegner des FIS war gewesen, über eine sorgsam kontrollierte Beteiligung der Islamisten an der Macht den Zusammenhalt zwischen deren Wählerbasis und den islamistischen politischen Organisationen zu schwächen. Dieses Kalkül beruhte auf folgender Interpretation: Wegen ihrer Mißwirtschaft hatte der FLN (die alte Staatspartei, die aus der Befreiungsbewegung hervorgegangen war) ihren Einfluß auf die vom modernen wirtschaftlichen Sektor ausgeschlossenen "Entwurzelten" in den (Vor-) Städten verloren; andere nichtislamische Organisationen hatten wegen der Behinderung politischer Aktivitäten hier noch keinen Einfluß erzielen können. Gestützt auf ihre Infrastruktur in den Moscheen hatten die Mullahs dieses vernachlässigte Protestpotential zunächst für sich gewinnen können.

Würde allerdings über die Beteiligung der Kader der islamischen Organisationen am politischen Tagesgeschäft gerade auf der Ebene der Lokalpolitik deutlich, daß sie ihre Versprechungen nicht halten könnten, daß unter ihrer Geschäftsführung die Zahl der Wohnungen und der Arbeitsplätze auch nicht rascher zunähme als vorher, und daß sie bei der Verteilung knapper Güter genauso wie die bisherigen Machthaber politische Freunde bevorzugten, dann würde die Allianz zwischen überzeugten Islamisten und Protestwählern geschwächt.

Der erste Wahlgang zur Nationalversammlung am 26. Dezember 1991 hat diese Erwartung nicht bestätigt. Die Geographie des Wahlergebnisses blieb ungefähr gleich. Die wesentliche Verschiebung war die Ersetzung des RCD durch den FFS in den kabylischen Wahlkreisen. Die kurzfristige Abnützung der Islamisten war nicht eingetreten, genausowenig wie die mittelfristig erhoffte Veränderung der ökonomischen und politischen Situation. Die politische Liberalisierung mit einer freien Presse und breitangelegten Aufklärungskampagnen hat die Anhänger des FIS nicht auf einen gegen einen islamischen Staat orientierten demokratischen Kurs gebracht. Die ökonomische Liberalisierung (Abwertung des Dinars, Liberalisierung des Außenhandels und der ausländischen Direktinvestitionen, Ende der administrativen Beschränkungen bei Betriebsgründungen) konnte noch nicht greifen, um die Arbeitsmarktsituation zu verändern und die Marginalisierten in den Vorstädten dem FIS abspenstig zu machen. Sollte man angesichts des offensichtlichen Scheiterns der bisher eingeschlagenen Methoden der Krisenbekämpfung gegenüber dem innenpolitischen Gegner eine Strategie der Kooptation weiterverfolgen, indem man ihm weitere Partizipationsmöglichkeiten einräumte, oder sollte man gerade wegen der eigenen Schwäche auf Wählerebene den einzig verbliebenen Vorteil, nämlich die Verfügung über Armee und Polizei, nutzen, um die Übernahme der Verfassungsorgane durch den Gegner zu verhindern?



Bei der Beurteilung des Putsches der algerischen Armeeführung vom Januar 1992 geht es also nicht um die Frage, ob er demokratisch war oder nicht, sondern ob die Armeeführung historisch mit ihrer Einschätzung Recht behalten wird, daß sie die Sicherung von Rechtsstaatlichkeit mit der Möglichkeit eines späteren schrittweisen Übergangs zur Demokratie eher ermöglicht hat als die von Präsident Bendjedid Chadli angestrebte kontrollierte Partizipation in der Form der Übergabe der verfassungsmäßigen Institutionen an den FIS. In Deutschland ist vor nunmehr 59 Jahren diese Variante in der Behandlung einer Allianz aus von den Vorzügen der Modernisierung ausgeschlossenen Klassen, Kleinbürgern und arbeitslosem "Lumpenproletariat" gewählt worden, weil die Eliten sich dem traditionalistischen Diskurs sehr viel näher fühlten, als der Alternative einer grundlegenden Sozialreform und einer expansiven Wirtschaftspolitik. Die Ergebnisse waren beklagenswert. In Algerien haben weniger konservativen Eliten die andere Variante gewählt.

Sicher hätten die Islamisten gestützt auf ihre Macht in Algier anders als die Hitlerfaschisten keinen Eroberungsfeldzug starten können, schon wegen des geringeren ökonomischen Potentials. Wahrscheinlich hätte ihre von den Faschisten gerade durch den Respekt der Religion verschiedene ideologische Ausrichtung zur Folge gehabt, daß die Menschenrechtsverletzungen begrenzt geblieben wären. Dennoch läßt sich schwer widerlegen, daß der Putsch eher als die Untätigkeit die zukünftigen Chancen von Rechtsstaat und Demokratie bewahrt hat.

Der Weg in die Krise

Im Gegensatz zu der Einschätzung Algeriens in linken westlichen Medien war die sozialistische Orientierung der algerischen Befreiungsbewegung eher schwach ausgeprägt. Von einer starken, die Massen zur gesellschaftlichen Transformation mobilisierenden Partei kann selbst in der Schlußphase des antikolonialistischen Befreiungskriegs nicht gesprochen werden.

Das Engagement für sozialistische Strukturen ergab sich aus Engpässen beim Prozeß der staatlichen Steuerung der Wirtschaft, 1962/63 aus der Notwendigkeit der Übernahme der von den Europäern verlassenen Betriebe, 1966/1972 aus den Erfordernissen der Mobilisierung von Arbeit und Entwicklung von Massenmärkten für ein auf die Erschließung des inneren Markts ausgerichtetes Akkumulationsmodell, an dem sich die algerische Führung nach der Machtübernahme durch Oberst Boumediene orientierte.

In diesem Versuch zur wirtschaftlichen Transformation Algeriens gewann die Partei als Instrument der Mobilisierung von Unterstützung eine neue Bedeutung. Ein Kampf um die Herrschaft in der Partei, um die Ausweitung der Rolle der Partei im politischen System und um ihre Vorherrschaft gegenüber allen anderen Organisationen wurde entfacht. Als mit der Machtübernahme Bendjedid Chadlis (1979 nach dem Tod Boumedienes) dieses Modell der wirtschaftlichen Entwicklung aufgegeben wurde, weil es ökonomisch zu teuer und politisch als abhängig von einer neuen Arbeiterklasse und einer neuen technischen Intelligenz erschien, mußte auch die Partei geschwächt und zerschlagen werden.

Damit konnte nur noch Verbalismus der Revolution und der Pragmatismus der Patronage verfolgt werden. Der FLN, der 1988 Zielscheibe des Volkszorns wurde, war schon von den anderen Kräften des Regimes entmachtet worden, die nicht mehr an Massenmobilisierung und Transformation des Produktionsprozesses interessiert waren, sondern den Staatsapparat zur Stützung privater Akkumulation im Rahmen einer traditionellen importsubstituierenden Strategie nutzten. Mit der wirtschaftspolitischen Option des Verzichts auf die "ehrgeizigen" Projekte der Ära Boumediene entfiel auch die Notwendigkeit, die Massen in ein Projekt der Modernisierung einzubauen, und der FLN wurde endgültig funktionslos.

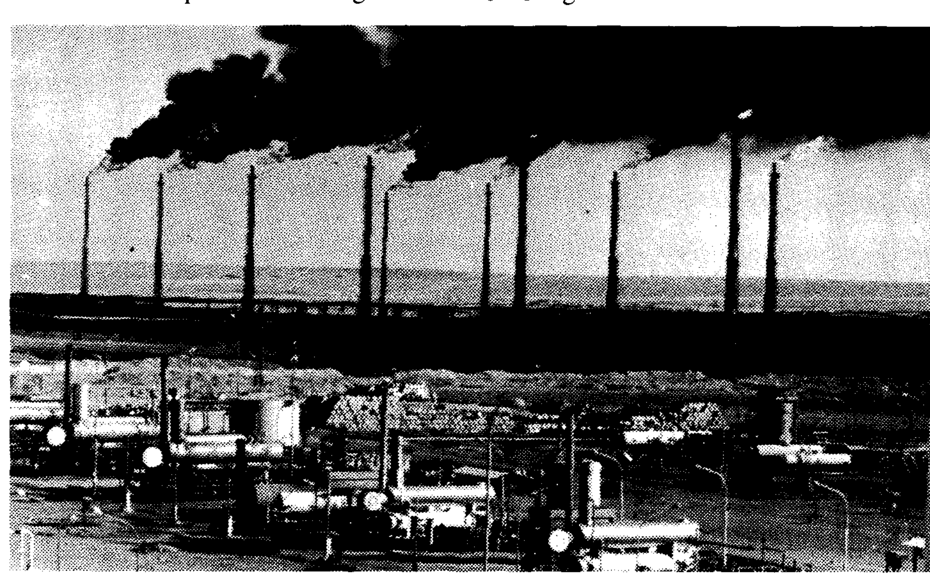
Ein Terrain entstand für die islamische Bewegung, die sich um die Zuwanderer in die Städte, um die aus dem Modernisierungsprozeß Ausgeschlossenen kümmerte, und zwar unter der Führung von "Mittelklassenmitgliedern", die in die Schule gegangen waren, aber im Beschäftigungssystem der modernen Industrie keinen Platz finden konnten.

Diese Hinwendung der "Entwurzelten" und großer Teile aufsteigender Mittelschichten zum FIS hat jedoch wenig mit Religion und mit deren Inhalten zu tun. Man wendet sich nicht dem FIS zu, um in einem "prämodernen" goldenen Zeitalter des Islam zu leben, sondern um wesentliche Früchte der westlichen Konsumgesellschaft auf "gerechtere" Weise zu verteilen.

Das Scheitern der algerischen Wirtschaftsstrategie

Für die Beurteilung der Chancen, über eine neue Wirtschaftspolitik die Verbindung zwischen politischem Islam und unzufriedenen Entwurzelten in Algerien zu lockern, sind die Gründe des Scheitern der Entwicklungsstrategie wichtig. Das mit dem ersten Plan von 1967/69 eingeleitete Entwicklungsmodell hat nicht deshalb unzureichende Ergebnisse gezeitigt, weil es eine auf die Herausbildung einer integrierten Industrie ausgerichtete Industrialisierung war. Vielmehr läßt sich zeigen, daß der nach 1973 angestiegene Umfang der Finanzierungsmittel zur Folge hatte, daß die Industrialisierungsstrategie in wesentlichen Bestandteilen so modifiziert wurde, daß die ursprünglich angestrebte Vernetzung nicht mehr erreichbar war.

Die 1967 eingeleitete Industrialisierung zielte darauf ab, in Algerien zunächst einige Grundstoffindustrien aufzubauen. Mit deren Hilfe sollte eine Verarbeitungsindustrie entstehen, die auf der Grundlage der lokalen Produktion entscheidend wichtiger Grundprodukte wie Zement, Basischemikalien und Stahl und einer zu schaffenden Investitionsgüterindustrie, Vorprodukte und Maschinen für die rasche Verbreiterung der industriellen Produktion liefern sollte. Dieses Modell war aufgebaut auf geplanten Vernetzungen zwischen verschiedenen Produktionszweigen, nicht nur innerhalb der Industrie. Zur Nutzung der in der ersten Phase schon entstehenden Kapazitäten in der Düngemittelproduktion wurde eine Agrarreform beschlossen. Obwohl diese von einflußreichen Kreisen innerhalb der Staatspartei noch Anfang 1972 abgelehnt worden war, wurde mit ihr noch im selben Jahr begonnen.



Mit der Erhöhung der Ölrente nach den Preissteigerungen (1973/74) wurden solche geplanten Vernetzungen über Bord geworfen. Die Ausgabenansätze für Investitionen für den zweiten Vierjahresplan (Laufzeit 1974-1977) wurden innerhalb weniger Monate vervierfacht. Jedes Ministerium holte Projekte aus der Schublade, deren wechselseitige Abstimmung innerhalb eines einigermaßen konsistenten Gesamtplans völlig unmöglich war. Nach wenigen Jahren, noch vor dem Tode des mit dieser Phase der algerischen Entwicklung eng verbundenen Staatspräsidenten Boumediene, wurde in der regierungsnahen wissenschaftlichen Publizistik die Gefahr der Überforderung der menschlichen Ressourcen durch die finanziell mögliche Vervielfachung der Investitionsprojekte erkannt: die algerischen Manager wurden immer stärker von ausländischen Unternehmen abhängig; knappe Kader wechselten aus dem Produktionsbereich (und der Aufgabe der Assimilation ausländischer Technologie) in die Verwaltung über; Fertigstellungszeiten wurden unkalkulierbar, so daß Betriebe sich auf geplante Zulieferungen und Absatzmärkte nicht verlassen konnten und zur Abwehr von Lieferengpässen ungeplante ineffiziente Investitionen bei der Herstellung von Vorprodukten tätigten und sich an ausländische Partner banden. Der Aufbau einer die Industrie vernetzenden Investitionsgüterindustrie wurde in immer fernere Zukunft verschoben. Bei der Mobilisierung von Arbeit spielte die Verknüpfung zwischen Produktionsergebnis und Arbeitseinkommen eine immer geringere Rolle, weil die Staatsbetriebe mit dem Hinweis auf ihre Bedeutung für langfristige Entwicklungsziele regelmäßig auf die finanziellen Ressourcen des Staatshaushalts, die Ölrente, zurückgriffen.

Die Rente war als Quelle der Finanzierung eingeplant. Sie erwies sich aufgrund ihres gestiegenen Umfangs als Danaergeschenk, weil sie den zentralen Instanzen der Planung die Möglichkeit nahm, die notwendige Disziplin bei der Auswahl und Ausführung der Projekte durchzusetzen. Bei der Diskussion über die notwendige Neuorientierung (vor allem 1978/80) scheiterten die Anhänger Boumedienes mit ihrer Vorstellung, derzufolge eine größere Disziplinierung der Betriebsführungen über die Stärkung und Radikalisierung der Partei und über eine größere Mitbestimmung der Arbeiter erreicht werden sollte. Der Tod Boumedienes gab den Teilen der Staatspartei, die in einer solchen Radikalisierung Gefahren für ihren Einfluß, ihr Prestige und ihre Einkommen sahen, eine unverhoffte Chance zur Abwendung dieser Tendenz. Die Wahl Bendjedid Chadlis zum Staatspräsidenten, die Übernahme des Amts des Generalsekretärs der Staatspartei durch ihn selbst und die Ausschaltung des von Boumediene mit der Erneuerung der Staatspartei beauftragten Parteikoordina-



FLN-Anhänger

tors Salah Yahiaoui beendeten den Versuch, die aufgetretenen Widersprüche des wirtschaftlichen Modells durch größere Disziplin und breitere Partizipation mit dem Ziel der Intensivierung der Vernetzung der Wirtschaft zu überwinden.

Auch Chadli kriegt die Kurve nicht

Chadlis Wirtschaftspolitik mit wechselnden Wirtschaftsministern und damit wechselnden Zielsetzungen im Einzelnen zielte darauf, Kohärenz des Produktionsapparats durch Dezentralisierung im öffentlichen Sektor und eine Stärkung des Markts als Instrument der Koordination innerhalb des öffentlichen Sektors und zwischen öffentlichem Sektor und privatem Sektor zu erreichen. Die inzwischen zu Branchenmonopolen herangewachsenen Staatsunternehmen wurden aufgespalten; viele einzelne Staatsunternehmen sollten sich auf einzelne Produkte spezialisieren und auf Märkten miteinander konkurrieren. Dem privaten Sektor wurden durch schrittweise Aufhebung der Investitionsplafonds und besseren Zugang zu Devisen größere Wachstumsmöglichkeiten eingeräumt.

Die Reform des öffentlichen Sektors scheiterte am Widerstand der leitenden Manager; solange Algerien noch über gute Einnahmen direkt aus Exporten oder indirekt über durch Öl- und Gasexporte gedeckte Kreditaufnahme verfügte, waren sie nicht bereit, auf den Zugriff auf die Ölrente zu verzichten. Die mit der Ein-Parteienherrschaft verbundene Entpolitisierung der Arbeiterbewegung hatte zur Folge, daß primär Belegschaften von Unternehmen mit Monopolstellung auf dem Markt soziale Forderungen ihrer Mitglieder durchzusetzen suchten, so daß in der politischen Praxis die Arbeiter die Unternehmensleitungen beim Anspruch auf Zuteilungen aus der Rente stützten.

Erst als im Laufe der weiteren Verschlechterung der Zahlungsbilanz ab Mitte der achtziger Jahre keine Renten mehr verteilt werden konnten, gelang die Trennung zwischen öffentlichem Haushalt und öffentlichen Unternehmen.

In diesen Auseinandersetzungen innerhalb der algerischen Staatskasse verlor die Zentrale allmählich jede Fähigkeit zur wirtschaftlichen Koordination. Entwicklungspläne beschränkten sich auf eine grobe Addition von Investitionsprojekten, deren Verflechtung untereinander und mit dem vorhandenen Produktionsapparat in keinem der Dokumente, die seit 1980 publiziert wurden, noch diskutiert wurde. Der noch vorhandene ideologische Kitt war ein diffuser Nationalismus und Reste von Etatismus. Deshalb wurde die notwendige Abwertung des Dinar (starke Währung - starke Wirtschaft) verzögert und dadurch den privaten Unternehmen eine freie Wahl von Investitionsprojekten vorenthalten. Wegen des hohen Außenwertes des Dinar erlaubten importierte (und künstlich verbilligte) Ausrüstungsgüter bessere betriebswirtschaftliche Ergebnisse als der Einsatz weniger anspruchsvoller aber lokal produzierter Technologien. Deshalb wollten alle privaten Unternehmer nur in importierte Maschinen investieren. Rationierung der knappen Devisen führte zu klientelistischer Einbindung der an solchen Importrechten interessierten privaten Unternehmer statt zu einer vom Staat unabhängigen dynamischen Kapitalistenklasse. Unternehmer ohne solche Privilegien wurden in Opposition zu Staat und Einheitspartei gezwungen.

Wegen unzureichender Akkumulation ausgegrenzte Marginalisierte/Entwurzelte und politisch schwache Klein- und Mittelbetriebe ohne politische Beziehungen waren die so entstehenden beiden sozialen Lager, die die islamische Bewegung noch heute tragen. Sie haben ihre Grundlage im Scheitern des Versuchs Chadlis, die Logik der Rente zugunsten einer Logik des Profits zu zerschlagen und eine neue Disziplin für die Wirtschaftsoperateure zu schaffen, nachdem die planwirtschaftliche Lenkung als gescheitert angesehen wurde.

Unabhängig vom Lenkungsmechanismus hätte jedoch jede auf Erschließung des internen Massenmarktes ausgerichtete Entwicklungspolitik in Algerien mit dem Problem zu kämpfen, daß wachsende Einkommen der Armen und der Bezieher durchschnittlicher Einkommen zu ungefähr 50% für Nahrungsmittel verwendet werden, so daß jeder nachhaltige Erfolg der Wirtschaftsstrategie von Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft abhängt. Trotz einer Vielzahl von Einzelreformen zur Steigerung des wirtschaftlichen Interesses der Bauern sank die Selbstversorgungsquote während der achtziger Jahre weiterhin ab.

Ebenso blieb bei der Konsumgüterproduktion nicht nur wegen wachsender Ein-

kommen im oberen Bereich (steigender Luxuskonsum, Selbstprivilegierungstendenz der Staatsklasse), sondern auch wegen des hohen Dinarkurses die Importabhängigkeit bestehen. Die Verbrauchsgüternachfrage setzt sich zu einem hohen Anteil aus technisch einfachen Produkten zusammen, die in Ländern mit einem vergleichbaren Stand der technischen Entwicklung lokal produziert (und häufig exportiert) werden. In Algerien werden sie wegen des hohen Dinarkurses zu einem hohen Anteil importiert.

Chadlis Kampf gegen die Logik der Rente führte nur zur Aufspaltung der Staatsklasse in einzelne Seilschaften, die schließlich nur noch das Ziel der Maximierung ihrer Renten in Rivalität mit anderen Seilschaften verfolgten. Die reale Einkommenssituation einer immer größeren Zahl von Algeriern wurde auf allen Ebenen immer mehr von Beziehungen als von Arbeit abhängig. Verschuldung und Rezession waren die Folge der Vergeudung der Rente.

Als Ausweg aus der sich verschärfenden Wirtschaftskrise, insbesondere nach den Unruhen vom Oktober 1988, in deren Folge die Staatspartei auf ihr politisches Monopol verzichten mußte, hat eine Fraktion des FLN, die Regierung Hamrusch (seit September 1989) die völlige Liberalisierung der Wirtschaft angestrebt. Sie wollte einerseits die Renten beseitigen, andererseits bei ausländischen Geldgebern Vertrauen schaffen. Um dies zu erreichen, mußte sie jede Form der einseitigen Verminderung des Schuldendienstes, der bis auf 90% der Exporterlöse anstieg, gegen starken innenpolitischen Widerstand aus dem nichtislamischen Lager ablehnen. Das wiederum hatte zur Folge, daß die Produktion der von Importen abhängigen algerischen Wirtschaft (privater und öffentlicher Sektor) weiter gedrosselt wurde.

Chadli war es gelungen, die Logik des planwirtschaftlichen Modells zu zerschlagen. Er war bei der Etablierung eines alternativen Modells gescheitert. Die in Opposition zum politischen Islam stehende Hälfte der algerischen Bevölkerung hat durch ihre politischen Organisationen kein kohärentes Konzept für die Überwindung der Wirtschaftskrise entwickeln können. Sie befürwortet den Putsch der Armeeführung, kann aber zumindest derzeit kein eigenes Projekt einer Überwindung der Krise konsensfähig vortragen.

Perspektiven

Mit dem Putsch kamen diejenigen Kräfte der alten FLN an die Macht, die wie Sid Ahmed Ghozali der Konzeption der wirtschaftlichen Entwicklung unter Boumediene nahestanden. Wegen begrenzter Ressourcen können sie jedoch nicht zu einer Politik der großen Projekte zurückkehren. Sie müssen die heterogenen kurzfristigen Interessen der vom modernen Sektor abhängigen gesellschaftlichen Gruppen so zusammenführen, daß vorhandene Produktionspotentiale zur Steigerung von Beschäftigung und Masseneinkommen benutzt werden können. Infrastrukturprogramme und Wohnungsbau sollen rasch Arbeitsplätze für die "Entwurzelten" schaffen. Auf der Grundlage eines niedrigen Wechselkurses soll die Nachfrage nach Produkten der lokalen Klein- und Mittelindustrie angeregt werden. Die Drohung einer islamischen Machtübernahme wird benutzt, um ausländische Geldgeber zur Absicherung der Zahlungsbilanz zu gewinnen.

Die islamische Bewegung verfügt über kein Projekt gesellschaftlicher Entwicklung, das ihr einen entscheidenden Einbruch in die Bevölkerungsgruppen erlaubt, die vom modernen Wirtschaftssektor abhängen. Deshalb ist der von der Militärregierung verfolgte Kurs nicht aussichtslos. Die Industriearbeiter sehen durch den politischen Islam ihre Rechte auf Selbstorganisation und Streik bedroht. Der Versuch zur Bildung islamischer Gewerkschaften ist gescheitert. Obwohl Klein- und Mittelunternehmer eine wichtige Finanzierungsquelle der islamischen Bewegung sind, findet die Armeeführung bei einem Teil der Unternehmer Unterstützung. Gelingt über eine Abwertung des Dinars die Anregung der "Verflechtungsindustrien", nämlich einer lokalen Produktion von Ausrüstungsgütern (für die technisches Know-how durchaus vorhanden ist) kann Expansion von Beschäftigung und Masseneinkommen gelingen. Die Erkenntnis, daß dies primär von der Expansion der lokalen Produktion und nicht der Höhe der Rente abhängt, spiegelt sich in der Bereitschaft wider , Auslandskapital sogar in der Öl- und Gasindustrie zuzulassen.

Zwei Unbekannte gibt es jedoch bei dieser Strategie: Die Belastung der Zahlungsbilanz durch Nahrungsmittelimporte und die Reaktion der Klein- und Mittelindustrien. Relativ unproblematisch erscheint mir der zweite Punkt: Gelingt die Setzung von wirtschaftlichen Daten, aufgrund derer für Klein- und Mittelunternehmer Wirtschaftswachstum rentabel erscheint, werden sie die gebotenen Investitionschancen auch dann nutzen, wenn sie der islamischen Bewegung nahestehen. Problematisch ist dagegen die Auswirkung einer auf Ausweitung der Beschäftigung durch Wachstum des Binnenmarktes ausgerichteten Strategie auf die Zahlungsbilanz, solange die Selbstversorgungsquote bei Nahrungsmitteln so niedrig ist. Die Steigerung des Exports verarbeiteter Produkte zur Bezahlung der Nahrungsmittelexporte dürfte kurzfristig nicht gelingen, weil mögliche Märkte schon besetzt sind und der nächste größere Absatzmarkt, die Europäische Gemeinschaft, hohe Zutrittsbarrieren aufweist.

Scheitern die hinter dem Putsch stehenden Kräfte mit ihrer ökonomischen Strategie, kommt es zu keinem gesellschaftlichen Kompromiß und zu keiner Erhöhung der Beschäftigung der Entwurzelten, dann droht die Gefahr eines Bürgerkrieges.

Ist die Strategie der Armeeführung jedoch erfolgreich, so wird sich die islamische Bewegung differenzieren. Ein gemäßigter Teil wird eine stärkere Berücksichtigung des Islam im öffentlichen Leben fordern, auf die Forderung nach Aufhebung der Verfassungprinzipien aber verzichten müssen, weil nach der Sicherung des wirtschaftlichen Überlebens das Ziel der individuellen Freiheit für immer breitere Kreise größere Bedeutung gewinnen wird. Die Zahl derer, die von einem Kalifat viel zu verlieren hat, nimmt zu.

Die Hälfte der algerischen Gesellschaft ist schon auf dem Weg zu einer bürgerlichen Gesellschaft. Die Möglichkeit zu ihrer Verwirklichung wird durch den Putsch eher vergrößert als vermindert.

Hartmut Elsenhans

Eine längere und an theoretischen Ausführungen reichere Fassung des Artikels ist in der Zeitschrift 'Frieden' (Mediatus) 2/1992 erschienen.

Warum eine Sturmflut zur menschlichen Katastrophe wird

Drei Weltregionen werden in den nächsten Jahrzehnten von häufigen und heftigen Sturmfluten betroffen sein: die Karibik, Südostasien und Südasien, insbesondere der Golf von Bengalen. Die durch die globale Klimaveränderung ausgelöste Erwärmung der Weltmeere ist hierfür der Hauptgrund.
In keinem anderen Land der Welt sterben soviel Menschen bei Sturmfluten wie in Bangladesch. Bei der letzten Sturmflut im April 1991 starben nach Regierungsangaben ca. 130 000 und nach Angaben von NGOs 290 000 Menschen. Hinsichtlich der Windgeschwindigkeiten und der Höhe und Wucht von Flutwellen sind Sturmfluten in der Karibik in der Regel stärker als im Golf von Bengalen.
Warum sterben bei vergleichbaren Naturereignissen an der Küste der USA nahezu keine Menschen, während in Bangladesch von einer Naturkatastrophe die Rede ist? Warum wird aus einem Naturereignis eine Katastrophe für Menschen?

Wie kaum ein anderes Land ist der Haushalt Bangladeschs direkt von Entwicklungshilfe abhängig. Über die Hälfte des gesamten Haushalts Bangladeschs wird direkt über Entwicklungshilfe finanziert.

Nicht mangelndes Wissen oder unzureichende Ressourcen sind die Gründe dafür, daß seit der Existenz Bangladeschs 1971 keine ausreichenden Schutzmaßnahmen für die Küsten- und Inselbevölkerung ergriffen worden sind. Die politische Prioritätensetzung der internationalen Entwicklungshilfeorganisationen und der bangladeschischen Regierungsbürokratie weist Schutzmaßnahmen nur eine untergeordnete Rolle zu. Die Weltbank trägt dabei als Koordinatorin der internationalen Hilfe einen großen Teil der Verantwortung.

'Naturkatastrophen' sind Folge eines Kalküls, bei dem Schutzmaßnahmen als unrentabel angesehen werden. Ein sozialdarwinistischer Zynismus, der sich in keinem offiziellen Dokument findet, der jedoch zwischen den Zeilen unübersehbar ist, ist Bestandteil der Entwicklungsbürokratie: eine vorübergehende Verlangsamung der Bevölkerungsentwicklung Bangladeschs durch 'Naturkatastrophen' erscheint aus dieser Perspektive nicht als Tragödie.

Hilfszusagen nach der Sturmflut

Als am 30.4.1991 die Bilder über die verheerenden mAuswirkungen einer Sturmflut im Golf von Bengalen um die Welt gingen, lösten sie Entsetzen aus. In zahllosen Erklärungen forderten internationale Institutionen und Regierungen und auch die Regierung Bangladeschs, nun müßten endlich effektive Maßnahmen zum Schutz der Küstenbevölkerung vor der nächsten Sturmflut ergriffen werden.

Lieferungen von Hilfsgütern und finanzielle Zusagen für den Ausbau eines effektiven Katastrophenschutzes trafen aus aller Welt ein. Saudi Arabien bewilligte 47 Mill.$, die EG Länder insgesamt 22,9 Mill. ECU. Die Bundesregierung stellte dem Roten Halbmond in Bangladesch 5 Mill. DM und weitere 5 Mill. DM der Regierung für den Bau von Flutschutzbunkern und dem Ausbau eines Frühwarnsystems zur Verfügung. Mitarbeiter der Kreditanstalt für Wiederaufbau befürchten jedoch, daß bis zu einer Einigung innerhalb der internationalen 'Gebergemeinschaft' bzw. zwischen den beteiligten Regierungen und den Behörden Bangladeschs über die Standorte von Flutschutzbunkern und über den Umfang der Reparatur bzw. des Neubaus von Dämmen, wertvolle Zeit verstreichen wird.

Über die notwendigen Schutzmaßnahmen besteht hingegen in Expertenkreisen weitgehende Einigkeit. Der Bau von Flutschutzbunkern (6-7 Meter hohe Plattformen, die von Betonstelzen getragen werden), Ausbau des Vorwarnssystems, Wiederaufforstung, die Reparatur und Verstärkung von Deichen und der Ausbau von Straßen zählen hierzu. Auf 150 bis 250 Mill.$ belaufen sich die Schätzungen verschiedener Studien für die Kosten dieser Schutzmaßnahmen, die nicht nur das Überleben der Küstenbevölkerung bei Sturmfluten ermöglichen, sondern auch zur Sicherung einer landwirtschaftlichen Produktion erheblich beitragen würden.

Am 21./22.4.92 fand in Paris das jährliche Treffen der 'Bangladesh Aid Group', ein Zusammenschluß der in Bangladesch engagierten Regierungen und internationalen Entwicklungsinstitutionen, mit einer Delegation der Regierung Bangladeschs unter der Schirmherrschaft der Weltbank statt. 2,2 Mrd.$ in Form von Krediten wird das Land im Finanzjahr 1992/1993 erhalten. "Über Maßnahmen und über zusätzliche Programme zum Schutz der Küstenbevölkerung wurde in Paris nicht beraten", berichtet der Leiter der deutschen Delegation, Dr. Preuß vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vergleiche man die Ankündigungen und Programme für den Bau von Schutzmaßnahmen kurz nach der Katastrophe mit den tatsächlich umgesetzen Maßnahmen "so ist nicht viel geschehen." Und Herr Preuß weiß auch warum: "Die bengalische Seite verläßt sich zu sehr auf ausländische Hilfe und entwickelt zu wenig eigenes Engagement." Der Leiter des Länderreferats Bangladesch im BMZ, Herr Mohrbach, schließt sich dieser Sichtweise an. "Die Geberseite drängt die Regierung Bangladeschs, die aber verzögert Entscheidungen."

Mangelnde Koordination innerhalb der 'internationalen Gebergemeinschaft', nachlassendes Interesse in der Öffentlichkeit und auch in den Amtsstuben, die mit der Abwicklung von Entwicklungshilfe beschäftigt sind, haben zu einer Situation geführt, in der die Küstenbevölkerung der nächsten Sturmflut schutzloser ausgeliefert sein wird, als es im April 1991 der Fall war. Denn selbst die Reparatur der durch die Sturmflut zerstörten wenigen Flutschutzbunker, Straßen und Dämme ist ein Jahr später noch nicht erfolgt. Beamte der EG-Kommission werfen der Weltbank und bangladeschischen Ministerialbeamten allzu engstirnige ökonomische Kriterien bei der Bewilligung der Finanzierung von Dammbauten vor und Mitarbeiter des BMZ und der Kreditanstalt für Wiederaufbau beschweren sich über die Ineffizienz der Regierungsbürokratie Bangla-



Flutschutzbunker gewähren einer begrenzten Anzahl von Personen Sicherheit Foto: Claus Euler

deschs. Auf der anderen Seite beklagt sich die Regierung Bangladeschs über mangelnde westliche Hilfszusagen und verweist darauf, daß die Ursache für die 'Naturkatastrophen' in Bangladesch auch die globale Klimaveränderung sei. Gegenseitige Schuldzuweisungen, die der eigenen Rechtfertigung dienen und keinen Schritt weiter bringen.

Effektiver Schutz für alle ist möglich

Ein auch bei Entwicklungsexperten weit verbreitetes Vorurteil besagt, daß die meisten Menschen bei der Sturmflut im April 1991 auf neu im Deltagebiet entstandenen Inseln gestorben seien. Tatsächlich starben jedoch über die Hälfte der Menschen auf dem Festland, die überwiegende Mehrheit der betroffenen Inselbevölkerung hingegen auf den großen Inseln Sandwip, Kutubdia und Maheskhali, auf denen insgesamt 600 000 Menschen vor der Katastrophe lebten und die seit Jahrhunderten bereits besiedelt sind. Seit den sechziger Jahren sind sie von Deichen umgeben, die die Aufgabe hatten, die Inseln vor Springfluten und kleineren Sturmfluten zu schützen.

Aber Inseln und Küsten Bangladeschs sind unzureichend geschützt. Fehlende Flutbunker, die einen zuverlässigen Schutz vor Sturmfluten gewähren und gleichzeitig als Schule oder Gesundheitszentrum genutzt werden können, der schlechte Zustand der Küsten- und Inseldämme, die die Wucht von Flutwellen vermindert hätten, und fehlende Bewaldung, die ebenfalls zur Verminderung der Wucht beigetragen und als Rettungsinsel gedient hätte, werden als Hauptgründe für das Eintreten der Katastrophe angesehen.

Horst Schwörer, Ökonom bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, hält einen effektiven Schutz sowohl der Küsten- als auch der Inselbewohner für möglich: "1.500 Flutbunker für jeweils 800 Menschen, in den besonders gefährdeten Gebieten und ebenfalls 1.500 in den nicht so stark gefährdeten Regionen, würden der Bevölkerung im Gefahrenbereich von Sturmfluten das Überleben sichern." In einer Studie der 'Community Development Library' in Dhaka vom Januar 1992 kommen die Autoren J. Talukder und M. Ahmad zu denselben Schlußfolgerungen: "Es bedarf einer Investionen von nur 125 Mill.$, um die notwendigen ca. 3000 Flutbunker zu bauen. Das Land hat die Kapazitäten, um diese Summe zu investieren, wenn unproduktive und unnötige Projekte eingestellt würden."

Diesen Berechnungen liegt zugrunde, daß ca. 3 Mill. Menschen in den extrem gefährdeten ländlichen Küsten- und Inselregionen Bangladeschs leben. Z.Zt. stehen aber dieser Bevölkerung weniger als 300 Flutbunker zur Verfügung. In einer von der EG in Auftrag gegebenen Studie des Dänischen Hydraulischen Instituts und des Instituts Kampsax International vom 12.11.91 werden Vorschläge zum Schutz der Bevölkerung entwickelt. Die Studie kommt zu dem Schluß, daß "nur ein Zehntel der Menschen gestorben wäre, wenn bereits vor der Sturmflut die vorgesehenden Baumaßnahmen umgesetzt worden wären."

Dammbauten - eine humanitäre oder ökonomische Investition?

Nach der Sturmflutkatastrophe wurden von der Weltbank und der EG im Juli 1991 der lokalen Bevölkerung und den Regierungsbehörden Mittel zugesagt, um die durch die Sturmflut zerstörten Dämme im Küstengebiet und auf einigen besonders gefährdeten Inseln noch vor dem Einsetzen der Frühlingsstürme und des Monsuns reparieren bzw. wieder neu errichten zu lassen.

Auch die 30 000 Bauern des Polders 70, einer Insel mit den Bezirken Dhalghata und Matarbari, stellten sich auf diese Zusage ein. Die Baumaßnahmen sollten im Oktober 91 begonnen werden. Anfang Februar 92 teilten Mitarbeiter der Weltbank in Dhaka und Regierungsvertreter der Nichtregierungsorganisation German-Bangla Sampreeti jedoch mit, daß nunmehr aus "ökonomischen Gründen" eine Eindeichung der Insel nicht mehr vorgenommen würde. Dabei beriefen sie sich auf die oben erwähnte EG-Studie, die aufzeigt, daß allein mit dem Verweis auf positive "ökonomische" Auswirkungen der Bau von Dämmen auf dem Polder 70 nicht zu rechtfertigen sei. Die Kosten für den Dammbau übersteige bei weitem die nach dem Bau in einem Zeitraum von 40 Jahren zu erwartende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Gleichzeitig betont die Studie aber, daß "das wichtigste Ziel der Schutz von Menschen vor schweren Sturmfluten" sei. Der Protest der lokalen Bevölkerung und die Bemühungen des Leiters der German-Bangla Sampreeti-Organisation, dem deutschem Priester Claus Beuerle, führten schließlich dazu, daß sich das Büro des Welternährungsprogramms in Dhaka bereit erklärte, Getreide für "Food for Work"-Projekte zum Bau von Dämmen bereitzustellen.

Für den diesjährigen Monsun ist es damit aber zu spät. Und wenn der jetzt begonnene 32 km lange Deich fertigge-

baut ist, wird vermutlich ein Großteil der Menschen den Polder 70 bereits verlassen haben. Der Mitarbeiter von German-Bangla Sampreeti, Peter Dietzel, der sich bis vor kurzem auf der Insel aufhielt, teilt diese Vermutung. "Nach vielen Gesprächen mit der Bevölkerung habe ich den Eindruck, daß nach der absehbaren Überflutung und Versalzung der Reisfelder die Bauernfamilien die Insel verlassen werden. Auch auf der angrenzenden Hauptinsel Mohashkali sind bis jetzt die Deiche nicht repariert worden." Auf dieser Insel lebten vor der Sturmflut 200 000 Menschen. Bereits Ende letzten Jahres sei jedoch mit dem Bau relativ stabiler Deiche begonnen worden, um die sich in Händen von Großgrundbesitzern befindenden Garnelenfarmen zu schützen. "Die Garnelenfarmen werden geschützt, die Menschen jedoch müssen die Insel verlassen."

Mitarbeiter des Weltbankbüros in Dhaka vertraten gegenüber Claus Beuerle die Auffassung, daß eine Umsiedelung der 30 000 Bewohner der Insel langfristig die "beste Lösung" wäre. Ein Beamter der EG-Kommission fragte sich angesichts dieser Entscheidung der Weltbank: "Was kostet ein Menschenleben für die Weltbank? Ich weiß es nicht. Eine Diskussion darüber, inwieweit die EG rechtzeitig einspringen müßte, wenn die Weltbank aus reinen Rentabilitätserwägungen Baumaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung nicht durchführt, ist überfällig."

Export von Lebensmitteln

Aus reinen Rentabilitätsgründen wird hingegen ein Exportsektor von der Weltbank finanziert, der zur Zerstörung eines natürlichen Schutzwalls gegen Sturmfluten wesentlich beiträgt. Mangrovenwälder werden zerstört, um in steigendem Umfang Lebensmittel aus Bangladesch zu exportieren. Von einer abgestimmten Entwicklungsstrategie kann auch im Fall Bangladeschs nicht gesprochen werden: Auch hier dient Entwicklungshilfe dem Versuch der Reparatur von Schäden, die durch Entwicklungshilfe verursacht wurden. Im günstigsten Fall ist ein Nullsummenspiel das Resultat, im schlimmsten Fall ein Desaster.

Ein besonders eklatantes Beispiel für das Medusenhaupt der 'Hilfe' ist der Aufbau eines neuen Exportzweiges Bangladeschs, auf den alle Beteiligten besonders stolz sind: der Export von tiefgefrorenen Garnelen, einem proteinhaltigen Nahrungsmittel. Der sich sehr schnell vollziehende Ausbau dieses Exportzweiges führte zur Anlage von riesigen Garnelenfarmen an den Küsten und damit zur Zerstörung von Mangrovenwäldern. Mühselige und kostenintensive Wiederaufforstung, der Bau von Dämmen und Straßen, die auch als Fluchtwege dienen, müssen nun die Lücken schließen, die die abgeholzten Mangrovenwälder hinterlassen haben. Aber auch die sozialen Folgen sind fatal: Besitzer von Garnelenfarmen, in der Regel Großgrundbesitzer, Angehörige der Armee und der Verwaltung, lassen Küstendämme öffnen, um Felder mit Salzwasser fluten zu können. Dies führt zur beabsichtigten Vertreibung von Bauernfamilien, die vom Reisanbau leben.
In den letzten 5 Jahren ist der Garnelensektor mit über 5o Mill.$, die die Weltbank als Kredit der Regierung Bangladeschs zur Verfügung stellte, aufgebaut worden. "Bis jetzt haben wir den Ausbau des Exports von Garnelen vorbehaltlos unterstützt," meint Dr. Preuß vom BMZ, ein Umdenken schließt er allerdings nicht aus.

Der Export von Garnelen nach Japan, in die USA und in die EG-Länder ist inzwischen mit einem Anteil von 14% an den gesamten Deviseneinnahmen zur drittwichtigsten Devisenquelle Bangladeschs geworden. Allein die Bundesrepublik importierte 1991 1200 t Garnelen im Wert von 27 Mill. DM aus Bangladesch, ein Siebtel des gesamten Exports. Doch die Exporterlöse bleiben nur zum Teil im Land: Anfang der 80er Jahren wurden bei einer Verschuldung Bangladeschs von ca. 5 Mrd.$ für die Schulden- und Zinstilgung 10% der Exporteinnahmen verwandt, Anfang der 90er Jahre war dieser Anteil bei einer Verschuldung von über 10 Mrd.$ schon auf 20% gestiegen, d.h. auf 300 Mill.$ jährlich.

Prof. Adnan Shapan vom 'Research and Advisory Board' in Dhaka bezeichnet den Garnelenexportsektor als gesamtgesellschaftlich unrentabel, wenn die langfristigen Folgen wie z.B. die Versalzung der Böden und die erzwungene Umsiedlung von Bauernfamilien "in einer Grössenordnung von mehreren Millionen Menschen" in die Berechnung miteinbezogen würden. "Wenn das Geld, das wir für die Garnelenzucht ausgeben, in unsere Kinder investiert würde, in deren Gesundheit und Ausbildung, benötigten wir weniger Entwicklungshilfe und würden uns nicht immer weiter verschulden." Ross Wallace, Mitarbeiter des Weltbankbüros in Dhaka, und Koordinator zahlreicher Projekte im Bereich des Katastrophenschutzes, sieht dies anders: " Aus ökonomischer Sicht ist die Garnelenaufzucht erwiesenermaßen ein profitabler Wirtschaftszweig. Über die Verteilung des Gewinns, über die soziale Organistion der Garnelenaufzucht entscheidet nicht die Weltbank."

Prof. Nishat, Wasserbauingenieur an der Universität von Dhaka, sieht als Folge der "Einführung der Garnelenfarmen die totale Zerstörung der Mangrovenwälder in weiten Teilen der Küste Chittagongs. Diese Gebiete sind nunmehr ungeschützt den Naturgewalten ausgeliefert." Dr. Sultan Hafiz Rahman vom 'Bangladesh Institute for Development Studies' ist der Meinung, daß "bis in die 70er Jahre hinein diese Wälder, größtenteils Mangrovenwälder, eine Schutzbarriere bei Sturmfluten bildeten." Er schätzt, daß die Hälfte der Küstenbewohner die Flut bei Vorhandensein dieser natürlichen Schutzbarriere überlebt hätte.

Die nächste Naturkatastrophe ist vorprogrammiert

Ob die Küstenbevölkerung gegen die nächsten Sturmfluten in den nächsten Jahren geschützter sein wird als im April 1991, hängt von einer Änderung der Prioritäten der Entwicklungsprogramme ab. Nicht fehlendes Fachwissen, unzureichende Finanzmittel und auch nicht die 'Korruption', diese stellt bei Projekten mit hoher Priorität kein Hindernis dar, sind die Ursachen dafür, wenn erneut Bilder des Schreckens von einer 'Naturkatastrophe' im Golf von Bengalen dieses oder nächstes Jahr zu sehen sein werden. Die Ursachen sind mangelndes Interesse an Investitionen in den Schutz der Bevölkerung und eine "ökonomische Profitabilität" eines Exportsektors, der zur Zerstörung von natürlichen Schutzbarrieren geführt hat.

Dieter Reinhardt



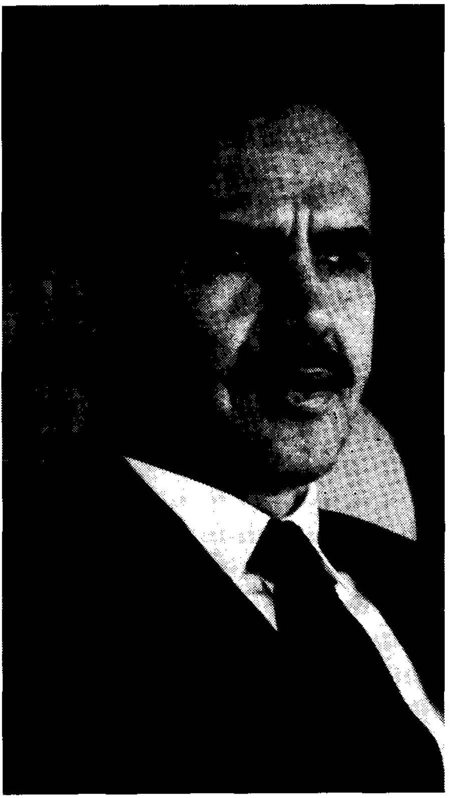
20 Jahre Bangladesh
Ein Staat hat Geburtstag
Eine Dokumentation des
Südasien-Büro e.V.
Dezember 1991, 104 Seiten A4
Preis: 13,50 DM
Zu beziehen über:
Südasien-Büro e.V.
Große Heimstraße 58
4600 Dortmund 1

Demokratisierung und Rassismus im Widerstreit

Nach dreizehn Jahren Militärherrschaft übernahm am 18. April 1992 der Präsident der letzten Militärregierung Mauretaniens (Ould Taya) die Macht als gewählter Staatschef eines zivilen Mehrparteiensystems - termingerecht und ohne nennenswerte Störungen. Das ist mehr als viele zu hoffen gewagt hatten. Aber es ist noch zu wenig, um eine weitere friedliche Entwicklung des Landes zu garantieren. Diese hängt von der Lösung der Konflikte zwischen der schwarzafrikanischen und der maurischen Bevölkerung ab. "Das Land ist in zwei Lager geteilt", schreibt 'Mauritanie Nouvelle' am 15.April 1992, "und jeder Ausrutscher eines der beiden kann es ins Chaos stürzen."

Mauretaniens Demokratisierungsprozeß begann am letzten Tag des Fastenmonats Ramadan, am 15.April 1991. Staatschef Maaouya Ould Sid' Ahmed Taya verkündete in einer feierlichen Ansprache, daß das Militärkomitee für das Wohl der Nation (Comité Militaire de Salut National, CMSN) - oberste Instanz des Militärregimes - entschlossen sei, "die Beteiligung aller Bürger am Aufbau eines freien, unabhängigen, starken und prosperierenden Mauretanien voranzutreiben" und in diesem Sinn allgemeine und freie Wahlen abzuhalten. Schon drei Monate später stimmte die Bevölkerung mehrheitlich für einen Verfassungsentwurf, der alle demokratischen Freiheiten garantierte und eine aus zwei Kammern bestehende Volksvertretung vorsah. Im November 1991 folgten die ersten freien Gemeinderatswahlen. Zwischenzeitlich wurden Verordnungen über Pressefreiheit und die Zulassung einer Vielzahl von Parteien erlassen sowie das Datum für die Präsidentschaftswahlen (Ende Januar) und die Parlamentswahlen (Anfang März) festgelegt.

Seither haben sich mehr als ein Dutzend Parteien konstituiert, von denen - außer der von der Militärregierung gegründeten 'Republikanischen Demokratischen und Sozialen Partei' (PRDS) - vier nennenswerten Zulauf haben: die 'Union der demokratischen Kräfte' (UDF), die 'Mauretanische Partei für die Ererneuerung'(PMR), die 'Partei für demokratische Gerechtigkeit'(PJD) und nicht zuletzt 'El Hor', die Sammlungsbewegung der Haratin, d.h. der ehemaligen Sklaven der Mauren. Die islamistische Umma ist bisher nicht zugelassen. Die ca. dreißig Zeitungen und Zeitschriften, die inzwischen erscheinen, schwelgen in der ungewohnten Pressefreiheit nach dreißig Jahren Einparteienregime, davon dreizehn Jahre Militärherrschaft. Während einige noch Mühe haben, sich frei zu äußern, fallen andere durch erstaunliche Offenheit und Kritikfreudigkeit auf, wie zum Beispiel 'Mauritanie Demain'.

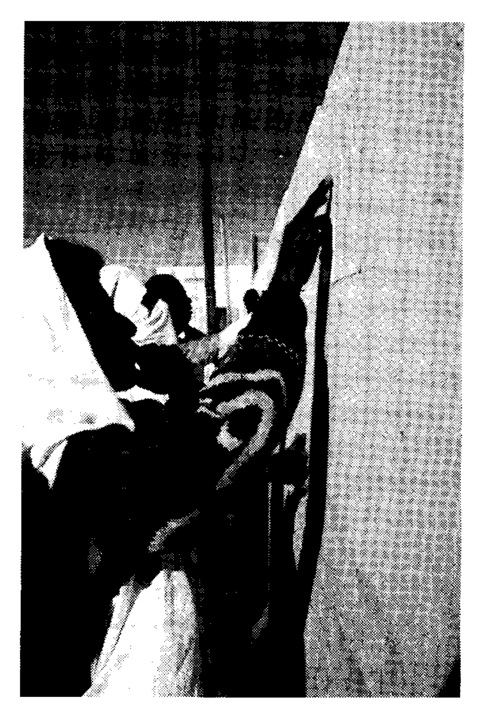


Wahlsieger Ould Taya

Chef der Militärregierung wird Präsident

Am 24. Januar 1992 fand die erste freie Präsidentschaftswahl statt. Vier Kandidaten gingen ins Rennen, von denen allerdings nur zwei Chancen hatten, die Wahl zu gewinnen. Die Entscheidung fiel zwischen Ould Taya (dem Chef der bisherigen Militärregierung) und dem Kandidaten der Opposition, Ahmed Ould Daddah. Diesem war es noch zu Beginn seiner Wahlkampagne gelungen, 25.000 Menschen im Stadion von Nouakchott zu versammeln. Er war der Kandidat der UDF, genoß aber auch die Unterstützung der Umma, der Nasseristen und verschiedener Persönlichkeiten früherer Regierungen. Zahlreiche Kenner des Landes gaben ihm echte Chancen als Sieger aus den Wahlen hervorzugehen oder zumindest eine Stichwahl gegen Ould Taya zu erreichen - falls alles mit rechten Dingen zuginge. Bei der Bekanntgabe des Wahlergebnisses (Oberst Maaouya Ould Taya vereinigte danach 62,65% der abgegebenen Stimmen auf sich, Daddah 32,75%, bei einer Wahlbeteiligung von knapp über fünfzig Prozent) lag dann auch der Gedanke an Wahlfälschungen nahe.

In Erwartung von Unruhen hob die noch im Amt befindliche Militärregierung unter Ould Taya die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit auf, worauf es erst recht zu Massenkundgebungen kam. Am 13.Februar folgten in Nouakchott mehr als 20.000 dem Aufruf Ahmed Ould Daddahs gegen die Wahlfälschungen und die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit zu protestieren. Bei Unruhen in der nördlichen Hafenstadt Nouadhibou und in Kaedi, der Hochburg des schwarzen Widerstandes im Süden gab es mehre-



Aushang der Wahllisten
im Kommunaltwahlkampf 1990

re Tote und 160 Festnahmen. Ahmed Ould Daddah verlangte daraufhin, die knapp einen Monat später angesetzten Parlamentswahlen zu verschieben. Als er damit keinen Erfolg hatte, rief er die Bevölkerung zum Wahlboykott auf.

Bei den Wahlen zur ersten Kammer Anfang März 1992 gingen dann auch weniger als 40% der Wahlberechtigten zu den Urnen, im schwarzafrikanischen Süden Mauretaniens lag die Beteiligung erwartungsgemäß noch weit darunter, während im ausschließlich von Mauren besiedelten Norden sechzig Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Von den 79 Sitzen gewann die von der Militärregierung ins Leben gerufene PRDS 67. Je ein Sitz ging an PMR und RDU, unabhängige Kandidaten konnten zehn Sitze einnehmen. Bei den Wahlen zur zweiten Kammer konnte die PRDS zwei Drittel der 56 Sitze gewinnen.

Schwarzafrikaner ohne eigene Vertretung

Ahmed Ould Daddah, selbst Maure, war es im Präsidentschaftswahlkampf gelungen, die Unzufriedenheit der schwarzafrikanischen Mauretanier zu kanalisieren. Sie betrachteten ihn mangels eigener Parteiorganisationen als den für die Verteidigung ihrer Belange und Rechte am besten geeigneten Kandidaten. Tatsächlich fällt auf, daß die schwarzafrikanische Bevölkerung des Landes und ihre - meist im Untergrund operierenden Organisationen - bei der Wahl nicht in Erscheinung traten. Sicher sind in den genannten Parteien auch Mitglieder dieser Bevölkerungsgruppe zu finden, aber abgesehen vom überwiegend auf die Hauptstadt beschränkten 'Mouvement National Démocratique', in dem sowohl Mauren als auch Schwarzafrikaner sowie Frauen und Haratin ihre politische Heimat gefunden haben, gibt es keine zugelassene Partei, die speziell die Interessen dieser Gruppe vertritt. Auch fanden sich im offiziellen Wahlkampf keine Hinweise, weder auf ihre Forderungen noch auf die Diskriminierung und die massiven Menschenrechtsverletzungen, die dieser ethnischen Minderheit vor allem in den letzten drei Jahren zugefügt wurden. Es war nur ganz allgemein und oft blumig davon die Rede, daß "die Frage der nationalen Einheit" an erster Stelle der Prioritätenliste stehe, und diese Feststellung interpretierte jeder nach seiner Überzeugung - und Hautfarbe.

Heißes Eisen Volkszählung

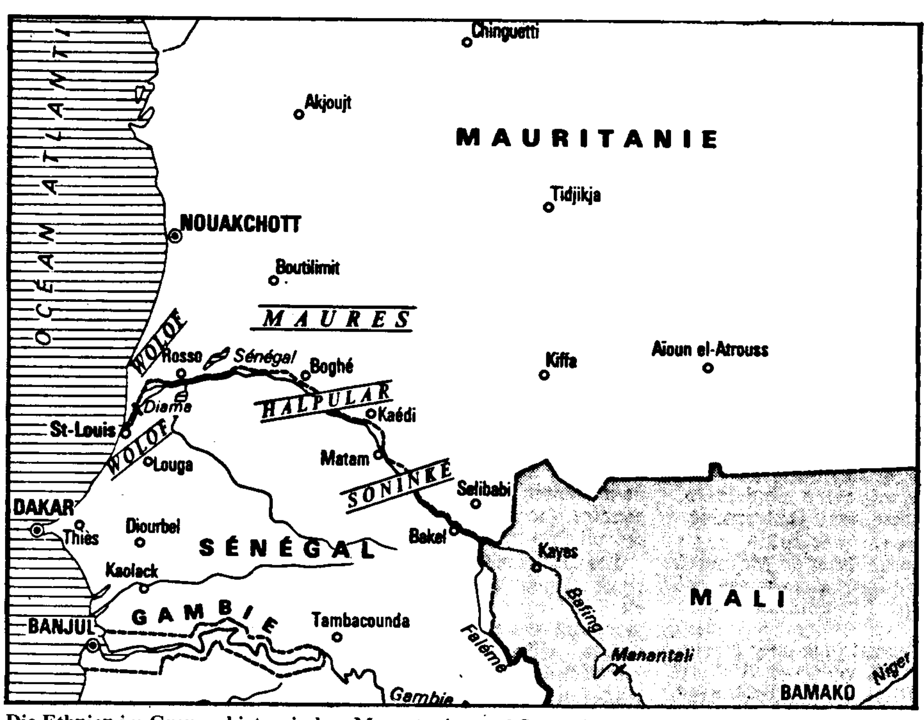
Die zwei Millionen Menschen, die das zum größten Teil aus Wüste bestehende Land im Nordwesten Afrikas bewohnen, sind Arabo-Berber - wie die benachbarten Marokkaner und Sahrauis - und Schwarzafrikaner, wie sie auch in Senegal und Mali leben. Ursprünglich haben die Schwarzafrikaner bis in die Gegend von Nouakchott gesiedelt bzw. nomadisiert, bis sie von Arabo-Berber-Stämmen weiter nach Süden gedrängt wurden. Heute leben sie überwiegend im Senegalflußtal.

Seit Mauretanien als Staat besteht, das heißt seit die Franzosen das zu ihrer Kolonie (AOF, Afrique Occidentale Francaise) gehörende Gebiet 1960 als eigenständiges Land in die Unabhängigkeit entließen, ist Volkszählung ein ganz heißes Eisen, denn vor allem vom Bevölkerungsproporz wird der Anteil an Macht abgeleitet, den die beiden Bevölkerungsgruppen beanspruchen. Nach dem Zensus von 1977 bestand die Bevölkerung zu ca. drei Vierteln aus Mauren, während Mauretanier schwarzafrikanischer Herkunft 20-25% der Bevölkerung ausmachten. Elf Jahre später fand eine weitere Volkszählung statt, deren Ergebnis allerdings nicht veröffentlicht wurde. Nach aktuellen Schätzungen setzt sich die mauretanische Bevölkerung zu 60% aus Mauren und zu 40% aus Schwarzafrikanern zusammen. Aufgrund einer sehr viel höheren Geburtenrate des schwarzafrikanischen Bevölkerungsteils dürfte sich das Verhältnis auch zukünftig zugunsten dieser Bevölkerungsgruppe verschieben.

Wenn von Mauren die Rede ist, dann sind damit sowohl die mehr oder weniger hellhäutigen 'Beydan' gemeint, die araboberberischen Ursprungs sind, als auch die Haratin, ihre dunkelhäutigen ehemaligen Sklaven (sie wurden 1980 per Dekret aus der inoffiziell weiter bestehenden Sklaverei entlassen), die zwar sozial weit unter ihnen stehen, aber kulturell und sprachlich zu ihnen gezählt werden können. Die Schwarzafrikaner Mauretaniens sind mehrheitlich Fulbe bzw. Tukulör, und eine Minderheit von Soninke, Wolof sowie Bambara.

Konfliktzone Senegalflußtal

Die Mauren sind überwiegend Nomaden, aber auch unter den schwarzafrikanischen Fulbe bilden nomadisierende Viehzüchter die Mehrheit. Die Tukulör, die ethnisch und kulturell zu den Fulbe zählen, sind seßhafte Bauern ebenso die



Die Ethnien im Grenzgebiet zwischen Mauretanien und Senegal
(Hapularen entsprechen den Tukulör)

Soninke und Wolof. Während 1965 noch 67% der Bevölkerung als Nomaden lebten, waren es 1977 nur noch 33%. Aufgrund von neuen Siedlungen an der Küste und in der Umgebung der Bergwerke, aber hauptsächlich infolge der Auswirkungen der Dürrekatastrophen der siebziger und achtziger Jahre hat sich der Bevölkerungsdruck auf die Hauptstadt Nouakchott und ihre Umgebung und vor allem auf die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen am Senegalfluß verstärkt. Im Senegalflußtal verschärfte sich die Konkurrenz zwischen den Bevölkerungsgruppen der Schwarzafrikaner und der Mauren durch das Landreformgesetz von 1983, das individuellen Landbesitz von ursprünglich gemeinschaftlich genutzten Flächen erlaubte und durch die geplante Erschließung von 123.000 ha Bewässerungsland durch den Manantali-Staudamm in Mali. Beide Maßnahmen ermöglichten den Zugriff maurischer Investoren auf einen zwar nicht exakt bekannten, aber zweifelsfrei bedeutenden Teil der Flächen im Senegaltal.

Mauren und Schwarzafrikaner sind hierarchisch in verschiedene Berufsgruppen gegliedert unter denen die Krieger und Schrift- das heißt Korangelehrten die geachtetsten sind. Beide Bevölkerungsgruppen sind seit Jahrhunderten islamisiert, wenn sie auch nicht unbedingt denselben 'Bruderschaften' angehören, unterscheiden sie sich nicht in der Ausübung ihrer religiösen Pflichten. Die schwarzafrikanischen Tukulör haben in der Islamisierung Westafrikas eine eminent wichtige Rolle gespielt. So stammt zum Beispiel der berühmte Herrscher Usman Dan Fodio, der Nordnigeria zum Islam bekehrte, aus dem 'Fuuta', wie die Einheimischen das mittlere Senegalflußtal nennen. Was Schwarzafrikaner und Mauren trennt, ist eine 'color bar'; sie hat das Zusammenleben - das französische Wort 'cohabitation' paßt hier noch besser - seit jeher geprägt. Dabei sind beide Bevölkerungsgruppen - vor allem die höheren Stände - gleichermaßen von ihrer Superiorität überzeugt. Gemischte Heiraten sind zugelassen, wenn es der familiären und tribalen Bündnispolitik dient, andernfalls gelten sie als Mesalliancen.

Unabhängigkeit bringt Teilung des 'Fuuta'

Vor und noch während der französischen Kolonisation war die Bewegungsfreiheit der Menschen im Flußtal des Senegal praktisch unbegrenzt. Die nomadisierenden Viehzüchter - seien es Fulbe oder Mauren - zogen ungeachtet aller Grenzen in ihre traditionellen Weidegebiete nach Süden und Osten, die seßhaften Bauern bestellten ihre Felder und weideten ihre Herden auf beiden Flußufern. Selbst als das Gebiet Teil von Französisch- Westafrika wurde, existierte keine Grenze. Diese wurde erst mit der Unabhängigkeit gezogen. Heute verläuft sie zwischen Mauretanien und Senegal in der Mitte des Flusses. Die Grenzziehung änderte für die Bewohner des Flußtals zunächst nicht viel. Sie bebauten weiter ihre Äcker und weideten ihr Vieh wie bisher auf beiden Seiten des Flusses. Viele Familien hatten - und haben bis heute - Angehörige beider 'Nationalitäten'. So gab es im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit ein Zwillingspaar, von dem einer Minister in Nouakchott war und der andere der senegalesischen Regierung angehörte. Es machte nichts aus, ob man Senegalese oder Mauretanier war, an erster Stelle war man ein Einwohner des 'Fuuta'. Allerdings kam es bereits zu sporadischen Zwischenfällen, in die Mauren und Schwarzafrikaner verwickelt waren, meist anläßlich eines Streits um Weiderechte, Brunnennutzung oder wenn das Vieh der Mauren Felder der Schwarzafrikaner verwüstete. Dabei konnte es auch Tote geben, aber noch existierten keine tiefergreifenden Konflikte.


Aus Mauretanien repatriierte Senegalesen in Dakar am 30.4.1989

Durch langanhaltende Dürreperioden und die Aussicht auf die Inbetriebnahme des Manantali-Staudammes mehrten sich die Zwischenfälle im Senegalflußtal. Immer häufiger kam es zu Zusammenstößen zwischen schwarzafrikanischen Bauern und überwiegend maurischen Viehhaltern. Am 9.April 1989 verfolgten Bewohner eines Dorfes auf dem senegalesischen Ufer die Besitzer streunender


Flüchtlinge im senegalesischen Teil des "Fuuta" aus: Flüchtlinge 5/89

Rinder, die ihre Felder verwüstet hatten, bis nach Mauretanien. Dort wurde zwei senegalesische Bauern getötet und dreizehn wurden als Geiseln genommen. Die Nachricht vom gewaltsamen Tod und der Festnahme der Senegalesen führte zu Verfolgungen von Mauren im Senegal. Die maßlos übertriebenen Meldungen hatten wiederum in Nouakchott ein Pogrom gegen die dort lebenden Senegalesen und andere Schwarzafrikaner zur Folge. Es war ein Ausbruch des Rassismus der Elenden beider Länder. Eine willkommene Gelegenheit, der Wut und Verzweiflung über die sich verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen Ausdruck zu geben. Während des Fastenmonats 1989 kam es überall in Mauretanien und Senegal zu Menschenjagden. Dabei malträtierten arbeitslose senegalesische Jugendliche maurische Kleinhändler und die Dürreopfer in Mauretanien verfolgten Handwerker und Tagelöhner, seien es Senegalesen oder Mauretanier, Hauptsache sie waren schwarz. Daraufhin beschlossen die Regierungen zu handeln. Per Luftbrücke brachten sie ihre Bürger aus dem Nachbarland in ihre Heimat zurück. Wenn heute von 'Repatriierten' die Rede ist, dann sind diese Menschen gemeint.

Gewalteskalation gegen schwarzafrikanische Bauern

Parallel zur Rückholaktion deportierte und vertrieb die mauretanische Regierung Angehörige ihrer schwarzafrikanischen Bevölkerung in den Senegal. Ganze Dorfgemeinschaften wurden von einem Tag auf den anderen heimat- und staatenlos. Ihre Pässe, Personalausweise und Geburtsurkunden wurden von den mauretanischen Behörden konfisziert und vernichtet. Nur wenigen gelang es, ihre Papiere zu retten. Die mauretanische Regierung nannte die Aktion einen 'Bevölkerungstransfer'.

Seither leben zwischen 60.000 und 80.000 schwarzafrikanische Mauretanier in zwölf Flüchtlingslagern am Südufer des Senegal und eine unbekannte Anzahl in Mali. Es gibt keine exakten Zahlen, aber man kann von insgesamt ca. 100.000 Vertriebenen ausgehen. Im Senegal werden diese Menschen vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) betreut. Das Gastland hat ihnen bisher die Ausstellung international gültiger Flüchtlingsausweise verweigert. Für die Mauretanier gelten sie offiziell als senegalesische Repatriierte, die ohne Papiere kein Anrecht auf die mauretanische Staatsbürgerschaft geltend machen können.

Im April 1991 begannen unter franzö-

Chronologie eines Konflikts

Nach der Unabhängigkeit Mauretaniens (1960) gilt im Land Französisch weiterhin als Amtssprache, was - zumindest in den ersten Jahren - die schwarzafrikanischen Mauretanier begünstigt und den Aufstieg der maurischen Elite im neuen Staat behindert, da sie diese Sprache nur ungenügend beherrscht. 1966 wird Arabisch als Pflichtsprache in den Gymnasien eingeführt, wodurch die schwarzafrikanischen Schüler diskriminiert werden. Es kommt zu Protesten und Schulschließungen. Schwarzafrikanische hohe Beamte veröffentlichen daraufhin das 'Manifest der 19', in dem sie der (maurisch dominierten) Regierung die gezielte Arabisierung des Landes vorwerfen. Zwei Jahre später bricht in den Minen der staatlichen Eisenerzgesellschaft MIFERMA ein Streik unter den Minenarbeitern aus, die fast ausschließlich zur schwarzafrikanischen Bevölkerungsgruppe gehören. Die Regierung läßt schießen, es gibt zehn Tote.

1973 tritt Mauretanien der Arabischen Liga bei, was von den Schwarzafrikanern als Provokation empfunden wird. Fulbe und Soninke bilden in den folgenden Jahren eigene kulturelle Vereinigungen und erreichen, daß ihre Sprachen offiziell anerkannt werden. Die Regierung Ould Daddah verfolgt zielstrebig die Arabisierung des mauretanischen Staatswesens. Es ist von 'arabischer Identität' die Rede. Presse und Rundfunk werden arabisiert. Zweisprachigkeit (Französisch und Arabisch) wird allen Beamten zur Pflicht, dabei wird bei Mauren ein Auge zugedrückt, nach dem Motto "es ist nicht notwendig, daß der Beamte zweisprachig ist, es genügt, wenn die Behörde es ist", während Schwarzafrikaner, die kein Arabisch bzw. Hassania - die mauretanische Form des Arabischen - sprechen, entlassen werden.

Durch die anhaltende Dürre der siebziger Jahre gehen dem Land großflächige Weidegebiete verloren (dies verstärkt sich weiter in den achtziger Jahren). Dadurch vergrößern die nomadisierenden - überwiegend maurischen - Viehzüchter den Druck auf das Ackerland im Süden Mauretaniens. 1984 kommt ihnen der mauretanische Staat zu Hilfe. Das gültige Bodenrecht wird im Hinblick auf die Erschließung von Ländereien, die durch den Manantali-Staudamm bewässert werden können, geändert. Ein Aushang in den Präfekturen ruft alle Landbesitzer auf, innerhalb von drei bis vier Monaten den Beweis zu erbringen, daß das Land, welches sie bebauen, ihnen rechtens gehört. Die in der überwiegenden Mehrheit schwarzafrikanischen Bauern werden nicht auf diese neue Verfügung hingewiesen, die meisten sind Analphabeten und können den Anschlag nicht lesen. Außerdem besitzen sie keine Eigentumstitel. So ist es - mit entsprechender Amtshilfe - einigen wohlhabenden Mauren ein leichtes, sich große Ländereien anzueignen. Gleichzeitig erhalten sie Zugang zu günstigen Krediten, um das Land für Bewässerungskulturen zu erschließen.

Im selben Jahr bilden sich militante Widerstandsbewegungen der schwarzafrikanischen Bevölkerung, überwiegend der Fulbe: die 'afrikanische Befreiungsfront von Mauretanien'(FLAM) und die 'Vereinigte Front des afrikanischen Widerstands in Mauretanien'(FURAM), die im Untergrund agieren. Die FLAM veröffentlicht 1986 das 'Manifest des unterdrückten Negro-Mauretaniers' in dem die Regierung der Apartheid beschuldigt wird. Ein Jahr später wird ein Komplott schwarzafrikanischer Offiziere aufgedeckt, dessen Urheberschaft FLAM nahestehenden Fulbe angelastet wird und der zu landesweiten Festnahmen und massiver Repression führt. Im August/September 1988 kommen vier Schwarzafrikaner im Gefängnis ums Leben. Die Vertreibung von nahezu 100.000 Schwarzafrikanern über die Grenze nach Senegal und Mali(1989) bildet bisher den Höhepunkt in der Gewalteskalation. Im November 1990 folgt ein weiterer Komplottversuch, an dem wiederum vor allem schwarzafrikanische Militärs beteiligt sind. Zahlreiche Festgenommene werden exekutiert oder sterben an den Folgen von Folterungen.

Eva-Maria Bruchhaus



UDF-Hauptstadtkandidat (rechts) im Kommunalwahlkampf 1990

sischer Vermittlung inoffizielle Gespräche zwischen Senegal und Mauretanien mit dem Ziel, eine Versöhnung zwischen beiden Ländern herbeizuführen.

Versöhnung zwischen Senegal und Mauretanien

Die Außenminister beider Staaten trafen sich im Juli 1991 zum ersten Mal in Guinea-Bissau und beschlossen die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Mauretanien und Senegal, die seit den Ereignissen im April/Mai 1989 unterbrochen waren. Am Rande der Konferenz der Staatschefs der Länder französischer Sprache trafen sich im November 1991 die Präsidenten beider Länder und diskutierten über die Entschädigung für die wirklich repatriierten Mauretanier und Senegalesen, den Grenzverlauf, die Landnutzung im Flußtal und sicher auch über die Vertriebenen, obwohl in keiner der offiziellen Verlautbarungen auch nur ein Wort zu diesem sicherlich schwierigsten Problem zu finden ist.

Ende April 1992 wurden dann die diplomatischen Beziehungen zwischen Senegal und Mauretanien wieder aufgenommen und durch einen Staatsbesuch des neuen mauretanischen Außenministers Mohamed Abderahman Ould Moine in Senegal besiegelt, gleichzeitig wurde der Grenzübergang von Rosso am Senegalfluß wieder geöffnet. Ob bei den Beschlüssen das Schicksal der Deportierten eine Rolle gespielt hat, ist unbekannt. In den Agentur- und Pressemeldungen ist jedenfalls nichts darüber zu finden.

Offensichtlich sind die Vertreibungen kein Thema, weder für die afrikanische noch die europäische Öffentlichkeit. Sie passen nicht in das Bild ('image de marque' nennt es Francois Soudan in 'Jeune Afrique'!) der um Demokratie und Transparenz bemühten mauretanischen Führung, die seit der Niederlage ihres langjährigen politischen Verbündeten Irak ganz offensichtlich eine Verbesserung der Beziehungen zu den westlichen Ländern und hier besonders Frankreich, anstrebt. Der Westen wiederum dürfte mit der Entwicklung zufrieden sein und sich den Rückschlag Iraks in seinen Bemühungen, in diesem Teil Afrikas an Einfluß zu gewinnen, etwas kosten lassen, und sei es nur den Verzicht, auf die flagranten und massenhaften Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen. Die Bundesregierung hat sich damit begnügt, ihre Militärhilfe für Mauretanien - es soll sich um Stipendien für Angehörige der mauretanischen Armee handeln - einzustellen, die übrigen Projekte laufen weiter, und wenn davon die Rede ist, sie abzubrechen, dann nur aus Sorge um die deutschen Projektmitarbeiter vor Ort. Die Gründe des senegalesischen Desinteresses liegen im Dunkeln.

Es bleibt die bange Frage, ob es möglich sein wird, die tiefen Gräben, die die Ereignisse der letzten Jahre zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen hinterlassen haben, einzuebnen. Zwar mehren sich die Stimmen, die eine wirklich demokratische und gerechte Gesellschaft anstreben und die verlangen, daß die Vertreibung als das bezeichnet wird, was sie ist: 'unrechtmäßig und unentschuldbar', wie es in den Verlautbarungen der aus Mauren und Schwarzafrikanern bestehenden 'Widerstandsfront für Einheit, Unabhängigkeit und Demokratie in Mauretanien' (FRUIDEM) heißt, und daß den Opfern Gerechtigkeit widerfahre. Die Betroffenen nicht nur in den Lagern sind dagegen skeptisch. Sie befürchten, daß sich das Problem allein durch Rückkehr und Entschädigung nicht lösen läßt. Solange die "gleichen Knüppel, die gleichen Gewehre, der gleiche Haß und die gleiche Intoleranz" das Land beherrschen, ist ihrer Meinung nach keine Basis für ein friedliches Zusammenleben gegeben. Aber zurück wollen sie auf jeden Fall, und sei es durch den bewaffneten Kampf, denn sie fühlen sich zumindest im gleichen Maße als Mauretanier wie die Mauren, und sie weisen immer wieder darauf hin: "Wir waren dort, ehe sie kamen!"

Eva-Maria Bruchhaus



Wahlkämpferinnen der Islamisten (1990). Zur Nationalwahl erhielten sie keine Zulassung

Gesundheit für Niemand im Jahr 2000

Im September 1991 veranstaltete die BUKO Pharma-Kampagne in Bielefeld den internationalen Kongress Primäre Gesundheitspflege und Medikamente. Auf diesem Kongress hielt David Werner, Leiter der Hesperian Foundation in Palo Alto (Kalifornien), ein Grundsatzreferat zur Bedeutung der „Primären Gesundheitspflege" („Primary Health Care", kurz PHC). In diesem Vortrag stellt er ausführlich dar, was aus dem basisorientierten und demokratischen PHC-Konzept, das die WHO und andere UN-Organisationen vor zwölf Jahren zur offiziellen Leitlinie ihrer Politik erklärt haben, mittlerweile geworden ist. Darüberhinaus setzt er sich mit den Risiken „selektiver" Gesundheitsprogramme auseinander, die vorrangig von Kostenerwägungen und Effektivitätskalkülen bestimmt sind, Emanzipation und sozialer Gerechtigkeit keinen Platz mehr einräumen. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus dem Vortrag von David Werner.

Während fast des gesamten 20. Jahrhunderts verbesserte sich die Gesundheitssituation auf der Erde nachweislich. In den 80er Jahren kam diese Entwicklung zum Stillstand. So führt die UNICEF in ihrem 1990 erschienen Bericht über die „Situation der Kinder in der Welt" aus: „... große Veränderungen sind notwendig, wenn ein Jahrhundert beispiellosen Fortschritts nicht in einer Dekade des Niedergangs und der Hoffnungslosigkeit für die Hälfte der Nationen der Welt enden soll. In vielen Ländern schreiten Armut, schlechter Gesundheitszustand und Unterernährung der Kinder ... wieder voran."
Die UNICEF bezeichnete die letzten zehn Jahre treffend als „Dekade der Hoffnungslosigkeit". In den unterentwickelten Ländern und den Vereinigten Staaten hat sich die Kluft zwischen Reich und Arm vergrößert.(...) Heute leben eine Milliarde, d.h. jeder fünfte Mensch, in absoluter Armut. In den 37 ärmsten Ländern wurden die Ausgaben für die Gesundheit um 50% reduziert, die Ausgaben für die Erziehung um 25%.(...) Von den 14 Millionen Kindern unter fünf Jahren, die jedes Jahr sterben, leben 99% in armen Ländern. Die meisten sterben an verhinderbaren Infektionen wie Durchfall oder Masern. Eine Million stirbt unmittelbar an Hunger.(...) Dieser Rückschlag trotz der viel gefeierten globalen Kampagnen, die „Gesundheit für alle" und das „Überleben der Kinder" versprechen, läßt uns fragen, ob die internationalen Gesundheits- und Entwicklungsstrategien funktionieren. Und wenn nicht, warum nicht? Was haben wir falsch gemacht? Ein Grund für das Scheitern scheint zu sein, daß Gesundheitsplaner dazu neigen, technologische Lösungen für Probleme zu suchen, die gesellschaftlich und politisch bedingt sind. Wenn sie die sozialen Gründe für den Gesundheitszustand der Armen überhaupt berücksichtigen, so beachten sie häufig nur die Verhaltensweisen und Einstellungen der Armen und nicht die der Privilegierten. Die UNICEF hat - im Rahmen ihrer Möglichkeit Klartext zu sprechen - eine zutreffende Analyse der sozialen Gründe für die weitverbreitete Armut und den Gesundheitszustand der Armen vorgelegt. In dieser Analyse wurden weder Schuldenkrise, ungerechte Anpassungsprogramme, unfaire Handelsbeziehungen noch überhöhte militärische Ausgaben unterschlagen. Aber die UNICEF forderte zu keinem Zeitpunkt soziopolitische Aktionen, um diese Ursachen zu korrigieren. Sie ging vielmehr davon aus, daß das menschenfeindliche ökonomische Klima unvermeidbar und unveränderbar sei. Und so beschränkten sich die von der UNICEF geförderten Programme auf technologische Maßnahmen, mit denen notdürftig Lücken gestopft wurden.

"Selektive Primäre Gesundheitspflege"

Statt die Ursachen der Armut und des Gesundheitszustands der Armen anzugehen, trat die UNICEF für ein Minimalprogramm ein, um denen zu „helfen", die in diesen dunklen Zeiten die höchsten Risiken zu tragen haben.

Diese hoch gelobte Strategie der UNICEF nennt sich „Kinder-Überlebens-Revolution"; manche Kritiker nennen sie „die Revolution, die nicht stattfindet". Statt den allgemeinen Gesundheitszustand der Kinder zu verbessern, ist es Ziel des Programms bestimmte Krankheiten zu verhindern. Statt die Lebensqualität der Kinder zu verbessern, wird nur die Sterblichkeitsstatistik korrigiert. Die „Kinder-Überlebens-Revolution" ist ein Beispiel für „Selektive Primäre Gesundheitspflege". Sie konzentriert sich auf vier kostengünstige Gesundheitstechnologien, bekannt als „GOBI" - eine Abkürzung für „Growth Monitoring" (Wachstumsüberwachung), „Oral Rehydration Therapy" (Orale-Rehydrations-Therapie), „Breast Feeding" (Stillen) und „Immunization" (Immunisierung).

"Primäre Gesundheitspflege"

Diese „Selektive Primäre Gesundheitspflege" unterscheidet sich erheblich von dem früheren Konzept einer umfassenden „Primären Gesundheitspflege". Bereits auf der bahnbrechenden Konferenz von Alma-Ata 1978 wurde eine heiße Debatte über umfassende versus selektive „Primäre Gesundheitspflege" geführt. Das ursprüngliche Konzept „Primärer Gesundheitspflege" beinhaltete nicht nur eine radikale Abkehr von Versorgungsstrukturen der konventionellen Medizin, es war auch ein Konzept der Befreiung und revolutionärer Impulse: In einem umfassenden Prozeß, in dem Menschen zusammenarbeiten, um die Situation in ihren Kommunen insgesamt zu verbessern, sollten die Ursachen von Gesundheitsgefährdungen angegangen und behoben werden. Wörtlich heißt es:



„Notwendig sind grundsätzliche Veränderungen in der sozialen und ökonomischen Situation der armen Mehrheit" und „diese Veränderungen stehen in Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit, gleichberechtigtem Zugang zu verfügbaren Ressourcen und gerechtem Arbeitsentgelt".

Obwohl die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die progressiven Forderungen von Alma-Ata auf dem Papier guthießen und mit ihrer Unterschrift besiegelten, überrascht es nicht, daß die meisten wenig gewillt waren, diese egalitären Strategien in die Praxis umzusetzen.

Armut, Ausbeutung und Machtlosigkeit, die sich hinter den entsetzlichen Weltgesundheitsstatistiken verbergen, hätten unter aktiver Beteiligung der Betroffenen beseitigt werden müssen. Die „Primäre Gesundheitspflege" in ihrem umfassenden Sinne hätte damit eine Bedrohung für jene dargestellt, die am meisten von der gegenwärtigen Misere profitieren. Tatsächlich wurden Projekte der „Primären Gesundheitspflege" in den meisten Ländern von oben installiert und von den Regierenden benutzt, um bereits existierende Basisgesundheitsinitiativen einzubinden, zu kontrollieren oder gar zu eliminieren. Bisweilen dienten sie auch dazu, die vorhandenen, hierarchisch strukturierten Gesundheitseinrichtungen mit zweitklassigem Niveau bis in die ländlichen Regionen auszuweiten.

Kostengünstig und risikoarm

Im Zuge der konservativen Wende der 80er Jahre, stellten die hochdotierten Experten aus dem Norden schließlich die Behauptung auf, eine umfassende „Primäre Gesundheitsversorgung" sei nicht praktikabel, weil unbezahlbar. Die wachsende Schuldenkrise und andere „ökonomische" Gründe sprächen für die Reduzierung öffentlicher Ausgaben und rechtfertigten die „Entscheidung für GOBI" als realistischere Alternative zu geringeren Kosten. Die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die staatliche US-amerikanische Entwicklungshilfe, die die umfassende „Primäre Gesundheitspflege" von Anfang an kaum unterstützt hatten, sprangen rasch auf den fahrenden „Kinder-Überlebens-Zug" auf, ebenso wie die meisten Regierungen und internationalen Großorganisationen.

Die UNICEF, konfrontiert mit dem zunehmend konservativen politischen Umfeld, nahm 1983 Abschied von ihrem radikalen Ansatz und billigte die „Selektive Primäre Gesundheitspflege" offiziell. James Grant, Exekutivdirektor von UNICEF, sprach „GOBI" das aufschlußreiche Lob aus, es umfasse ein Paket von Maßnahmen, die „kostengünstig und risikoarm sind, auf wenig Widerstand stoßen und gesundheitsrelevante Verhaltensänderungen bewirken, die nicht von den ökonomischen und politischen Veränderungen abhängig sind, die längerfristig wichtig sind, wenn es gilt, die Armut zu beseitigen."

Kein Zweifel, Grant meinte mit denjenigen, bei denen diese Maßnahmen „auf wenig Widerstand stoßen", die mächtigen Akteure in der Dritten Welt, vor allem die US-Regierung, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und multinationale Unternehmen. Tatsächlich war die „Selektive Primäre Gesundheitspflege" „risikoarm" und sicherer - wenn schon nicht für die Armen dieser Welt, dann wenigstens für die UNICEF. Sie dürfte wohl keine Wahl gehabt haben.

Die US-Regierung, die ungefähr 25% des Budgets von UNICEF und WHO stellt, hat wiederholt gedroht, die finanzielle Unterstützung einzustellen, wenn diese UN-Organisationen „zu politisch" werden, es wagen, Bedürfnisse der Mittellosen zu verteidigen, die mit den Interessen oder den Profiten des Großkapitals kollidieren.

Die heutige Situation

Heutzutage ist es beliebt, sich auf das Überleben von Kindern zu konzentrieren und vorzugeben, daß dieses Überleben durch einige simple Interventionen zu sichern sei. Aber die Gesundheit und das Überleben von Kindern hängt von vielen, vielen Faktoren ab: Von der Gesundheit ihrer Eltern, von den Überlebensmöglichkeiten ihrer Familien, vom Ausmaß an Frieden oder Gewalt in Kommunen und Stadtteilen, vom ökonomischen und politischen Status ihrer Nation; davon, ob die Löhne, die die Menschen erhalten, ausreichen oder ob das Land, das sie bestellen, genug zum Essen abwirft; davon, ob angemessene Bildung, Gesundheitseinrichtungen, sauberes Wasser, Unterkunft und Transportmittel erreichbar und bezahlbar sind; von der Möglichkeit der Menschen ihre Rechte einzufordern und zu verteidigen; vom lokalen Alkohol-, Tabak- und Narkotikakonsum; davon, wer Macht über wen ausübt; vom kalten oder heißen Krieg um Einflußsphären und Zugriffsrechte; von den militärischen Ausgaben in Relation zu den Sozialausgaben; von internationalen Handelsbeziehungen; von der Erhaltung oder Zerstörung der Umwelt; davon, wie weit eine Mutter gehen muß, um Feuerholz oder Dung zum Kochen zu besorgen und davon, ob es Industrieunternehmen und Banken weiterhin gestattet bleibt, ihre Milliarden zu sichern, indem sie Millionen von Kindern das Brot vom Munde wegnehmen.

Seit Geldinstitute und Großbanken, die Alkohol-, Tabak-, Pestizid-, Babynahrungs-, Medikamenten- und Waffenindustrie die Dritte Welt als ihren neuen, ungeschützten Markt entdeckt haben, werden Gesundheitsgefährdungen geradezu im Akkord produziert. Angesichts dieser öffentlich geduldeten Angriffe auf Leben und Gesundheit genügen technologische Antworten wie die „Grüne Revolution" und die „Kinder-Überlebens-Revolution" nicht. Tatsächlich führen uns diese technologischen Konzepte und die Oberflächlichkeit, mit der sie die biologischen Ursachen des schlechten Gesundheitszustands der Armen „behandeln", weg von der notwendigen Konfrontation mit den erheblich tödlicheren sozialen Ursachen.

Medizinischer und technologischer Fortschritt

Wollen wir Strategien entwerfen, um die Gesundheit umfassend zu verbessern, müssen wir klare Vorstellungen davon haben, was die Gründe für weitverbreitete Krankheiten und frühen Tod sind, und durch welche Maßnahmen sich weitreichende Verbesserungen auf den verschiedenen Ebenen von Gesundheit erzielen lassen.

Es gibt eine Fülle von Belegen dafür, daß die Hauptdeterminanten für Gesundheit nicht medizinischer oder technologischer Art sind, sondern eher politischer und sozialer. Zu keinem historischen Zeitpunkt waren weitreichende Verbesserungen im Gesundheitszustand der Bevölkerungen vom Zustandekommen eines medizinischen oder technologischen „Durchbruchs" abhängig. Entscheidend waren stets graduelle Verbesserungen des Lebensstandards - angefangen bei faireren Löhnen und verbesserten Arbeitsbedingungen über einen leichteren Zugriff auf Trinkwasser und allgemeine Ausbildungsmöglichkeiten bis hin zur Schaffung sozialer Mindestgarantien.

Die Sickertheorie

Es gibt einen offenkundigen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß von Armut und dem Gesundheitszustand der Armen. Aber eine reiche Nation ist nicht notwendigerweise gesund, eine arme Nation nicht notwendigerweise krank.

In den letzten Jahrzehnten vertraten Entwicklungsplaner die unglückliche Theorie, daß die Lösung für die weitverbreitete Armut in „ökonomischer Entwicklung" liege. Die Rezeptur, die armen Ländern von Entwicklungshilfeorganisationen und internationalen Währungsfonds verordnet wurde, beinhaltete industrielles Wachstum und Mechanisierung der Landwirtschaft. Als deutlich wurde, daß diese Maßnahmen vorrangig den Großgrundbesitzern, Industriellen, Bürokraten und nationalen Eliten zugute kamen, wurde der eingeschlagene Weg mit dem Argument verteidigt, einiges von der Steigerung des Bruttosozialprodukts werde zu den Armen „heruntertröpfeln". Doch in vielen Ländern bewahrheitete sich diese „Sickertheorie" nicht. Im Gegenteil: Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößerte sich, je mehr Wirtschaft und Produktion anwuchsen. Es „tröpfelte" mehr herauf als herunter und dabei verschlimmerten sich die Probleme von Armut, Unterernährung, Unterbeschäftigung, Obdachlosigkeit und Krankheit.

Wenn weder medizinische Technologien noch wirtschaftliches Wachstum einen besseren Gesundheitszustand garantieren, was entscheidet dann über die Gesundheit einer Bevölkerung?

Die Grundlagen guter Gesundheit

1985 förderte die Rockefeller Stiftung eine Studie mit dem Titel „Gesundheit zu geringen Kosten". Ihr Ziel war es herauszufinden, „warum bestimmte Länder trotz eines sehr geringen Nationaleinkommens annehmbare Gesundheitsdaten erzielen". Es sollte überprüft werden, ob „China, das Bundesland Kerala in Indien, Sri Lanka und Costa Rica tatsächlich eine Lebenserwartung von 65 bis 70 Jahren bei einem Bruttosozialprodukt von 300 bis 1.300 Dollar pro Kopf erreicht haben." Die Leiter der Studie kamen zu dem Schluß, daß „die vier Staaten einen guten Gesundheitszustand mit geringen Kosten erzielen". Darüber hinaus waren die Experten sich einig, daß mehrere „sich überschneidende Faktoren beim verzeichneten Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit eine wichtige Rolle gespielt haben":

- politisches und soziales Engagement für Gerechtigkeit
- flächendeckender und allgemeiner Zugang zu Einrichtungen der öffentlichen Gesundheitspflege
- allgemeiner Zugang zum Bildungswesen mit besonderer Förderung der Primarstufe
- ausreichende Ernährung für alle Gesellschaftsschichten bei Förderung des landwirtschaftlichen Binnenmarkts.

Diese Studie enthält gewichtige Argumente für eine Gesundheitspolitik, die soziale und politische Problembereiche mutig angeht. Das von oben initiierte „nördliche Paradigma für Gesundheit und Entwicklung" hingegen blendet diese Problembereiche weitgehend aus, verschleiert Ungerechtigkeiten und erhält ungerechte Systeme aufrecht, welche die Gesundheit bedrohen, die Lebensbedingungen verschlechtern und die Grundrechte einer großen und wachsenden Zahl der Weltbevölkerung verletzen. Dies ist kein Modell für Entwicklung und Gesundheit, sondern für Unterentwicklung und Leid.

Gesundheit in den USA

Wir sollten nicht glauben, daß sich dieser traurige Zustand auf die armen Länder beschränkt und uns daran erinnern, daß die USA und England, diese „Spitzennationen der Demokratie" und Vorführmodelle einer erfolgreichen „freien Marktwirtschaft", die Zahl ihrer Obdachlosen in den letzten zehn Jahren verdoppelt haben. In beiden Ländern nehmen die Privilegien der Reichen zu, während soziale Leistungen für die steigende Zahl der Armen gekürzt werden.

Die reichste Nation der Welt, die USA, scheint grundlegende Bedürfnisse ihrer Einwohner nicht mehr befriedigen zu können. Obwohl die Blockkonfrontation beendet und der „Frieden ausgebrochen" ist, werden 27% des Staatshaushalts direkt für die „Verteidigung" und insgesamt 60% für militärische Zwecke ausgegeben. Die „War Resisters League" (Liga der Kriegsgegner) präsentierte 1990 folgende Statistik des Todes: Im internationalen Vergleich liegen die Vereinigten Staaten auf Platz eins bei militärischen Ausgaben, Militärbasen, der Militärhilfe, den Seeflotten, Kampfflugzeugen, den nuklearen Sprengköpfen, Bomben und Tests - aber auf Platz fünf bei der Analphabetenquote, Platz acht bei der Lebenserwartung und den Ausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen, Platz achtzehn bei der Säuglingssterblichkeitsrate sowie beim prozentualen Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt und der Arztdichte.

Die Vereinigten Staaten sind die einzige Industrienation, in der Gesundheitsversorgung ein Privileg und kein Recht ist. Das Geschäft mit der Gesundheit liefert die Grundlage für eine der größten und lukrativsten Industrien des Landes. Diese mächtige Lobby wehrt sich erbarmungslos gegen Gesundheitskonzepte, die eine Grundversorgung für alle garantieren könnten. Eine solche Grundversorgung wäre überfällig: 37 Millionen Bürger haben keinerlei Krankenversicherung, eines von fünf Kindern lebt in Armut. Bei den Schwarzen, Latinos und Bewohnern der Innenstädte ist die Kindersterblichkeitsrate doppelt so hoch wie im nationalen Durchschnitt. Washington D.C. hat traurigere Kinder- und Müttersterblichkeitsraten als Jamaica.

Diese unerträgliche Situation besteht, obwohl in den Vereinigten Staaten von Amerika pro Kopf der Bevölkerung mehr für Gesundheit ausgegeben wird, als in irgend einem anderen Land - aber eben nicht für die Millionen armer Menschen.

Nach den Ergebnissen der Rockefeller-Studie richten sich Verbesserungen der Gesundheitssituation nach dem, was einige Leute den „Fairness-Faktor" nennen. Ausschlaggebend für Gesundheitsverbesserungen ist demnach, ob die Ressourcen unter allen Menschen relativ gleich verteilt, öffentliche Dienste für alle zugänglich und Entscheidungen demokratisch legitimiert sind. Mit anderen Worten, der Kampf um die Gesundheit ist in seiner Essenz ein Kampf um gleiche Rechte, gleiche Chancen und gleiche Partizipationsmöglichkeiten - also ein Kampf um Demokratie.

David Werner

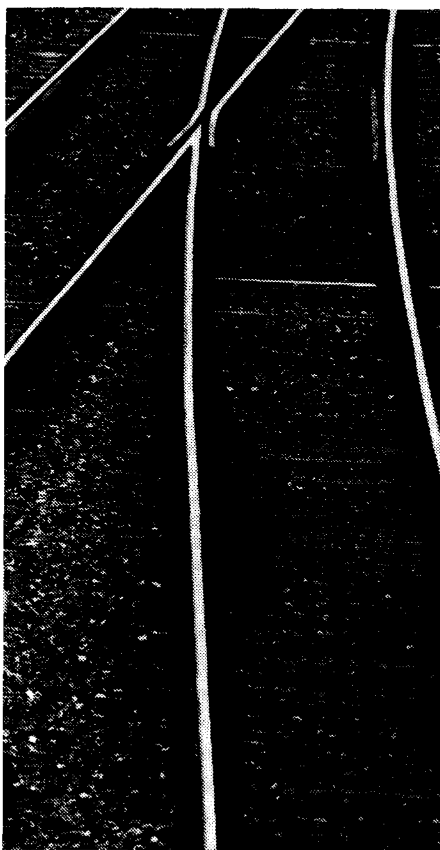
Gekürzte Fassung aus BUKO-Pharma-Brief 9-10/91. Wir danken für die Nachdruckerlaubnis.
Der Konferenzreader der "Primary Health Care and Drugs" (in englischer Sprache) kann für 28,- DM bei der BUKO-Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, bestellt werden.

Wider die Ökodiktatur

Replik auf Saral Sarkar

In ihrer letzten Ausgabe versuchten die "blätter", eine Diskussion über die Vereinbarkeit von Umwelt und Entwicklung in Gang zu bringen. Saral Sarkar vertrat in diesem Zusammenhang die These, beide Begriffe seien unvereinbar und nur ein Ausstieg aus der Industriegesellschaft für alle könne die Menschheit vor dem sicheren Untergang bewahren. Sarkar warf dabei Leopoldo Marmora und anderen Vertretern des Konzepts der "aktiven Weltmarktintegration" vor, sie würden bewußt Illusionen formulieren, um so die "Industriegesellschaft konkret und als Modell für die übrige Welt zu retten". Es folgt nun eine Antwort Leopoldo Marmoras auf die Vorwürfe und Thesen Saral Sarkars.

Die in der umwelt- und entwicklungspolitischen Debatte vorgeschlagenen Lösungs- und Umsetzungsstrategien sollten auch auf ihre Demokratie-Verträglichkeit hin überprüft werden. Schon beim ersten Anlauf würden die Vorschläge von Saral Sarkar die größte Mühe haben, diese Prüfung zu bestehen: Die Weltbevölkerung auf 4 Mrd. Menschen zurückschrauben; jegliche materielle Entwicklung durch spirituelle Entwicklung, die Anwendung von Traktoren in der Landwirtschaft durch Sensen ersetzen; Filteranlagen und Solarenergie ablehnen, denn auch sie bedeuten Wachstum; gleiches für die Wärmedämmung in den Häusern, stattdessen dicke, selbstgestrickte Pullover anziehen, etc. Auf einer Tagung des Informationszentrums Dritte Welt in Freiburg danach gefragt, ob diese Konzeption auf der demokratischen freiwilligen Entscheidung der Betroffenen aufbauen könne, antwortete er: Natürlich müsse alles demokratisch geregelt werden, allerdings nicht durch die im Westen übliche Demokratie, die in Wahrheit gar keine sei, sondern durch eine "echte Demokratie". Wie diese konkret aussehen soll, blieb in der Diskussion trotz mehrmaligen Nachfragens diffus. Die Fragwürdigkeit seiner Position wird dadurch überdeckt, daß sie viel Richtiges behauptet und fordert und dadurch schnell Zustimmung erntet, so daß man an einer Auseinandersetzung mit ihr nicht vorbeikommt. Im folgenden gehe ich nicht auf den "Wahrheitskern" seiner Analyse ein: Nämlich, daß der Süden sich nicht nach dem heutigen Modell im Norden industrialisieren kann, weil die Belastung der globalen Ökosysteme unerträglich wäre. Nur meine Schlußfolgerung ist nicht, pauschal Industrialisierung und Welthandel abzulehnen, sondern den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft im Norden zu fordern, den Umweltschutz zu internationalisieren und in den Entwicklungsländern von der passiven Strukturanpassung zu einer aktiven und selektiven Integration in den Weltmarkt überzugehen.



Qualitatives Wachstum, aktive Weltmarktintegration - Weichenstellung für die Zukunft?

Quantitative Wachstumsdiskussion versus qualifizierte Schrumpfungsvorschläge

Bis Ende der achtziger Jahre erfüllte die ökologische Kritik ihre Funktion als Faktor der kollektiven Bewußtseinsbildung gut. Dem offiziell verordneten Optimismus der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland hielt sie den Pessimismus sich verstärkender Katastrophen entgegen. Heute befindet sich die Bundesrepublik an einem Scheideweg. Betroffen sind das offizielle Establishment und auch die oppositionellen Bewegungen. Schmerzhafte Entscheidungen stehen unmittelbar bevor. Die Bevölkerung glaubt weder an den fortdauernden Fortschritt, noch glaubt sie an die Unabwendbarkeit der Katastrophe. Dieser Gegensatz, der die politische Polarisierung seit Ende der siebziger bis in die Mitte der achtziger Jahre geprägt hatte, ist aufgrund der veränderten Weltlage seit 1989 nicht mehr in diesem Ausmaß vorhanden. Die Realitäten im Osten Europas zwingen zum Handeln. Die Notwendigkeit der Selbstbeschränkung, des Konsumverzichts, der Umverteilung hat sich durch die Vereinigung mit dem Osten Deutschlands in der Bundesrepublik zur unabdingbaren Notwendigkeit entwickelt[1]. Vielleicht könnte jetzt ein gewisses Umdenken in der politischen Klasse eintreten. Eine pauschale Bereitschaft zum Nachdenken in der Bevölkerung ist vielleicht sogar schon vorhanden. Eindeutig läßt sich das nicht feststellen, zumal - und das ist m. E. der springende Punkt - überzeugende, politisch durchsetztbare Konzepte zur Konkretisierung von Maßnahmen, die lokale, nationale und globale Implikationen miteinander verbinden, fehlen. Die ökologische Kritik hat eine Leistung in der Schaffung kollektiven Bewußtseins vollbracht. An Bewußtsein in der Bevöl-

kerung mangelt es spätestens seit Tschernobyl nicht mehr. Vorhandene Ansätze, die politisch gangbare Wege aufzeigen, Kosten-Nutzen abwägen, Zielkonflikte wahr- und die damit verbundenen Gegenpositionen ernstnehmen und innovative Bündniskonstellationen austarieren, rükken jetzt stärker in den Vordergrund. Die verschiedenen Konzepte für eine andere Verkehrs-, und Energiepolitik auf kommunaler Ebene sind gute Beispiele dafür. Die Diskussion über quantitatives Wachstum im Stile des pauschalen "Alles oder Nichts" ist obsolet. Sie wurde auf einer ideologischen "Metaebene" geführt und muß jetzt "qualifiziert" und differenziert werden.

Der ökologische Fundamentalismus von Saral Sarkar genügt in dreierlei Hinsicht den neuen Anforderungen nicht:

1) Er berücksichtigt nicht, daß bestimmte Bereiche, z.B. der Individualverkehr, die Automobilindustrie, die Verpackungsindustrie, die Rüstungsindustrie schrumpfen, andere Bereiche dagegen, z.B. der öffentliche Verkehr, die alternative erneuerbare Energiewirtschaft, die Umwelttechnik, etc. expandieren müssen. Eine Strategie des "qualitativen Wachstums" zeichnet sich aus durch qualifizierte Wachstums- und Schrumpfungsvorschläge.

2) Im Gegensatz zu einer nur auf quantitative Überlegungen beschränkte Diskussion, erfordert eine Qualifizierung derselben, daß nicht mehr einfach so getan wird, als ob sich Wachstumsbeschränkungen und Konsumverzicht egalitär auf Menschen und Länder verteilen würden. Eine Politisierung der Grenzen des Wachstums ist unabdingbar. Wichtige Fragen der gerechten Kostenverteilung, der Umsetzungsstrategien, der dazu notwendigen Kräfteverhältnisse und politischen Institutionen können nicht ausgeklammert werden. Nicht allgemeine Bekenntnisse oder historisch-strukturell prädeterminierte "Klassen"-Standpunkte bilden den Ausgangspunkt der Debatte, sondern die gesellschaftlichen Akteure mit ihren konträren, aber konkreten Interessen. Quantitative Obergrenzen können ihr Potential als Zielorientierung erst entfalten, wenn sie in Verbindung mit qualitativen Inhalten, Umsetzungsfristen, Prioritäten und Bündniskonstellationen gebracht werden.

3) Die Entscheidung, wann marktförmige Instrumente und wann Verordnungen und Verbote angemessen sind, hängt von den spezifischen Problemkreisen und den verfolgten Zielen ab. Was soll wachsen, was soll schrumpfen, in welchen Bereichen soll der Welthandel eingeschränkt, in welchen soll er liberalisiert werden, und vor allem, welche Instrumente sollen bei welchen Problemen mit welchen Implikationen angewandt werden? All diese Fragen wie auch die nach den globalen Obergrenzen des ökonomischen und demographischen Wachstums können nicht nach Manier einer zentralen



Lobby gegen EG-Agrarpolitik

Planwirtschaft behandelt werden. Vielmehr müssen sie nach spezifischen Märkten, nach den verschiedenen politisch-kulturellen Kontexten und den jeweils beabsichtigten Nebenwirkungen oder befürchteten Risiken gestellt und entschieden werden. Die Steuerungsfähigkeit hierarchischer Institutionen ist ohnehin zurückgegangen. Neben die traditionelle Dichotomie: unpolitische Marktallokationen oder zentraler Staatsinterventionismus, sind in der Industriepolitik neue Formen der dezentralen politischen Selbstkoordination vielfältiger privater und staatlicher Akteure getreten, die sich auch für eine ökologische Steuerung in nationalem und globalem Kontext eignen.

Eine umwelt- und entwicklungspolitische Lobby gegen den EG-Agrarprotektionismus

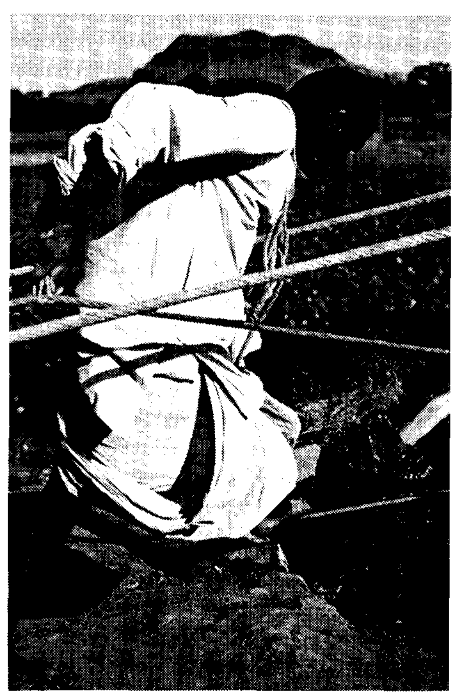
In Sachen Außenhandel stehen der Bundesrepublik entwicklungs- und umweltpolitisch motivierte Anpassungsleistungen bevor. Die Exportüberschüsse müssen zurückgehen, damit Defizite in anderen Regionen abgebaut werden. Das setzt aber nicht eine undifferenzierte Einschränkung des Exports überhaupt, sondern in erster Linie den Abbau von Exportsubventionen und die Liberalisierung der Importe, vor allem für Produkte aus den Entwicklungsländern, voraus. Die Textilindustrie und die Agrarwirtschaft der EG und der Bundesrepublik müssen sich dem Weltmarkt öffnen und somit die Strukturanpassung selbst nachvollziehen, die sie gegenüber den Entwicklungsländern gefordert und im Laufe der achtziger Jahre weitgehend durchgesetzt haben. Allein der Textilprotektionismus der Industrieländer bringt die Entwicklungsländer um 24 Mrd Dollar Exporteinnahmen jährlich, rund die Hälfte dessen, was sie an Entwicklungshilfe bekommen.

Die Ökologen sind der Versuchung ausgesetzt, Umweltpolitik mit dem Instrument pauschaler Handelsrestriktionen betreiben zu wollen. Ein unlösbarer Konflikt zwischen Umweltschutz und Entwicklung wäre die Folge. Die Versuchung, alle Interessen- und Konfliktlinien im Nord-Süd-Verhältnis als ökologische Probleme umzudefinieren, würde zu einem Imperialismus der Ökologie als Fachdisziplin gegenüber der Entwicklungspolitik führen und darüberhinaus zu einem platten Ökoimperialismus des reichen Nordens gegenüber dem Süden. Die Industrieländer erhielten zusätzliche legitimierende Argumente für ihren Protektionismus, für das Unterlassen der fälligen Strukturanpassung im Außenhandelsbereich und somit für ihre Abschottung gegenüber der südlichen Halbkugel.

Ein Gebot der entwicklungspolitischen Vernunft wäre: (1) Die absolute Zollbelastung für Produkte aus Entwicklungsländern zu reduzieren; und darüberhinaus auch aus umweltpolitischen Gründen, (2) die traditionelle Zollstruktur der Industrieländer, die den Zugang von Produkten aus Entwicklungsländern nach dem jeweils höheren Grad der Verarbeitung erschwert, auf den Kopf zu stellen. Der Ressourcenanteil müßte stärker mit Steuern und Abgaben belastet werden als der Wertschöpfungsgrad. Generell sollte außerdem die Regel "Regulierung vor Restriktion" gelten. In einigen konkreten Fällen werden Restriktionen jedoch nicht zu vermeiden sein. Es stellt sich zum Beispiel die Frage, ob die EG nicht besser die Tropenholzeinfuhr hätte verbieten sollen, anstatt die Einfuhr von verarbeiteten Tropenholzprodukten zu erleichtern.

Eine Strategie zur Harmonisierung der Interessen des Südens und des globalen Umweltschutzes, die sich des Problems

des europäischen Agrarprotektionismus nicht annimmt, kann m.E. nicht ernstgenommen werden. Hinter ihm steht eine mächtige europäische Lobby von Agroindustrie, EG-Bürokratie, Agrarnostalgikern und sonstigen Sicherheitspolitikern. Gegen ihn eine alternative Lobby aus Ökologie- und Dritte-Welt-Bewegung aufzubauen, hätte nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn mächtige Verbündete bei den Verbraucherverbänden gewonnen werden könnten, und bei einer engagierten Verfolgung der GATT-Verhandlungen Gemeinsamkeiten mit der europäischen Exportindustrie, den USA und der CAIRN-Gruppe nicht gescheut würden. Statt den europäischen Verbrauchern und den Steuerzahlern enorme Summen für die Kosten und Erhaltung einer umweltmörderischen, chemisierten Landwirtschaft anzulasten, die hauptsächlich den Großagrariern, der Massentierhaltung, der chemischen Industrie und nur zu einem geringen Teil indirekt den Ökobauern zugute kommt, sollten diese Mittel direkt und ausschließlich der ökologischen Landwirtschaft und der Landschaftspflege zugeleitet werden. Die Einbeziehung der ökologischen Produktionskosten, die aus dem Einsatz von chemischer Düngung, von Pestiziden und aus den langen Transportwegen resultieren, hätte erheblich höhere Preise für die heutigen Erzeugnisse zur Folge. Unter diesen Umständen wären die Chancen der Ökobauern, wettbewerbsfähig zu werden, wesentlich besser als unter dem heutigen System der EG-Agrarsubventionen. Die schrittweise Internationalisierung des Umweltschutzes und seine Inkorporierung in das GATT-System würden die Bedingungen dafür schaffen, daß alle direkten, und durch Vorprodukte und Dienstleistungen indirekt verursachten Umweltkosten in die Preise einbezogen werden können. Höhere, ökologisch richtige Preise könnten vielleicht das verschwenderische Konsumverhalten im Norden nachhaltiger einschränken, als nur moralische Appelle es vermögen. Nur wenn umweltpolitisch nicht anders vertretbar - zum Beispiel bei DDT und FCKW -, müßten bestimmte Produkte und Produktionsverfahren gänzlich verboten werden. Ansonsten würde die möglichst vollständige Einbeziehung der Umweltbelastung in die Preiskalkulation eine über den Markt vermittelbare Transparenz darüber herstellen, welche Bauern in welchen Ländern für welche Märkte welche Produkte kostengünstiger und ökologisch effizienter produzieren. Jede administrative Benachteiligung dieser Produkte müßte dann eine spezifische politische Begründung erfordern. Eine solche sozial-, sicherheits- oder entwicklungspolitisch begründete Maßnahme beinhaltet dann immer eine Abweichung gegenüber einer ökologischen Marktwirtschaft. Kosten-Nutzen aller Art könnten leicht ermittelt, gegeneinander abgewogen und Gegenstand einer öffentlich-politischen Debatte gemacht werden. Wer die europäischen Bauern unter diesen Bedingungen bevorteilen will, würde sich nicht mehr hinter ökologischen Argumenten verstecken können und müßte seine Argumente auf den Tisch legen. Wenn die Preise im Sinne von Ernst Ulrich von Weizsäcker die "ökologische Wahrheit" sagen, würde man vielleicht auch der "ideologischen Wahrheit" näher kommen. Wer noch für die Unterstützung "unserer" Bauern einträte, käme dann in den Verdacht, einer romantisierenden Blut-und-Boden-Nostalgie anzuhängen.



Romantisierung der Subsistanzwirtschaft

Subsistenzwirtschaft, Nahrungsmittelsicherung, aktive Weltmarktintegration

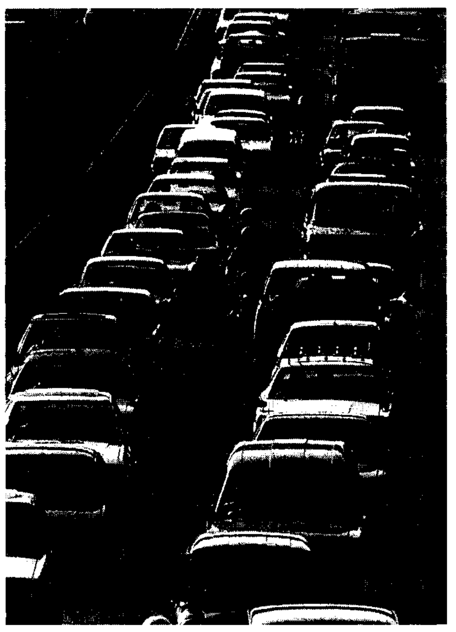
Ein häufiges Argument gegen landwirtschaftliche Exporte der Entwicklungsländer ist, daß Subsistenzbauern - wenn die Weltmarktnachfrage für Agrarprodukten aus dem Süden steigt - aus ihren Böden verdrängt werden. Dieses Argument ist richtig, zumal wenn die Entwicklungsländer ihre Exportchancen ausschließlich auf statische Kostenvorteile (billige Arbeitskräfte und extensiven Anbau für den Export von nicht weiterverarbeiteten Primärprodukten) aufbauen. Das Resultat ist eine passive Weltmarktintegration. Nicht richtig ist es, nun den Umkehrschluß zu ziehen: Wenn die Weltmarktanbindung zurückgeht, werde die Subsistenz der Bauern gesichert. Die Krise der achtziger Jahre in Lateinamerika und Afrika hat gezeigt, daß das Gegenteil der Fall ist. Die Abkopplung von der Weltwirtschaft hat die Ernäh-rungsprobleme der ländlichen Bevölkerung ins Extrem verschlimmert. Wolfgang Hein hat anhand der Daten des Human Development Report der UNPD gezeigt, daß die 15 Entwicklungsländer mit dem höchsten Niveau an "Human Development" (sogar ohne Hongkong, Singapur und Kuwait) einen sehr geringen Grad an Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln und eine hohe Importabhängigkeit von im Schnitt 48,7% haben. Umgekehrt weisen die 15 Entwicklungsländer mit dem niedrigsten Index an "Human Development" eine Importabhängigkeit von im Schnitt nur 17,3% auf[2]. Meines Erachtens führt deswegen an einer selektiven Weltmarktintegration, die negativen Folgen für die ärmere Bevölkerung auf dem Land gezielt entgegensteuert und diese als aktiven Bestandteil einer an Effizienzsteigerung orientierten Strategie miteinbezieht, - trotz vorhandener Risiken und Schwierigkeiten - kein Weg vorbei. Ebenso notwendig wie eine aktive Weltmarktintegration ist in bestimmten Ländern und Regionen der selektive Schutz der Subsistenzwirtschaft. Letzteres ist jedoch nicht mit national-entwicklungspolitischen oder sogar global-umweltpolitischen, sondern ausschließlich mit lokal-sozialpolitischen Argumenten zu begründen. Natürlich muß in Landstrichen, wo die soziale Marginalisierung nicht anders zu verhindern ist, auf lokaler Ebene die Subsistenzwirtschaft stabilisiert werden. Aber im nationalen Kontext wird Überschußproduktion notwendig bleiben: a) um die Städte zu versorgen, b) um Verwaltungs-, Infrastruktur-, Bildungs- und Sozialleistungen des Staates finanzieren, und c) um Devisen für notwendige Importe erwirtschaften zu können.

Eine Überschußproduktion und die Erschließung monetärer Einnahmequellen sind entwicklungs- und umweltpolitisch schon deshalb notwendig, um die Kaufkraft der städtischen Unterschichten (als Abnehmer einheimischer Nahrungsmittel) zu erhöhen, die Entwicklung kleinerer und mittlerer Städte zu fördern, die Attraktivität und Qualität des Lebens außerhalb der großen Ballungszentren in den ländlichen Regionen zu erhöhen, und die Landflucht zu stoppen. Die Überschußproduktion für den Weltmarkt kann jedoch nicht allein den traditionellen Rohstoffsektoren überlassen werden, da dies eine weitere ungleiche Einkommensentwicklung, duale Gesellschaftsstrukturen und soziale Marginalisierung zur Folge hätte. Will man das vermeiden, so stellt sich die Frage: Wie kann man die lokal-, national-, regional- und weltmarktorientierten Sektoren entwicklungs-, sozial- und umweltpolitisch dauerhaft gestalten. Hier hilft eine Ablehnung der Marktorientierung nicht weiter. Entscheidend ist die Frage nach der Richtung und den Mechanismen einer aktiven gesellschaftlichen Steuerung der Marktproduktion.

Kein 'Sonderweg' für den Süden

Wer Subsistenzwirtschaft und ein "einfaches Leben" propagiert, muß dies

auch für die Industrieländer tun. Dann befindet er sich aber wie Rudolf Bahro in einer aussichtslosen Position der politischen Bedeutungslosigkeit. Man findet diese Position deswegen eher in den Dritte-Welt-Gruppen, nach dem Motto: "Wenn wir es hier nicht schaffen, oder es für die Umkehr zu spät ist, dann sollen es wenigstens die da unten versuchen, die selbst noch nicht so weit sind mit Industrialismus und Konsum". Diese Position hat ihre Begründung in Wünschen und Sehnsüchten, die ihren Ursprung in Wirklichkeit in den Überflußgesellschaften des Nordens haben. Für die Masse der Bevölkerung in den meisten Entwicklungsländern ist es geradezu grotesk, von den Gefahren des überflüssigen Konsums zu reden. Das Phänomen der Projektionen eigener Befürfnisse in die Länder der Peripherie ist in der Dritte Welt-Bewe-



Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft läßt auf sich warten

gung schon sehr lang bekannt. Das Buch von Balsen und Rössel hat seine lange Geschichte als ein Movens der Solidaritätsarbeit ausführlich dokumentiert[3]. Daß die Projektionen eigener Phantasien im Süden entsprechende Partner finden, ist nicht verwunderlich. Sie treffen auf eine Fülle von Nicht-Regierungsorganisationen, die ihre Finanzierung vom Norden bekommen und schon ein feines Gespür dafür entwickelt haben, welches Stichwort bei den alternativen und offiziellen Gebern gerade aktuell ist. Die Liste ist schon sehr lang: Grundbedürfnisse, angepaßte Technologien, Hilfe zur Selbsthilfe, Ökofarming, Frauen, Demokratie, Subsistenzwirtschaft, Nachhaltigkeit, etc. Die Anhäufung von Begriffen spiegelt die wachsende Rat- und Ausweglosigkeit einer starr in Projekthilfe verharrenden Konzeption der Entwicklungszusammenarbeit wider. Die südlichen NGOs reden oft ihren Geldgebern nach dem Mund - wer könnte es ihnen verübeln! Schlimm ist nur, daß die nördlichen Geber allzu gern und leicht Realitäten übersehen und Stimmen überhören, die zu ihren Wünschen und Projektionen nicht passen.

Ein einfaches Leben ohne Konsum für den Süden zu propagieren, fällt aber auch in einer anderen Hinsicht hinter den Stand der entwicklungspolitischen Diskussion zurück. Gerade der Begriff "dauerhafte Entwicklung", wie ihn die Brundtlandkommission einführte, rückt die Globalität der heutigen Problemlagen und stellt die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen im Norden in den Vordergrund. Seine Botschaft ist: Entwicklung ist nicht nur eine Angelegenheit des Südens, auch der Norden muß sich (nämlich anders) entwickeln. In dieser Situation nun einen Sonderweg für den Süden zu propagieren, kommt einem Rückfall um 20 Jahren entwicklungstheoretischer Diskussion gleich. In den letzten Jahrzehnten fand neben der Globalisierung der Märkte eine Globalisierung der Kommunikation statt. Es ist nicht zu verhindern, daß die Entwicklungsländer sich an den Standards der Industrienationen messen. Daraus ist zu folgern:

- Den Süden von dem Konsum im Norden auszuschließen und den Norden vor den Ansprüchen des Süden abzuschotten, wird ein immer schwierigeres, kostspieligeres und riskanteres Unternehmen. Die Chance und die Freiheit, es dem Norden gleichzutun, ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern Voraussetzung für die Findung eines eigenen Weges in den Ländern der Peripherie.
- Entwicklungspolitiker im Norden sollten den Menschen im Süden keine Entwicklungswege (die reine Marktwirtschaft der Neoliberalen oder die Subsistenzwirtschaft der Ökofundamentalisten) anempfehlen, die sie sich selbst und ihrer Gesellschaft nicht zumuten würden[4]. Der Süden darf nicht als Projektionsfolie für Phantasien herhalten, die im Norden unrealisierbar sind.
- Wer sich im Norden Sorgen um die globale Umwelt macht, hat in erster Linie über den Umbau der eigenen Industriegesellschaft nachzudenken. Der Norden hat eine doppelte Verantwortung: Für die eigenen Zerstörungen an der natürlichen Umwelt und als weltweites Vorbild für die Folgen der Globalisierung seiner Produktions- und Konsumnormen. Die Konsumbotschaft ist bis ins letzte Dorf des Südens vorgedrungen. Sie wird pausenlos und auf allen Kommunikationskanälen, über die moderne Gesellschaften verfügen, gesendet. Die Menschen in der südlichen Hemisphäre dagegen abschirmen, sie sozusagen unter Naturschutz stellen zu wollen, ist vergebliche Mühe und unter Umständen als menschenverachtend anzusehen. Stattdessen kommt es in den Industrienationen darauf an, eine Vorreiterrolle beim ökologischen Umbau zu übernehmen und gemeinsam mit dem Süden zu neuen Lebens-, Konsum- und Produktionsstilen zu gelangen.

Leopoldo Mármora
Wissenschaftlicher Referent bei der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg

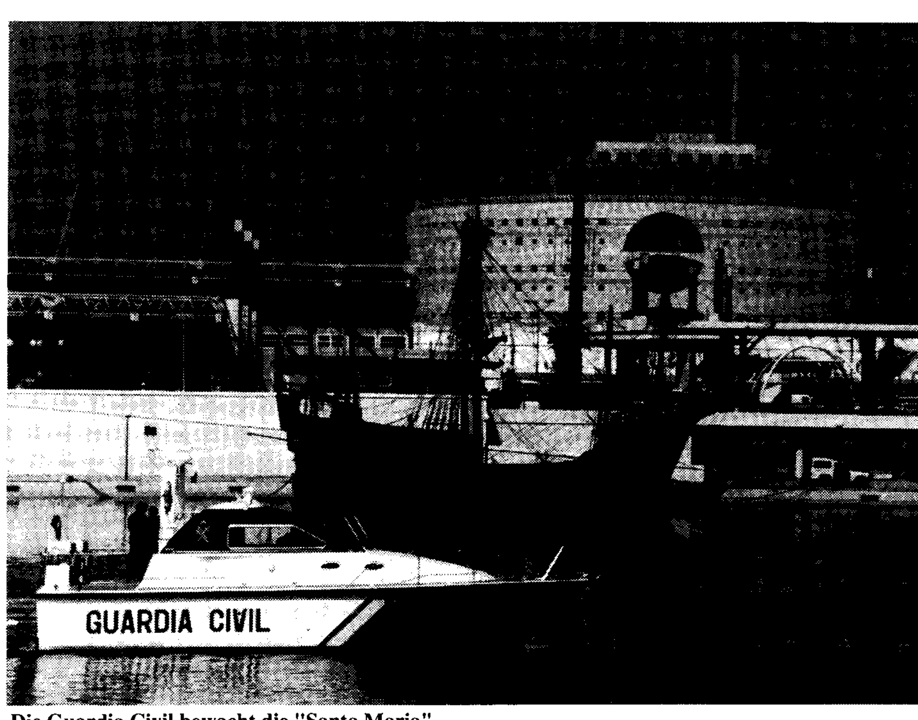
Anmerkungen

(1) Die neuen "Bedrohungen" aus dem Süden werden jedoch noch nicht in dem selben Maße ernstgenommen.
(2) Wolfgang Hein, Agrarentwicklungsstrategien zwischen Ernährungssicherung, Liberalisierung und Nachhaltigkeit, in: Nord-Süd-Aktuell, Jahrgang V Nr. 3/1991, S. 343.
(3) Werner Balsen/Karl Rössel, Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung, Köln 1986.
(4) Nicht nur Neoliberale und Ökofundamentalisten, auch Spranger, der Minister für Entwicklungszusammenarbeit, mahnt Entwicklung und Strukturveränderungen im Süden an, darunter marktwirtschaftliche Ordnungsprinzipien, die die Bundesrepublik selbst nicht genügt. Durch allerlei Konditionalitäten versucht er seine Forderungen durchzusetzen, verzichtet aber auf jeglichen Eingriff in die Wirtschafts-, Außen-, Landwirtschafts-, Verkehrs- oder Energiepolitik der Bundesregierung mit dem Argument, sie gehören nicht zum Zuständigkeitsbereich des BMZ (Die Zeit, 15. Mai 1992).

Begegnung zweier Welten

Spanien und die Menschenrechte

Seit zehn Jahren sind Felipe Gonzáles und seine Partei, die spanischen Sozialisten (PSOE), an der Macht. Das Jubiläumsjahr 1992 soll der spanischen Wirtschaft einen gewaltigen Modernisierungsschub und damit den Durchbruch nach Europa bringen. "Spanien ist nicht mehr europäische Peripherie im EG-Binnenmarkt" lautet das ehrgeizige Ziel. Politisch propagieren die Veranstalter von EXPO, Olympischen Spielen und der europäischen Kulturhauptstadt Madrid ein "come together" nach spanischer Art, um den Makel der Franco-Ära endgültig loszuwerden. "Die Weltausstellung will ihren Besuchern eine Vorstellung von Toleranz, Respekt der Meinungsvielfalt und der internationalen Solidarität vermitteln", so König Juan Carlos in seiner Eröffnungsrede zur EXPO am 20. April 1992. Wer allerdings den Respekt vor der Meinungsvielfalt ernst nimmt und, wie etwa die Indígena-Vertreter am Tag der EXPO-Eröffnung seine Sichtweise zu 500 Jahre Entdeckung öffentlich kundtun will, wird mundtot gemacht. Der spanische Staat duldet keine öffentliche Regung, die nicht in seine Jubelprogramme paßt.



Die Guardia Civil bewacht die "Santa Maria"

High Noon auf dem Campingplatz 'Mairena de Alcor', 25 km außerhalb von Sevilla, zwei Tage nach der EXPO-Eröffnung. Schwerbewaffnete und vermummte Anti-Terroreinheiten umstellen mehrere Zelte. Zivile Fahnder vom Typ Miami Vice durchwühlen Gepäckstücke. Ein polizeilicher Zugriff wie aus dem Lehrbuch.

Picknickt hier etwa die ETA? Mitnichten, es sind StudentInnen aus Deutschland und Südamerika, Mitglieder der internationalen Studentenorganisation "World University Service" (WUS), die in Deutschland studieren und zu einem Kongreß nach Sevilla gefahren waren, um sich über 500 Jahre Kolonialismus europaweit auszutauschen. Sie erleben den Ausnahmezustand in Sevilla: Scharf schießende Polizisten, drei Schwerverletzte, die Verhaftung von Menschen in Bars nur aufgrund ihres punkigen oder freakigen Aussehens und das Zusammenknüppeln eines 'sit in', an einem der EXPO-Eingänge, Razzien auf anderen Campingplätzen, Polizisten in Krankenhäusern. Über 60 Leute aus Spanien und ganz Europa sitzen in Gefängnissen. Die lokale Presse wird mit Polizeiberichten gefüttert. Von langer Hand geplant hätten auswärtige Chaoten, in erster Linie aus Deutschland und dem Baskenland, die Störung der EXPO zum Ziel gehabt. Wie sich doch die Pressemitteilungen der Polizei bei derartigen Anlässen gleichen.

Die Sicherheitskräfte schnitten sich aber zunächst ins eigene Fleisch. In der englischsprachigen Weltpresse, die bundesdeutsche hielt sich vornehm zurück, war nicht die königliche Familie bei der EXPO-Eröffnung abgebildet, wie erwartet , sondern Polizisten im Einsatz. Der Innenminister tobte und die nationale Presse schäumte. Da hatten doch einige wenige ihr nationales Heiligtum beleidigt und Teile der ausländischen Presse reagierten nicht wunschgemäß. Die Festgenommenen, nach drei EXPO-Tagen über 80, bekamen dies zu spüren. Ungenießbares Wasser, zwei trockene Brötchen am Tag, unzumutbare hygienische Verhältnisse, Spießrutenlaufen durch Reihen von Polizei-Knüppeln, psychischer Druck, z.B. Licht an bei Nacht und Sprüche wie "ihr habt hier keine Rechte" ließen das Leben in den Zellen zum Horrortrip werden. Wer aufmuckte, flog in den Bunker (Einzelhaft). Auch außerhalb drehten die Sicherheitskräfte an der Repressionsschraube. Anwälte wurden verhöhnt und in mindestens einem Fall geschlagen, Besucherinnen mußten sich begrapschen lassen und ausländische Journalisten

wurden verdächtigt, die 'Störer' zu unterstützen.

Auf Grund des Notstandsparagraphen 'Störung der öffentlichen Ordnung', der die Grundlage für derartige Willkür bietet, wurden die Gefangenen vier bzw. fünf Tage lang festgehalten, teilweise ohne dem Haftrichter vorgeführt zu werden, nach spanischen Recht muß dies nach 72 Stunden geschehen. Fast alle mußten freigelassen werden. Allerdings in die Hände der Ausländerpolizei, die sie mit den gleichen Anschuldigungen in Gefängnistransportern abschob. In Perpignan standen sie da, völlig fassungslos, und die SüdamerikanerInnen hatten einen Stempel mit fünfjährigem Einreiseverbot im Paß.

Wie üblich soll einigen exemplarisch der Prozeß gemacht werden. Der Apparat muß sich legitimieren. Verzweifelt suchten die Behörden nach einem Stück Papier, das den Vorwurf Zusammenarbeit mit der ETA und damit krimineller Vereinigung rechtfertigen würde, umsonst, die Anklage lautet: "Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung." Ein Hohn: sämtliche Zeugen, die nicht der Polizei zuzurechnen sind, bestätigen den friedlichen Verlauf der Demonstration und der Kundgebungen. Die Mehrzahl der Gefangenen, die länger als eine Woche inhaftiert waren, wurden in modernen Hochsicherheitsknästen mit Trennscheibe und anderen Schikanen konfrontiert. Die drei Deutschen konnten erst über massiven öffentlichen Druck nach fast drei Wochen freikommen. Die Verfahren aber laufen weiter.

Die Pressestelle des Auswärtigen Amtes entblödete sich nicht, gegenüber den Betroffenen Plattheiten von sich zu geben. "Wenn sich Ausländer bei uns nicht anständig benehmen fliegen sie auch raus" (Herr Groß, AA). Hier beginnen die Fragen nach der Rechtsgrundlage für derartiges Handeln und nach den politischen Hintergründen.

Ohne Zweifel: spanische Polizisten und ihre Ausbilder stehen auch 17 Jahre nach dem Ende der Franco-Diktatur immer noch in einer unseligen Tradition. Aber erinnern wir uns, auch in anderen Ländern bei vergleichsweise ähnlichen nationalen Jubiläen wird nicht gerade zimperlich mit den KritikerInnen umgegangen. Die entscheidenden Hintergründe liegen jedoch woanders.

Ein Europa mit offenen Grenzen ist den Sicherheitsexperten aller Länder ein Alptraum. Eine Mauer muß her, um die Festung Europa zu bauen. 'Besucher' aus Afrika mit wenig Geld und ohne Visum oder mit nicht genehmen politischen Ansichten sollen präventiv abgeschoben werden. Die EG-Bürokraten handeln hier ungewöhnlich schnell. Zentrales Instrument ist das Schengener Abkommen, dem Spanien und Portugal im Sommer letzten Jahres beigetreten sind. Der Fall der Binnengrenzen wird propagandistisch gefeiert. "Drittausländer", so der einschlägige Begriff für Menschen aus Ländern außerhalb der EG in dem Vertragswerk, dürfen allerdings nur in Besitz eines gültigen Sichtvermerks einreisen und sofern sie "keine Gefahr für die öffentliche Ordnung" und die "nationale Sicherheit" darstellen. Über schwammige Tatbestände wie die 'Gefährdung nationaler Interessen' ist der staatlichen Willkür Tür und Tor geöffnet. Vor diesem Hintergrund sind die Bemerkungen von Seiten der Pressestelle des Auswärtigen Amtes kein individueller Ausrutscher, sondern beziehen sich auf die rechtlichen Grundlagen des Schengener Abkommens. Die Ausweisung, ohne daß den Häftlingen etwas nachgewiesen werden kann, war nach bisherigem spanischem Recht nach Angaben der Anwälte schwieriger. Obwohl das Schengener Abkommen vom spanischen Parlament noch nicht ratifiziert ist, passen sich die nationalen Rechtsgrundlagen immer mehr den europäischen Vorlagen an. In Spanien ist es das 'Ley Concuera', ein an die Richtlinien des Schengener Abkommens angelehntes Gesetz, das den Exekutivorganen größere Spielräume bei der Begründung und bei der Schnelligkeit der Ausweisung ermöglicht. So ist z.B. eine Ausweisung ohne richterlichen Beschluß jetzt möglich.

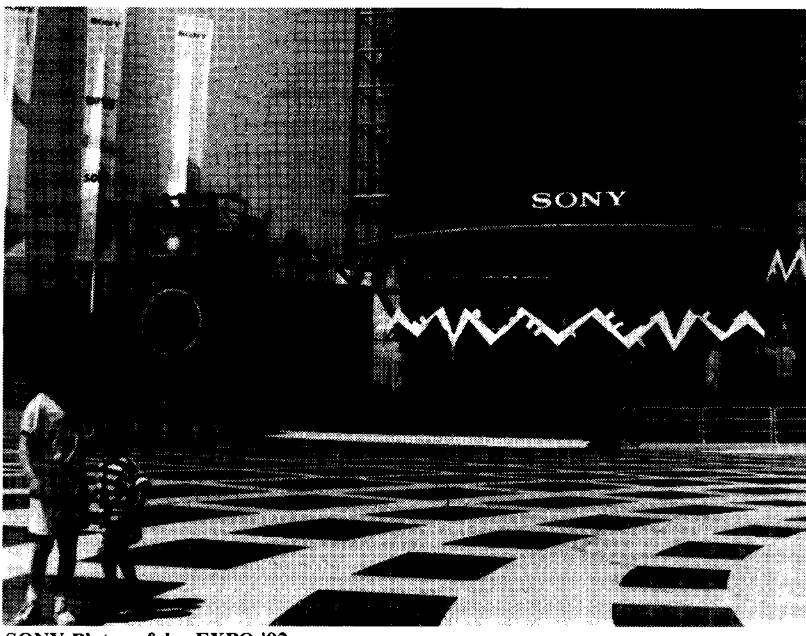
Mit dem Gegenkongreß erlebten die spanischen Gäste und europäische TeilnehmerInnen eine herbe Enttäuschung ganz anderer Art. Von 'Desenmascaremos el 92' (demaskieren wir...), einem äußerst heterogenen politischen Bündnis in Spanien, europaweit und vollmundig als großes "Encuentro Internacional de la Solidaridad" (internationales Treffen der Solidarität) angekündigt, entpuppte sich das Treffen als größeres Uni-Seminar. Ohne Frage, der Druck auf die Veranstalter war groß. Die Regierung hatte alle öffentlichen Veranstaltungen, z.B. die geplante Gegenladung mit Indígena-Vertretern am Guadalquivir, verboten. Alleinige Ausnahme war die Ehrung von Bartholomé de las Casas, der auch im herrschenden spanischen Regierungsverständnis als der 'Beschützer der Indianer' gewürdigt wird.

Während der Eröffnungsveranstaltung präsentierten sich die Veranstalter in einem Filmsaal aber als waschechte Funktionäre auf grüner Realo-Schiene, die nur ihre Seminare durchziehen wollten. Im Vorfeld hatte sich das Veranstalterspektrum kräftig ausgedünnt. Anarchistische Organisationen stiegen aus und die Izquierda Unida (Vereinigte Linke) war nur finanziell unterstützend beteiligt. Übrig blieben einige Funktionäre der Grünen und eine pazifistische Organisation. Hochnotpeinlich war man darauf bedacht, den Rahmen, den die Regierung abgesteckt hatte, nicht zu überschreiten. Im Vorfeld und während der EXPO-Eröffnung distanzierten sich die Organisatoren gebetsmühlenartig von jeder Aktion, die auf die Straße getragen werden sollte. Die Kotaus nützten nichts. Da auf den Veranstaltungsplakaten baskische Gruppen dabei waren, wurden sie ebenfalls in den Chaoten-Topf geworfen. Und dabei wollte man sich offensichtlich als kritisches Anhängsel im Jubeljahr präsentieren. Eine Haltung die in völligem Widerspruch zu den nationalen Erklärungen von "Desenmascaremos el 92" steht. Folgerichtig wurden die Veranstalter nach diesem Desaster aus der nationalen Kampagne ausgeschlossen. Obwohl ein Drittel der Kongreßbesucher nach drei Tagen im Gefängnis saß, zogen die Veranstalter ihr Programm an der Universität von Sevilla stur durch. Unter einem Ölschinken des spanischen Königs und neben der spanischen Flagge referierten Angestellte des universitären Mittelbaus vor vierzig verloren wirkenden Zuhörern theoretisch über die Festung Europa. Die Hegemonie der spanischen Regierung, auch über Teile ihrer Kritiker, wird an solchen Bildern überdeutlich. **geln**



Kurz vor dem Ausnahmezustand: Punk-Konzert gegen EXPO-Eröffnung

Sevillas Disneyland-Feria



SONY-Platz auf der EXPO '92

Jedem, der Sevilla mit seiner reizvollen Altstadt schätzt und nicht gerade eine Erbschaft gemacht hat, kann nur abgeraten werden, dieses Jahr dort aufzutauchen. Die Preise sind fast überall enorm gestiegen. Die Tageskarte für die EXPO kostet umgerechnet stolze 65,- Mark und für jede weitere Dienstleistung muß oft das Doppelte wie im letzten Jahr bezahlt werden. Große Teile der Bevölkerung, die ebenfalls unter den steigenden Preisen zu leiden haben murren zwar, doch öffentlicher Protest regt sich kaum. Dem Fortschrittsbegriff der Moderne wird hier auch von linker Seite ungebrochen gehuldigt. 1993 ist allerdings zu befürchten, daß einige Traumschlösser einstürzen werden. Auf dem 215 ha großen EXPO-Gelände soll ein Technologiezentrum entstehen. Ob das klappt ist noch offen, klar ist aber, daß hier 'Kathedralen' entstehen, die nicht an lokale Wirtschaftssektoren angekoppelt sind. Auch andere Großprojekte im Rahmen der EXPO stehen bzw. fahren isoliert in der Landschaft. Ein Hochgeschwindigkeitszug (TAV), der Madrid mit Sevilla verbindet, ist schon aufgrund seiner europäischen Spurbreite nicht an andere spanische Züge zu koppeln. Für weitere Hochgeschwindigkeitsstrecken ist kein Geld vorhanden. Mit den rund zehn Milliarden Mark, die das Zugprojekt bisher verschlungen hat, wäre das marode andalusische Streckensystem leicht zu modernisieren gewesen. Prestige vor ökonomischem Nutzen scheint nicht nur hier die Maxime gewesen zu sein.

Doch lassen wir uns davon die Stimmung nicht vermiesen und gehen wir über eine der sieben neuen Brücken, die sich über den Guadalquivir spannen, auf die "Isla de la Cartuja", die früher ein Kloster und später eine Keramik-Fabrik beherbergte. Bis Oktober erwartet uns hier ein Dauerspektakel mit simulativem Charakter. Künstliche Seen und Wasserkaskaden, begrünte Pergolas, Sonnensegel und neugepflanzte Bäume, die aber eher größeren Besenstielen ähneln, sollen die Temperatur im unerträglich heißen Sommer von Sevilla senken. Auf dem ganzen Gelände berieselt uns seichte Schlagermusik, damit wir nicht auf andere Gedanken kommen. Abgetakelte Rockgrößen wie Keith Richards und Opernsänger aus Italien geben sich im riesigen kulturellen Begleitprogramm ein Stelldichein. Vergeßt Eure beschwerliche Alltagswelt und laßt Euch in einen folgenlosen Konsumrausch gleiten. Motto: 'Lo mejor del mundo - EXPO '92' (Das Beste der Welt EXPO '92). Animationsgruppen locken uns in die großen nationalen Pavillons und die der großen Konzerne wie Siemens oder auf den 'Sony-Plaza'. Schwarzafrikanische Länder müssen dagegen mit einem "Gemeinschaftspavillon" vorlieb nehmen. Im Keller stellt sich Angola auf wenigen Qudratmetern mit einem angestaubten Tourismusplakat, "Entdecken sie eine neue Welt", vor. Wir können bei einem Rundgang nur die alte Weltordnung entdecken. Der Vatikan stellt das geraubte Gold aus Südamerika zur Schau und die europäischen Industrienationen bzw. Japan (größter Holzbau der Welt) präsentieren ihre ereignisreiche Geschichte mit den vielen klugen Männern, deren Geist auch die Klippen der Zukunft bewältigen soll. Dagegen die Elfenbeinküste: Suppenwürfel wie im Supermarkt aufgehäuft und beleuchtet, stehen neben klassischem Kunsthandwerk. Obwohl auch die USA bekanntlich in finanziellen Schwierigkeiten stecken, konnte über Sponsoren ein repräsentativer Bau mit zwei riesigen Pop-Art Gemälden verwirklicht werden.

Die Manager des Pavillons der Südsee versuchen zu retten, was zu retten ist. Ihre Bauten sind wenige Tage vor der Eröffnung abgebrannt. Die schwarz-verkohlten Balken ragen anklagend in den Himmel. Auf einer provisorischen Bühne stampfen einige "Wilde" im Federschmuck und Speer, die Frauen halb nackt, auf künstlichem Rollrasen. Davor stehen bierbäuchige, bleiche Touristen und grinsen feist. Den Hintergrund dieser Szene bestimmt der US-Pavillon. Die ZuschauerInnen wissen, daß ihre westliche Zivilisation global geworden ist. Alles andere ist lokale und periphere Kultur. Bestätigen sich hier optisch die Thesen vom "Ende der Geschichte", egal ob sie von Jean Baudrillard oder Francis Fukujama stammen?

Nicht nur der Pavillon der Südsee ist ausgebrannt. Im Februar verzehrten die Flammen den "Pavillon der Entdeckungen", neben dem Pavillon des 15. Jahrhunderts das inhaltliche Kernstück der EXPO. Das Abendland und seine technologischen und zivilisatorischen Errungenschaften feiern sich selbst, ohne Rücksicht auf andere Kulturen. Der Brand war ein Schock für die Veranstalter. War ihnen doch schon der Nachbau des Flaggschiffes von Columbus kurz nach dem Stapellauf gekentert. Ein Fingerzeig der Geschichte?

Pikanterie am Rande. Auch im Pavillon der ehemaligen Sowjetunion kann man die Geschichte und die Technologieentwicklung entdecken. Russland erobert und zivilisiert nicht nur Sibirien. Über die Zeit nach 1917 schweigen sich die Vitrinen und Schautafeln aus. Funkkontakt mit der Geschichte ist erst wieder in den 90er Jahren möglich: Russland präsentiert sein Raumfahrtprogramm, das weiter finanziert werden muß. Ist es zum Lachen oder Heulen?

gelu

Buchtip
Spanien '92
"Begegnung zweier Welten" ...
EXPOlizei-Terror und Jubelfeier
Dokumentation und Analyse
(Arbeitstitel)
Mit Beiträgen von Phil Flechter, Uwe Hartwig, Georg Lutz, Karl Rössel, Herby Sachs, Dorothea Schütze, Angelika Wuttke u.a.
ca. 160 Seiten mit Fotos, ca. 16,80 DM
ISBN 3-929008-39-4
erscheint Juli 1992

betrifft: Tagungsbericht "Arme Menschen abschaffen" in blätter des iz3w Nr. 181

Einige Dutzend wohlmeinende "Dritt-Weltler" haben sich wieder einmal im Luxus einer evangelischen Akademie zusammengesetzt und sich die Köpfe über anderer Leute Probleme zerbrochen. Darunter auch der gute Mensch Franz Alt.

Wenn der sich zur Bevölkerungsproblematik ausläßt, dann befindet er sich in bester "progressiver" Gesellschaft. Vor gerade mal vier Jahren trafen sich ein Dutzend afrikanische Intellektuelle in akademie-ähnlicher Atmosphäre im idyllischen "Kericho Tea Hotel" in Kenyas teegrünem Hochland.

Sie haben im Gegensatz zu den immerwährenden Misere-Meldungen ein "positives Szenario für Afrika siebzig Jahre später" entworfen. Sie wollten damit ein 'voluntaristisches Zeichen' setzen, aufzeigen wie es 'vorangehen' müsse. Voraussetzung für die von ihnen gezeichnete lichte Zukunft des Kontinents war die Rückkehr zur Demokratie, die 'kreative Kräfte freisetzen' werde. Die Ansätze zur Demokratisierung kamen früher als die damals in Kericho versammelten Vordenker wohl zu hoffen wagten. Doch bei vielen anderen Ansätzen lagen die Vordenker voll daneben: Sie projizierten für das - ja nicht mehr so ferne - Jahr 2.057 geradezu euphorisch eine afrikanische Bevölkerung von sage-und-schreibe 2,5 Milliarden und bescheinigten dieser - verglichen mit heute - vierfachen Bevölkerung ein Pro-Kopf-Einkommen von sagenhaften 7000 US-Dollar (heute so um die 100$). Die Denker aber sprachen vom "Stimulus", der von der dann wesentlich höheren Bevölkerungsdichte ausgehe. Denn, nach der im Bericht zitierten Ökonomin Ester Boserup, "pflegen Gesellschaften als Folge raschen Bevölkerungswachstums ihre landwirtschaftlichen Produktionsmethoden zu intensivieren". Gleichsam naturgesetzlich! Wundern muß man sich über so viel wissenschaftliche Naivität einer skandinavischen Pseudo-Wissenschaftlerin, die den Intellektuellen wohl nach dem Maul geredet hat, anstatt sich die Realität in Ruanda oder im westafrikanischen Sahel anzuschauen.

Mehr noch wundern muß man sich über den konservativen Unsinn, wonach erst große Bevölkerungsdichte "Elektrizitätsnetze, bessere Transportsysteme, industrielle und kommerzielle Märkte ermöglichen". Dies getreu nach der Devise: wachset und mehret euch und der Rest wird euch dazugegeben werden. Von welchem Weihnachtsmann bloß, wenn seit Jahren immer mehr Lichter in Afrika ausgehen, Straßen und Wege zerfallen, Bahnen stehenbleiben, Industrien verrotten und Märkte verarmen.

Von selbsterklärten Dritte-Welt-Rettern im Norden ist dieses Papier begierig aufgesogen worden. Wer aber realitätsnahe genau dem Gegenteil, nämlich der dringend erforderlichen Begrenzung des Bevölkerungszuwachses das Wort spricht, der ist ein 'böser weißer Reaktionär'...

Wer diese unsinnige Logik noch gutheißt und nicht lauthals auf jedem nur denkbaren Forum für ein rasantes Bremsen des Bevölkerungswachstums eintritt, der denkt und redet kriminell. Ja, wer auch nur einer verstärkten medizinischen Hilfe für den Hunger-Kontinent das Wort redet und nicht gleichzeitig auch "Stop dem Baby-Boom" sagt, der handelt kriminell. Denn die gerade wieder einmal von der UNO - ja sogar von der! - beschworene "ökonomische und ökologische Katastrophe" ist doch längst mit uns - auch ohne mittelalterliche Bürgerkriege in Somalia, Liberia und Sudan.

Es gibt inzwischen genügend afrikanische Naturwissenschaftler, die dies so sehen, während nur allzu viele 'Sozialwissenschaftler' immer noch den nativistischen Politikern nach dem Mund reden. Und Afrikas Politiker wollen die Katastrophe in ihrer Mehrheit immer noch nicht wahrhaben und hetzen stattdessen ihre verarmenden Untertanen, die längst zu Öko-Flüchtlingen geworden sind, ablenkend aufeinander.

Nein, alle Afrikas Misere entschuldigenden Erklärungen wie koloniale Ausbeutung, niedrige Rohstoffpreise, überhöhte Preise für Waren und Leistungen, helfen dem Kontinent nicht mehr weiter. Helfen - und was heißt hier helfen, wenn es allein darum gehen kann, das todsichere Leiden von einigen hundert Millionen zuviel Geborener zu mildern - kann nur noch lauten: helfen, damit die Vision vom Afrika der 2,5 Milliarden Einwohner nicht wahr wird. Nicht spinnerte "Visionen" sind gefragt, sondern verdammt hartnäckiges Nachdenken, wie man die akut notwendige Bewußtseinsänderung betreibt, damit nicht jede kenyanische Frau weiter dem "Ideal" von mindestens acht Kindern anhängt. Und Nachdenken auch, wie man es ihr und ihrem Macho-Ehemann ermöglicht, daß sie nicht weiter acht armselige Hungerleider in die Welt setzen muß. Hier Mittel und Wege zu finden, ist anstrengend genug.

Das Lamentieren über 'böse nördliche Machenschaften' mag den Alt-Progressiven im Norden der Welt, denen die Ideal-Systeme Vietnam, Kuba, Nikaragua abhanden gekommen sind, als Ersatzbefriedigung dienen, den sich überbevölkernden Staaten der sogenannten Dritten Welt hilft es nicht.

Gerd Meuer

Cuba-Solidaritätskongreß

Politische Solidarität heißt heute: Teilnahme an der Bewegung zur Überwindung der Zivilisation des Kapitals, weil dies die einzige Zukunftsperspektive für die Mehrheit der Gattung ist. Für die Genesis dieser Bewegung ist der Kampf um Cuba so zentral wie der um Vietnam in den 60er Jahren. In Cuba konkretisiert sich im gegenwärtigen Moment die Entwicklung der Alternative zum Kapital".

Mit diesen Sätzen, auf dem Cuba-Solidaritätskongreß am 23. Mai in der Bad Godesberger Stadthalle brachte Heinz Dieterich (Universidad Autonomia de Mexico) die Vorträge aller zwölf RednerInnen aus Amerika und Westeuropa auf den Punkt. Der heftige Beifall für die Analysen und Forderungen und die Begeisterung während des neunstündigen Kongresses machten deutlich, daß die abgegebenen Einschätzungen zur Situation und Bedeutung Cubas den Vorstellungen der mehr als tausend BesucherInnen entsprachen.

Daß es den meisten BesucherInnen auch darum ging, sich einen kleinen Teil ihrer gesellschaftlichen Ideale zu bewahren, unterstrich die Organisatorin des Kongresses, Dorothee Piermont in ihrem Eingangsstatement: "Wenn heute so viele gekommen sind, dann auch deswegen, weil die Benommenheit der aufeinanderfolgenden Schläge weicht, und weil wir es satt haben, der Rechten noch länger passiv zuzusehen". Die Veranstalter könnten insoweit mit ihrer Initiative zufrieden sein.

Ist mensch allerdings zum Kongreß gefahren, um auch etwas über die Lösung gesellschaftlicher und politischer Widersprüche auf der Karibikinsel zu erfahren, wurde sie oder er ziemlich enttäuscht. Dorothee Piermont gab gleich zum Anfang den Rahmen vor: "Wir verklären Cuba nicht zum Paradies auf Erden, aber wir blähen Cubas Fehler auch nicht auf zu Verbrechen". So hielten sich alle RednerInnen zurück mit Kritik an der cubanischen Macht- und Staatsstruktur, oder weigerten sich, dieses Problem auch nur anzuschneiden. Hier ging es ausschließlich um die Erfolge der "cubanischen Revolution" und um die Geschlossenheit von Volk und Partei. Beschrieben wurde der soziale Frieden, die Alphabetisierung, der hohe Grad an gesundheitlicher Versorgung, die Chancengleichheit und Qualifizierung in Schule, Studium und Beruf sowie die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Frau und Mann und Schwarz und Weiß. Genauso wurde die internationale Solidarität Cubas mit weltweiter finanzieller, medizinischer, politischer sowie militärischer Hilfe vorgestellt.

Ob jedoch bloßes Hochhalten des cubanischen Internationalismus oder wiederholtes Gesundbeten sozialer Verhältnisse die "Schläge der Rechten" angemessen parieren kann, erscheint fraglich. In Cuba haben jedenfalls viele die Schnauze voll vom revolutionären Image der Partei. Dort wollen viele eine wirkliche gesellschaftliche Emanzipation und Selbstbestimmung, sie wollen eine Gesellschaft, die funktioniert und nicht ständig Versorgungslücken produziert. Der Kongreß war augenscheinlich ein Treffen von "Linken", die aus dem Zusammenbruch des Realsozialismus überhaupt nichts gelernt haben, und die die Verhältnisse unter einer total verstaatlichten Gesellschaft mit autoritärem Parteikult weiterhin ignorieren. Stattdessen klammerten sie sich an das miese Embargo der USA, an dem sich natürlich auch die BRD-Regierung beteiligt.

Mit einem so offensichtlich falschen Bewußtsein jedenfalls läßt sich keine starke Bewegung gegen die Zivilisation des Kapitals schaffen, und dem cubanischen Volk wird mit Sicherheit nur ein Bärendienst erwiesen.

gerd

BUKO hält an der Basis fest

Mamor, Stein und Eisen bricht aber unsere Liebe nicht..., rufen die Musiker der Stuttgarter Band "El Zechos" unter Gitarren- und Schlagzeugbegleitung in den abgedunkelten Kongreßraum. Das Quartett spielt konsequent die Hits aus den 60er und 70er Jahren und viele BesucherInnen und Gäste des 16. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, kurz BUKO, hoppeln auf der Tanzfläche oder stehen wippend am Rand. Die abendliche Stimmung scheint ausgelassen auf dem Kongreß mit dem Titel: "Kontinuitäten und Brüche - Neues zur alten Weltordnung". Nur ein paar Unentwegte diskutieren über die Strukturdebatte vom Nachmittag oder managen draußen auf dem Gang oder vorne an der Bar Gruppen, die zur Mitarbeit in dem Koordinationsausschuß (KA) bereit wären. Andere ziehen sich zurück, geraten fast in eine persönliche Krise oder sehen den Untergang der Institution BUKO, als bundesweites Organ von Dritte-Welt-Läden, Solidaritätsgruppen und professionelleren Institutionen vom christlichen bis zum antiimperialistischen Spektrum voraus. Daß die ehrenamtliche Mitarbeit im KA, dem Entscheidungsorgan des BUKO zwischen den jährlichen Kongressen schon immer ein Problem war, ist nichts Neues. "Wir beenden den Kongreß erst, wenn der weiße Rauch aufsteigt", wird zum Grundsatz für die KA-Wahl am nächsten Vormittag.

Hintergrund dieser nächtlichen Bewegungen ist der Verlauf und das Ergebnis des Nachmittags im Stuttgarter DGB-Haus. Dort entschied sich nach einer dreistündigen Debatte mit vielen Abstimmungen über neue Entscheidungsstrukturen das Plenum grundsätzlich für das alte KA-Modell mit dem jährlichen Bundeskongreß als Hauptentscheidungsorgan des BUKO. Ergänzungen waren einmal die mindestens zwei sogenannten kleinen BUKOs, d.h. Mitglieder-Tagungen, die auf aktuelle Ereignisse oder Entwicklungen reagieren sollen. Und dann erhalten die KA-Gruppen jeweils zwei Stimmen bei ihren Entscheidungen, die allerdings nur in Anspruch genommen werden können, wenn eine Frau und ein Mann oder zwei Frauen zu den KA-Sitzungen fahren; schickt eine Gruppe jedoch zwei Männer in dieses Gremium verfügen beide nur über eine Stimme. Fraglich bleibt, inwieweit die KA- Entscheidungen mit den "kleinen" BUKOs kompatibel sind oder diese die Arbeit im KA nicht lähmen.

Daß mit dieser Plenumsentscheidung zwei Neuvorschläge zur Organisation der Institution BUKO abgeschmettert wurden, hatte am Tag zuvor niemand erwartet. Ziel der Neuvorschläge war, die politische und organisatorische Bedeutung des BUKO zu stärken. Dazu stand auf der einen Seite ein basisorientiertes Modell und auf der anderen Seite ein professionelles Vorstandsmodell zur Wahl. Das basisorientierte Modell der Anti-EG-Gruppe Köln bestand in erster Linie aus dem großen BUKO-Kongreß und zwei kleinen BUKOs. Die Hamburger Geschäftsstelle war bloßes Ausführungsorgan. Damit sollten die Aktivitäten und Diskussionen der BUKO-Szene besser miteinander verbunden werden und in der Öffentlichkeit eine stärkere Resonanz erzeugen. Beim Vorstandsmodell ging es um personelle Verantwortlichkeit und schnelle Entscheidungsfindung durch professionelle Beratung, um so in der Zeit zwischen Jahreskongressen politisch bündnis- und meinungsfähig zu sein. Letzteres Modell wurde stärker von den BUKO-Kampagnen, der BUKO-Geschäftsstelle und organisatorischen Zusammenschlüssen wie dem baden-württembergischen Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Baden-Württemberg (DEAB) unterstützt.

Schließlich wurden die beiden Strukturvorschläge vom Kongreßplenum nicht angenommen, was zum großen Teil an der Entscheidung des Frauen-Plenums vom Vorabend lag. Für die Frauen war im Basismodell die Verantwortlichkeit bis zu den bundesweiten Treffen viel zu verschwommen formuliert. Das Vorstandsmodell wurde abgelehnt, weil es die abgehobene Arbeit von Polit-Profis fördert. Überrascht waren jedoch alle, als nach der Entscheidung für das alte KA-Modell sich keine Gruppe zur Mitarbeit bereiterklärte, obgleich den knapp 80 anwesenden Mitgliedsgruppen klar gewesen sein müßte, daß es notwendig ist, VertreterInnen des BUKO bis zum nächsten großen Kongreß zu wählen. Aber genau das hatten die alten Hasen und Häsinnen der Szene vorausgesagt und die neuen Modelle als Lösung angeboten.

Doch die Gespräche am Samstagabend waren erfolgreich. Das Plenum wählte sechs Gruppen in den KA: Vamos Münster, D.W.L.Erlangen, AKE-Stuttgart, AKI-Karlsruhe, Ökumenisches Büro München und ein BUKO-Bündnis Berlin. Ob die vielen neuen AktivistInnen fester als Mamor, Stein und Eisen sind, wird sich zeigen. Erwartet werden "Kontinuitäten und Brüche" jedenfalls auch für die Zukunft.

gerd

Demokratie und Menschenrechte in Nordafrika

Die 'Einheitspartei' ist die moderne Form der bürgerlichen Diktatur ohne Maske, ohne Schminke, skrupellos und zynisch" (Frantz Fanon). Die nationalen Eliten übernahmen nach den Unabhängigkeitskämpfen lediglich die Positionen der ehemaligen Kolonialherren, ohne eine Umgestaltung bzw. einen Aufbau von Ökonomie und politischer Kultur zu bewerkstelligen. Selbst die Freiheiten der bürgerlichen Gesellschaft wurden nur teilweise verwirklicht. Das hat sich bis heute im wesentlichen nicht verändert, wenn auch eine 'arabische Perestrojka' langsam auf die Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens übergreift, wie Sigrid Faath und Hanspeter Mattes vom Deutschen Orient-Institut in dem von ihnen herausgegebenen Band 'Demokratie und Menschenrechte in Nordafrika' feststellen. Die jüngsten Entwicklungen der Demokratisierung bzw. ihrer Widerstände in den Ländern Ägypten (Carsten Jürgensen), Algerien und Tunesien (Sigrid Faath), Libyen (Hanspeter Mattes) und Mauretanien (Ursel Clausen) bilden einen Teil der Untersuchung. Sie erfolgen im Anschluß an eine Betrachtung allgemeiner Aspekte zu Demokratie und Menschenrechten. Diese stellt das Gerüst der Arbeit und wird von Faath/Mattes selbst vorgenommen.

Demokratie wird von ihnen als ein System definiert, das durch eine Verfassung kodifiziert wird, die die Machtausübung nach dem Prinzip der Gewaltenteilung regelt, die Gleichheit aller vor dem Gesetz und Grundrechte gewährt, Rechtstaatlichkeit anerkennt und das Volk zum Träger der Staatsgewalt erklärt. Menschenrechte werden als angeborene, unveräußerliche und unantastbare Rechte und Freiheiten des Individuums im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 verstanden.

Demokratie und Menschenrechte sehen Faath/Mattes in erster Linie durch die Regierungen Nordafrikas, aber auch durch deren islamistische Herausforderer bedroht. Das Verhältnis von islamischem politischen Denken zu Demokratie und Menschenrechten ist dann auch Thema der einführenden Untersuchung von Faath/Mattes. Besondere Beachtung schenken sie der Islamauslegung, die die Vorstellung einer umfassenden Bestimmung aller menschlichen und gesellschaftlichen Bereiche durch die Religion postuliert: "Im Mittelpunkt steht die Errichtung des islamischen Staates, d.h. eines Staates, dessen Totalität einzig geordnet, verwaltet und gesetzlich geregelt wird durch das islamische Recht, die Scharia" (S. 33). Diesem umfassenden Anspruch folgt die islamistische Auseinandersetzung mit der Demokratie: einerseits die Höherbewertung islamischer gegenüber demokratischer Organisationsprinzipien und die Betonung ihrer Unvereinbarkeit, andererseits die Vereinnahmung der Demokratieidee in die von den Islamisten propagierte Variante islamischer Staatstheorie. Ähnliches erfolgt mit den Menschenrechten, die als von Gott gewährt und im Koran niedergelegt begriffen werden und nicht "von einer Legislativversammlung oder einem Staatspräsidenten kodifiziert werden." (S. 36).

Wenngleich Faath/Mattes die Gleichheit aller, die Verantwortung des/der Einzelnen vor Gott und die Beratungspflicht als demokratische Prinzipien im Islam hervorheben, kommen sie letztlich zu dem Schluß, daß Demokratie und Islam (im islamistischen Sinn) nicht kompatibel sind, da der Islam als vereinnahmende Ideologie entsprechende repressive Maßnahmen zur Vereinheitlichung und Unterwerfung der Gesellschaft vornehmen müsse.

Als zweiten Strang verfolgt Mattes die Verfassungsentwicklung in den arabischen Staaten.

Mattes stellt Diskrepanzen zwischen Verfassungsnorm und -wirklichkeit fest. Er wertet sie als Kennzeichen für schwach entwickelte politische Kulturen, die keine überzeugende eigenständige Form einer Synthese aus westlichem und islamischem politischen Denken gefunden haben.

Die Problematik der Menschenrechte in Nordafrika, deren Verletzungen ein Ausdruck dieser Diskrepanz ist, bildet im Folgenden einen weiteren Schwerpunkt der Studie. Detailliert werden Formen und Umfang staatlicher Menschenrechtsverletzungen nachgezeichnet. Dem entgegengestellt schildert Mattes die Versuche von Gruppierungen, den Menschenrechtsschutz in den arabischen Staaten zu verbessern. Erwähnenswert ist die lexikalisch gehaltene ausführliche Vorstellung nichtstaatlicher, staatlicher und überregionaler Menschenrechtsorganisationen. Hier wird eine Zielgruppe angesprochen, die über das übliche wissenschaftliche Publikum hinausreicht und an politischen Kräften jenseits der Regierungsebenen interessiert ist.

Schließlich läßt Sigrid Faath die aktuelle Diskussion von Demokratie und Menschenrechten Revue passieren, wie sie innerhalb der Regierungsparteien in den Staaten, die eine Systemtransformation eingeleitet haben, und in der liberalen Opposition geführt wird.

Eine wie auch immer sich verstehende nicht-bürgerliche Linke taucht in diesen Diskussionszusammenhängen aber nicht auf, zu sehr scheint sie in Ländern wie Algerien als mit der Staatspartei identifiziert und daher diskreditiert, oder einfach auch nur marginalisiert zu sein.

Auch problematisieren die Autoren weder die Menschenrechtsfrage noch ihren Demokratiebegriff. Sicherlich sind Freiheits- und Menschenrechte nicht teilbar und überall dieselben. Doch die westliche Menschenrechtspolitik war seit je her interessenbestimmt. In einer hierarchisch strukturierten Weltgesellschaft führt sich das Eintreten (oder die Vorgabe dies zu tun) für Freiheits- und Menschenrechte ad absurdum, wenn damit subtil das Geschäft des Imperialismus betrieben wird. Um mit Fanon zu sprechen: "Wenn die Bourgeoisie stark ist und die Welt nach ihrer Macht einrichtet, dann zögert sie nicht, demokratische Ideen mit universalisierendem Anspruch zu vertreten. Für diese ökonomisch gefestigte Bourgeoisie bedarf es außergewöhnlicher Bedingungen, um sie zur Nichtachtung ihrer humanistischen Ideologie zu treiben. Der westlichen Bourgeoisie gelingt es meist, ihren grundsätzlichen Rassismus durch eine Fülle von Nuancen zu verschleiern, was ihr ermöglicht, ihre Proklamation der eminenten Würde des Menschen intakt zu halten."

js

Faath, Sigrid und Hanspeter Mattes (Hg.): Demokratie und Menschenrechte in Nordafrika. Hamburg (edition wuquf) 1992. 563 Seiten.

Anläßlich der Feierlichkeiten um die 500 Jahre anhaltende Eroberung und Unterdrückung Lateinamerikas haben der Freundeskreis Tansania, Freiburg, und das Eine - Welt - Forum, Denzlingen, die Broschüre **Tansania heute... und die Auswirkungen der Kolonisation** herausgebracht. Damit soll auch auf die Geschichte des "vergessenen Kontinents" aufmerksam gemacht werden.

Knapp die Hälfte der Beiträge befassen sich denn auch mit der kolonialen Vergangenheit Tansanias und seiner Geschichte nach der Unabhängigkeit. Dabei soll am Beispiel Tansanias aufgezeigt werden, wie die Entwicklung bis in unsere Tage hinein verlief. Für Tansania geht es aber nach Ansicht der Autoren "schon lange nicht mehr um "Entwicklung", sondern nur noch um das nackte Überleben. So befassen sich weitere Beiträge mit der Situation der Landwirtschaft und des Gesundheitswesens. Beiträge über Kirche und Religion, das Bildungswesen und über afrikanische Schriftstellerinnen sind ebenfalls in der Broschüre enthalten. Sie ist für DM 7,50 (plus Porto) erhältlich beim **Freundeskreis Tansania e.V., Erwinstr. 41, 7800 Freiburg**

Die Dritte Welt wird größer. Die Republiken, die sich als selbständige Staaten von der UdSSR verabschiedet haben, weisen nahezu sämtliche Merkmale unterentwickelter Länder auf. Damit hatte keiner gerechnet und entsprechend unbeholfen verfolgt man die Entwicklungen von beispielsweise Tadschikistan. Zwei Nachschlagewerke helfen diesem Zustand ab.

Das soeben von Karl Grobe-Hagel veröffentlichte Buch **Rußlands Dritte Welt** beschränkt sich auf die unabhängig gewordenen zentralasiatischen (Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgistan) und transkaukasischen (Aserbaidschan, Armenien, Georgien) Republiken. Grobe-Hagel sieht diese Länder in der Situation von unabhängig gewordenen Kolonien, denen Rußland bzw. die Sowjetunion in der Vergangenheit als "expansives Imperium", aber auch als "Modernisierer" gegenübertrat: So waren die Länder Rohstofflieferanten und dienten unter Stalin der Ansiedlung riesiger Schwerindustrien, deren ökologische Folgen sie heute zu bewältigen haben. So ist der Wasserstand des Aralsees u.a. wegen der extensiven Baumwollwirtschaft in Usbekistan drastisch gesunken. Auch dem Kaspischen Meer wurde Wasser entnommen und zusätzlich noch die Abwässer der Erdöl- und chemischen Industrie eingeleitet. So sind die heute politisch unabhängigen Länder wegen der wirtschaftlichen Ausrichtung auf das "russische Mutterland" allein nicht existenzfähig. Alle diese Länder haben aber in den siebziger Jahren größere Entwicklungssprünge machen können, als beispielsweise der Iran, Pakistan und Indien, wie Grobe-Hagel schreibt. Und dies nicht nur hinsichtlich des Gesundheitswesen und der Bildung.

Karl Grobe-Hagels Enzyklopädie (Stand: Sommer 1991) gibt Auskunft über die Republiken, Städte, Völker und Regionen. Von Alma Ata über Derwischorden und Kaspisches Meer bis Usbekistan schildert der Autor die Geschichte, die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Im Anhang befindet sich ein Personenregister und ein Glossar, leider aber kein Stichwortverzeichnis. Wer sich für diese neue Dritte Welt interessiert, dem liefert das Buch wichtige Informationen und Hintergründe.

Ebenso zu empfehlen ist das mittlerweile in dritter Auflage erschienene Buch von Erhard Stölting **Eine Weltmacht zerbricht**. Stöltings Buch beschränkt sich nicht nur auf die nichteuropäischen Republiken. Es hat - im Gegensatz zu Grobe-Hagel - den Vorteil, daß es flüssig zu lesen ist. Auf der Strecke bleibt dabei die aktuelle politische, wirtschaftliche und ökologische Situation, da er in erster Linie die historische Entwicklung beschreibt. Beide Autoren befürworten die Beseitigung nationalistischer Unterdrückung wie sie beispielsweise durch die aufgezwungene russische Sprache und Schrift von der Zentralregierung ausgeübt wurde. Der Nationenbildung stehen sie jedoch skeptisch gegenüber. So schreibt Stölting am Ende seines Buches: "Viele Nationalbewegungen wurden im Augenblick der Befreiung zu Unterdrückern." Das läßt nicht gerade hoffen.

Karl Grobe-Hagel: Rußlands Dritte Welt, Nationalitätenkonflikte und das Ende der Sowjetunion, ISP- Verlag, Frankfurt 1992, 295 S., DM 34.-
Erhard Stölting: Eine Weltmacht zerbricht, Nationalitäten und Religionen in der UdSSR, Eichborn Verlag, Frankfurt 1991, 360 S., DM 39.80

"Uruguay ist nur ein kleines Land, doch sein politisches Gewicht im Kontinent geht über seine territoriale und ökonomische Dimension hinaus. Die Entwicklung und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und der Linken sind auch beispielhaft für die nationale und soziale Befreiung Lateinamerikas", schreibt Ernesto Kroch im Nachwort zu seinem Buch über Uruguay.

Kroch legte schon 1990 ebenfalls im Frankfurter dipa-Verlag seine Autobiographie unter dem Titel **Exil in der Heimat - Heimat im Exil** vor. Als deutscher Jude und Mitglied der Kommunistischen Jugend mußte er vor den Nazibanden flüchten und gelangte Ende der dreißiger Jahre nach Uruguay. Er fand eine Arbeit im Maschinenbau, heiratete und arbeitete aktiv in der Gewerkschaft. Nach dem Militärputsch kam er ins Exil nach Deutschland. Nachdem sich Anfang der achtziger Jahre die Lage in Uruguay langsam entspannte ging er wieder zurück. Sein Leben in der Arbeiterbewegung liefert auch den Hintergrund für Krochs neues Buch **Uruguay zwischen Diktatur und Demokratie**. Darin beschreibt der Autor den Werdegang dieses lateinamerikanischen Landes von der prosperierenden Phase seit der Staatsgündung über die Rezession in den dreißiger Jahren, den Weg zur Diktatur seit den fünfziger Jahren, die ersten demokratischen Wahlen im November 1984 bis heute. Neben der politischen und wirtschaftlichen (v.a. hinsichtlich der Auslandsverschuldung) Entwicklung beschreibt Kroch aber auch die sozialen Auseinandersetzungen und Diskussionen innerhalb der Linken. Kroch war und ist kein Anhänger der Tupamaros, bemüht sich aber dennoch um eine möglichst unvoreingenommene Darstellung. Seiner Meinung nach hat v.a. die Entscheidung für den bewaffneten Kampf zunehmend zu einer Distanz zwischen der Bevölkerung und der Guerilla geführt. Kroch arbeitete in den Gewerkschaften und anderen sozialen Organisationen (z.B. Stadtteilorganisationen). Kroch begrüßt die Entwicklung eines breiten Bündnisses von Linken, Gewerkschaften, sozialen Organisationen und Ex-Tupamaros, der Frente Amplio, in den achtziger Jahren. Obwohl heute noch ein bürgerlicher Präsident, Lacalle von den Blancos, dessen soziale Basis die Großgrundbesitzer sind, Uruguay regiert, sieht er dennoch Erfolge der Frente Amplio. Ihnen ist es gelungen die Demokratisierung des Landes voranzutreiben und eine ernsthafte Alternative zu den beiden bisher herrschenden Parteien zu etablieren. Die Tatsache, daß die Frente in der Hauptstadt Montevideo den Bürgermeister stellt, zeige gerade hier, daß soziale Verbesserungen und eine breite demokratische Partizipation der Bevölkerung möglich sind.

Eine weitere Neuerscheinung setzt sich ebenfalls mit der Geschichte und Gegenwart Uruguays auseinander. In **Das Volk entscheidet** konzentriert sich die Autorin Monika Bossung allerdings auf die soziale und politische Entwicklung seit der Militärdiktatur. Sie kam 1989 nach Uruguay und erlebte gerade den Wahlkampf zur Volksabstimmung über eine Generalamnestie der Militärs. Die Frente Amplio protestierte gegen eine Amnestie und verlor die Abstimmung nur

knapp. Aufgrund ihrer Tätigkeit in der Menschenrechtsorganisation SERPAJ (Servicio Paz y Justicia) schildert Monika Bossung v.a. die Auseinandersetzungen um Menschenrechtsfragen. Dabei enthält das Buch zahlreiche Dokumente wie Aufrufe, Zeitungsartikel und Interviews. Eine wichtige Quelle für ihre Arbeit ist allerdings das oben erwähnte Buch von Ernesto Kroch.

Über die aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb der Tupamaros informiert die Broschüre **Tupamaros - Von der Stadtguerilla zur Massenpartei** des Arbeitskreis Internationalismus Karlsruhe. "Die Tupamaros in Uruguay gehören zu den revolutionären Befreiungsbewegungen, die ihre revolutionären sozialistischen Zielvorstellungen nie aus den Augen verloren haben, auch wenn sie ihre jeweiligen Strategien und Taktiken im Kampf dafür den jeweiligen veränderten Bedingungen angepaßt haben. Sie waren die erste Guerillagruppe, die begonnen hat, als legale politische Massenorganisation zu arbeiten," heißt es in der Einleitung. Es folgen Interviews und Texte von E. Fernandez Huidobro, dem Mitbegründer der Tupamaros, u.a. Die Broschüre gibt einen Einblick in den Diskussionsprozeß der Tupamaros über den politischen Wandel.

Ernesto Kroch, Exil in der Heimat - Heim ins Exil, Erinnerungen aus Europa und Lateinamerika, Dipa-Verlag, Frankfurt 1990, 205 S., DM 32.-
Ernesto Kroch, Uruguay zwischen Diktatur und Demokratie, Dipa- Verlag, Frankfurt 1991, 213 S., DM 32.-
Monika Bossung, Das Volk entscheidet, Uruguays Widerstand gegen die Militärdiktatur, AG SPAK, München 1990, 162 S., DM 24.-
AKI (Hg.), Tupamaros - Von der Stadtguerilla zur Massenpartei, Din A 4, 66 S., DM 6.- (plus Porto), Bezug: AKI, Postfach 20 67, 7500 Karlsruhe. Der Bezug dieser Broschüre ist auch über das iz3w möglich!

Der Schuldenberg der Entwicklungsländer wächst weiter - auf jetzt über 1,3 Billionen Dollar. Jeden Tag zahlen die Staaten der Dritten Welt rund eine Milliarde Mark für den Schuldendienst - Mittel, die für eine eigene, selbstbestimmte Entwicklung fehlen. Das Kinderhilfswerk UNICEF schätzt, daß als Folge von Schuldenkrise und Rezession jedes Jahr mehr als eine halbe Million Kinder sterben.

Höhere Arbeitslosigkeit, drastische Preissteigerungen, eine weitere Kürzung der sozialen Dienste... - das sind die Folgen einer "Anpassungspolitik", die der Internationale Währungsfond (IWF) Ländern verordnet, die ihre Schulden nicht mehr begleichen können. Die Bevölkerungsmehrheit zahlt die Zeche.

Zum Beispiel Verschuldung liefert nicht nur aktuelle Zahlen und wichtige Hintergrundinformationen; das einführende Lesebuch zeigt auch auf, welche Ansätze es zur Lösung der Schuldenkrise gibt.
U. Hartwig/U. Jungfer, Zum Beispiel Verschuldung, Lamuv- Verlag, Göttingen 1992, 112 S., DM 9.80. Das Buch ist auch beim iz3w erhältlich!



Die neueste Ausgabe des Magazins **'Dr. med. Mabuse'**, Zeitschrift im Gesundheitswesen, liefert einige spannende Beiträge zu einer Kontroverse in der aktuellen Entwicklungsmedizin. Sie dokumentiert die jüngsten Thesen von Maurice King, der in den sechziger und siebziger Jahren viel zur Dekolonisierung der Tropenmedizin beigetragen hat, und stellt ihm kritische Überlegungen von Pitt Reitmaier gegenüber. Dieser weist nach, wie unseriös die demographischen Berechnungen sind, auf welchen Maurice King seine Gedankengebäude errichtet und wie gefährlich der Versuch von King ist, von oben herab weltweite Familienplanung zu betreiben. Reitmaier attestiert dem Altmeister der Entwicklungsmedizin, er sei 'im Vollbesitz des guten Willens vom gesunden Menschenverstand zur Unmenschlichkeit' übergegangen. In einem zweiten Schwerpunktbeitrag erläutert Judith Richter, welche Indizien dafür sprechen, daß das gemeinsame Positionspapier des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, der evangelischen und der katholischen Kirche zur 'Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt' Teil einer 25 Millionen schweren Imagekampagne ist, die der ins Zwielicht geratenen Branche zu neuem Ansehen verhelfen soll. Die Zeitschrift gibt's für acht Mark in guten Buchläden oder direkt bei **Dr.med. Mabuse, Postfach 11 06 42, 6000 Frankfurt 1, Tel.:069/738 17 24**

Rechtzeitig zum Weltwirtschaftsgipfel vom 6. bis 8. Juli in München erscheint der isw-report Nr.11 mit dem Thema: **G7 - Der Weltwirtschaftgipfel (Hrsg. isw-sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V., Georg-Wopfner-Str.46, 8000 München 45, Tel.: 089/323 1780).** Der vorliegende Report (Schutzgebühr 5.-DM) will der Frage nachgehen: 'Was gibt es eigentlich zu kritisieren, daß sich einmal im Jahr die Repräsentanten der G7 zu Wirtschaftsgesprächen versammeln?'. Es werden Fakten und Analysen zu einer Kritik der herrschenden Wirtschaftsordnung geliefert. Die Ideologie der führenden Industrienationen wird ebenso beschrieben wie die Auswirkungen dieser Politik. Weitere Themen: Die Stellung der unterentwickelten Länder in der Weltwirtschaft und die neuesten Entwicklungen in den Ländern Osteuropas.



Über die gegenwärtige Lage in Osttimor und deren Vorgeschichte informiert eine neue Broschüre von Klemens Ludwig: **Das Schweigen brechen. Osttimor - Kultur und Widerstand, hg.v. Pazifik Informationsstelle, Hauptstr. 2, 8806 Neuendettelsau,** 78 S. Der Autor behandelt die Geschichte der Insel von den Anfängen der Besiedelung, über die Ankunft der Portugiesen bis hin zur gewaltsamen Annexion durch die indonesischen Militärs. Der wesentliche Teil des Büchleins ist dem Widerstand der Osttimoresen gegen die indonesische Militärherrschaft gewidmet. Es enthält etliche Photos, eine Liste weiterführender Literatur sowie die Adressen von Solidaritätsgruppen und einschlägigen Informationsstellen.



Charles Pauli zeichnet in seinem bereits Ende 1990 erschienenen Buch: **'Türkei - Hinter den Kulissen eines Wirtschaftswunders'** die Entwicklung des Landes seit den 70er Jahren nach. Pauli bleibt dabei nicht auf der Ebene einer Länderstudie stehen, sondern versucht am Beispiel der Türkei exemplarisch den (Un)möglichkeiten und Gesetzmäßigkeiten einer nachholenden Industrialisierung nachzuspüren. Neben einer Fülle von Daten und Beispielen aus der Türkei werden auch Materialien aus anderen sogenannten unterentwickelten Ländern mit ähnlichen Entwicklungen zum Vergleich präsentiert. Das Buch ist keine hochabstrakte Theorieübung, sondern vermittelt faktenreich sowie allgemeinverständlich und flüssig geschrieben auch theoretisch unbeschlagenen LeserInnen einen Einstieg in die Probleme und ökonomischen wie sozialen Folgen der zunehmenden Integration der Türkei und vergleichbarer Länder in die kapitalistische Weltwirtschaft. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung und ihren sozialen Folgen wird auch die politische Entwicklung in den achtziger Jahren unter dem Einfluß der Militärs und die Unterdrückungspolitik in den kurdischen Gebieten erörtert. Besondere Berücksichtigung findet die Türkeipolitik der BRD, wobei deutlich wird, daß nicht erst die jüngsten Massaker des türkischen Staates in Kurdistan die deutsche Politik gründlich diskreditieren.
Charles Pauli; Türkei - Hinter den Kulissen eines Wirtschaftswunders; isp pocket 47; Frankfurt 1990

Laßt tausend bunte Räder fahr'n

Sich ein Fahrrad anschaffen, das ist etwas, worauf Familien in vielen Ländern der sogenannten Dritten Welt jahrelang sparen müssen. Ist es dann geschafft, bringt der Fahrradbesitz enorme Vorteile: Früchte vom Feld holen bzw. zum Markt bringen, Getreide zur Mühle transportieren, Wasser und Feuerholz besorgen. Die Förderung der Fahrradnutzung - diese Vermutung liegt nahe - bietet ein interessantes Feld für sinnvolle Entwicklungshilfe. Bessere Versorgung mit Rädern und Ersatzteilen, Aufbau von Reparaturwerkstätten, Ausbildung von Fahrradmechanikern, günstige Kredite zur Radfinanzierung an handwerkliche Kleinbetriebe, bäuerliche Kooperativen und Familien. Doch ist auf absehbare Zeit ein Umschwenken zu erwarten? Weg von der einseitigen Subventionierung des motorisierten und der Diskriminierung des lokalen nicht-motorisierten Verkehrs und Transports? Die für Verkehrsplanung in den meisten Dritte Welt Ländern zuständigen Politiker und Experten gehören selbst zum motorisierten Teil der Bevölkerung, haben westliche Verkehrsmodelle im Kopf und, nicht zu unterschätzen, das Beispiel zahlreicher sich fast ausschließlich motorisiert fortbewegender weißer Besucher, Fachleute und Entwicklungshelfer vor Augen. Aber nicht allein staatliche Politik hindert das Fahrrad an der 'Eroberung' der Dritten Welt. Die eingangs erwähnten Arbeitserleichterungen treten meist im Aufgabenbereich von Frauen auf. Das Fahrrad gilt jedoch in vielen Ländern des Trikont als 'Männertechnologie'. So sinnvoll die Idee des Fahrrad-Exports, aus arbeitserleichternden und ökologischen Gründen auch erscheint. Als 'angepaßte Technologie' kann das Rad nur dort bezeichnet werden, wo es die Menschen in ihren Alltag integrieren. Weitere Infos über:

Hannes Schindler
Hagsfelder Allee 18
7500 Karlsruhe
0721/694720

Keine Berufsausbildung für Palästinenser!?

In den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten Westbank und Gaza gehört es auch im fünften Jahr der Intifada zur Politik der Militärbehörden Einfluß auf die Bildungssituation der palästinensischen Bevölkerung zu nehmen. Langfristige Ausgangssperren, generelle oder lokal begrenzte, oft unbefristete Schulschließungen sind die Instrumente dieser Besatzungspolitik. Verbote selbstorganisierten Unterrichts gehören dazu, wie auch Berufsverbote für Lehrer und Erzieher. Mit fatalen Folgen für den Bildungsstand von bislang schon vier Jahrgängen palästinensischer Schülerinnen und Schüler. Analphabetismus breitet sich aus. Eine intellektuelle Unterentwicklung einer ganzen Generation scheint vorprogrammiert. Die Situation im Berufsausbildungsbereich ist noch problematischer. Hier leiden die Jugendlichen nicht nur unter den Auswirkungen der Intifada und dem Druck des Militärs. Ein gewerbliches Berufsbildungssystem als solches hat es in den besetzten Gebieten nie gegeben. Es gibt zwar einige wenige Berufsausbildungszentren in meist internationaler oder kirchlicher Trägerschaft. Aber nur 2-3% der Schulabgänger können anschließend eine Berufsausbildung antreten. Die wenigen Berufsausbildungszentren sehen sich mit ihren wenigen Ausbildungsplätzen zehn- bis hundertfachen Bewerberzahlen gegenüber. Es gibt zu wenig handwerkliche Ausbildungsmöglichkeiten und die wenigen Zentren haben einen schlechten Standard. Für junge Frauen und Mädchen ist das Angebot qualifizierter Ausbildungsmöglichkeiten noch geringer.

Die ökonomische Situation in Westbank und Gaza hat sich unter dem Druck der israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert. Gleichzeitig sind aber auch Initiativen entstanden, die sich vor diesem Hintergrund dafür einsetzen, die immer wichtiger werdende berufliche Ausbildung der jungen Palästinenserinnen und Palästinenser zu verbessern. Organisationen und Institutionen wenden sich an die internationale Öffentlichkeit mit der Bitte um Hilfe beim Aufbau von Berufsbildungseinrichtungen.

Der Globus e.V. (Verein für interkulturelles Zusammenleben und Lernen, Hamburg) ist angefragt worden, ob es Möglichkeiten gibt die gewerbliche Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern aus Westbank und Gaza in der Bundesrepublik durchzuführen. Gedacht ist zunächst an ein Modellprojekt, in dessen Rahmen fünf bis zehn Lehrerkollegen aus Palästina für etwa ein halbes Jahr in die Bundesrepublik kommen. Sie werden hier in dieser Zeit in zwei gewerblichen Bereichen praktisch und didaktisch weitergebildet. Außerdem gilt es in dieser Zeit ein intensives Austausch und Betreuungsprogramm durchzuführen, das auch Grundlage für spätere weitere Kooperationen sein kann. Globus e.V. hält ein solches Projekt für eine konstruktive Möglichkeit, die Entwicklung eigenständiger palästinensischer Strukturen solidarisch zu unterstützen. Denn die Verbesserung der Bildungssituation ist Grundlage einer sich langfristig entwickelnden Entspannung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in Palästina. Der Verein sucht Menschen, die Interesse an der Weiterentwicklung eines solchen beruflichen Fortbildungsprojekts für palästinensische Lehrer haben. Des weiteren sind sie daran interessiert, ob schon anderswo Erfahrungen mit solchen Projektansätzen gemacht worden sind.

Globus - Verein für interkulturelles Zusammenleben und Lernen e.V.
Lange Reihe 30/32
2000 Hamburg 1
Tel.:040/480 78 10

Beobachter-Delegationen nach El Salvador?

Besorgniserregende Nachrichten aus El Salvador erhielten Aktive aus der El Salvador-Solidarität in den letzten Wochen. In den 'Auffanglagern', in denen die FMLN-Kämpfer zusammengezogen wurden, soll die Versorgungslage katastrophal sein. Die Regierung blockiert die Lieferung von Ausstattungsgütern und die finanziellen Mittel, die von verschiedenen Ländern für die Versorgung der Kämpfer der FMLN in das Land geschickt worden sind. Kirchliche Organisationen haben darauf hingewiesen, daß die tägliche Essensration unter der liegt, die in Katastrophenfällen vorgesehen ist. Die Kämpfer der FMLN leben oft nur unter Plastikplanen, es existiert keine geregelte medizinische Versorgung. Für die vorgesehene Alphabetisierung und Schulausbildung fehlt es ebenfalls an Material. Die Hinhaltepolitik der Regierung scheint darauf abzuzielen, die Sammellager direkt kontrollieren zu wollen. Diese Situation hat in der Bundesrepublik dazu geführt, daß sich Mitglieder von Gruppen wie der 'Jörg-Weiß-Delegation' überlegen, eine Beobachtergruppe vor Ort zu schicken. Die sogenannten, Jörg-Weiß-Delegationen, benannt nach dem 1988 von den salvadorianischen Militärs ermordeten Schweizer Arzt Jörg Weiß, hatten in den achtziger Jahren die Rücksiedlungsdörfer besucht, ihnen finanzielle und materielle Hilfe angeboten und damit die Bevölkerung dieser Gebiete solidarisch unterstützt. Damit waren des öfteren Armeeübergriffe auf diese Dörfer verhindert worden.

L.P. Tisso / ug

Kritik am 'Flood Action Plan' (FAP)

Auf einer Sitzung der G7 Staaten im Sommer 1989 beauftragten die Regierungschefs die Weltbank, einen umfassenden Aktionsplan für Bangladesch zu entwerfen, um zukünftige Überschwemmungskatastrophen in diesem Land zu verhindern. Bangladesch besitzt das zweitgrößte Deltasystem der Welt, in dem über 110 Mill. Menschen leben. Am "Flood Action Plan" sind zwölf westliche Staaten, die EG, die Asian Development Bank und verschiedene UN-Organisationen beteiligt. In einer 'Forschungsphase' werden für über 140 Mill.$ Studien über Maßnahmen zur Lösung des Überflutungsproblems verfaßt. Mehrere Millionen Menschen müßten umgesiedelt werden, falls große Dämme gebaut würden. Außerdem befürchten Organisationen und Experten innerhalb und außerhalb Bangladeschs, daß die Bauvorhaben, die Zerstörung der insbesondere für die ärmere Bevölkerung lebenswichtigen Fischkulturen nach sich zögen und unabsehbare negative Auswirkungen auf den Reisanbau mit sich brächten. Das 'Information, Alternatives and Opposition Network - International' in Berlin koordiniert die Bemühungen von NGOs aus Bangladesch, den EG Ländern, der USA und Japan, um ein Moratorium für Baumaßnahmen im Rahmen des Flood Action Plans und die Offenlegung der Planungen zu erreichen.

Information, Alternatives & Opposition Network
Bangladesch Bob Counseller
Unter den Linden 36-38
1086 Berlin
Tel. 030/20340 - 639;

Dritte Welt Nr. 6/1992
Schwerpunkt: Umwelt und Entwicklung/Weltmeere * UNCED: Außer Spesen nichts gewesen? * Wolfgang Sachs: Die Rationierung der Natur * Weltmeere - Plünderung oder faires Teilen? * Das El Dorado in der Tiefsee * Vom Angeln zum Fischstäbchen * Müllhalde Meer * Literatur zum Thema * Kuba: DW-Interview mit Rafael Hernandez - Zwischen Embargo und Demokratisierung * Uruguay: Frente Amplio im Aufwärtstrend (Teil 2) * Libyen: Neue Weltordnung - Zweiter Akt * Afghanistan: Wegweiser durch das Labyrinth * Porträt: Mudjahedinführer Ahmad Shah Masud * Kontroverse: Kritik kritikloser Entwicklungskonzepte * Marktwirtschaft: Massenmord für Organhandel * Vor 45 Jahren: Die Teilung Indiens * Kurzinformationen: USA-Panama, Iran, Sierra Leone, Atomwaffentests, GATT * Infos zur Solidarität: Ausstellung, Ausländerpolitik, Buchtip, Lateinamerika u.a.
Einzelheft 6,50 DM; Abo 60 DM
Bezug: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

informationsdienst südliches afrika Nr. 2 März/April 1992
Schwerpunkt: Ökologie und Politische Gewalt in Südafrika
Südafrika: Sieben Jahre Übergang - neue Verfassung könnte im nächsten Jahr vorliegen * Anstifter zum Unfrieden - Staatliche Unterstützung für Inkatha * Parteigänger des Terrors - Bericht der Human Rights Commission * Trauer um Skhumbuzo Mbatha * Wir wollen unser Land zurück - Zwangsumgesiedelte fordern ihr Recht zurück * SACP-Kongreß diskutiert Verhältnis zum ANC * Zaire: Pulverfaß Zaire * Zimbabwe: Die Falle der Tradition - Die neue städtische Frau erkämpft Unabhängigkeit * Umwelt: Die umweltpolitische Debatte in Südafrika * Tauziehen um Landrechte - Naturpark Richtersveld * Naturpark Kosi Bay * Earthlife Africa * Zeitbombe Quecksilber - Umweltskandal bei Thor Chemicals * Diskussion: Im Namen der "Demokratie" - Freie Bahn dem liberalen Modell * Gegen die Pseudo-Schwesterlichkeit - Kritik schwarzer Feministinnen am weißen Feminismus * Bücher * Zeitschriftenschau * Kurznachrichten.
Beigeheftet: SADCC-Brief Mosambik in den 90er Jahren * INWASA - Informationen aus Wirtschaft und Arbeitswelt Nr. 6 *
Preis: DM 6,- Abo: DM 40,-
Bezug: Informationsstelle Südliches Afrika, Königswinterer Str. 116, 5300 Bonn 3

ila 155, Mai 92
Schwerpunktthema "Schwarze Kultur - Schwarzer Widerstand"
Auf 42 Seiten Beiträge zu einem Thema, das in der gegenwärtigen "500 Jahre-Diskussion" zu kurz kommt. Das Heft schlägt den Bogen vom Sklavenhandel, der karibischen Plantagenwirtschaft am Beispiel Jamaica zu den je nach Land verschiedenen Ausformungen der Schwarzenbewegung und ihrer (Widerstands-) Kultur einst und jetzt: Brasilien, Haiti, Cuba, Nicaragua, Kolumbien; sowie Gedanken und ein Interview zur Frage des Rassismus in der BRD und speziell in der hiesigen Linken.
Weitere Berichte zur Lage in Peru nach dem "Staatsstreich von oben", über die Entlassung des brasilianischen Umweltministers José Lutzenberger sowie einen Situationsbericht zu Venezuela.
In der Reihe "Lebenswege" wird die Schauspielerin Steffie Spira porträtiert. In dem Interview berichtet sie über ihre Exiljahre in Mexico und die Übersiedlung in die DDR.
Um Ostern rückten die spanische Gegenkampagne zum 1992-Spektakel im Spanischen Staat und ihre UnterstützerInnen aus Lateinamerika und Europa in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, als der spanische Polizeiapparat in bester Francotradition Demonstranten gegen die EXPO-Eröffnung in Sevilla wahllos beschoß und einige Dutzend Leute grundlos festnahm. Auf 8 Seiten eine Chronologie der Ereignisse und "Ansichten aus dem Knast".
72 Seiten, Einzelpreis 6,- DM, Abo unverändert 50,- DM, Bezug: ila, Heerstraße 205, 5300 Bonn 1

Lateinamerika Nachrichten Nr. 215, Mai 1992
BRD - Ohne Esprit könnten die Menschen ... * Peru - ... und für Demokratie sind alle * Frauen (Schwerpunkt): Peru - Die feministische Kampfansage gegen Sendero aus Lima/Interview mit Gladys Acosta vom Frauenzentrum Flora Tristan * Zentralamerika - Frauentreffen in Managua: "Es ist kein Wunder, daß wir jetzt von Macht reden" / Frauentreffen in El Salvador * Nicaragua - Frauen-Wirtschaft * Jamaica - Frauen-Theaterkollektiv SISTREN / Michael Manleys Abtritt von der politischen Bühne * Chile - Demokratie und Sicherheit (II) * Kuba - Wilhelm Tell * Brasilien - Collor zu Kuba * Argentinien - Gegen das Ausbluten der Schulen / Wirtschaftsprogramm Cavallo II - Hoffnung auf Stabilität

Lateinamerika Nachrichten Nr. 216, Juni 1992
Peru - Szenarien von Übergang und Übergabe * Chile- Modellfall Chile? * Umwelt/UNCED - Rio: Gipfel an Unverbindlichkeit/Inwertsetzung der amazonischen Reichtümer/Brasilianische Umweltpolitik im Zwielicht * Brasilien - Rio de Janeiro: Fragmente aus einer gespaltenen Stadt * USA - Eine zerrissene Gesellschaft * Mexiko - Schönes Mexikozonoxyd * Nicaragua - Nachrichten aus einem unbefriedigten Land * Kolumbien - Die Pazifikküste - Eine Entwicklung ohne Currulao-Tänze und ohne Klarinetten? * Haiti - "Wir haben nichts mehr zu verlieren" * Kuba - Viva Cuba! * BRD - Inka-Peru-Ausstellung: In einer fremden Zeit / Eichenblatt oder Feigenblatt - deutsche Auslandsschule / Proteste gegen die Expo 92 * Rezension - Von Hängematte und Gleichgültigkeit
Einzelheft: DM 5,- / Jahresabo: DM 55,-
Bezug: Lateinamerika Nachrichten Vertrieb Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/694 61 00
Fax. 030/692 65 90

ami (antimilitarismus information) 22. Jahrgang, Heft 6, Juni 1992: "Gibt es noch Friedensforschung?"
Ekkehart Krippendorf: Entmilitarisierungsforschung. * Wilfried Graf: Wider den Isolationismus in der Friedensforschung. * Hanne-Margret Birckenbach, Regine Mehl: Frauen - Friedensforschung mit Pfiff. * Manfred Efinger: Regimeanalyse: Impulsgeber oder Hemmschuh für die Friedens- und Konfliktforschung? * Anja Jetschke: Bewegte Forschung - Forsche Bewegung? * Ilse Petry: Die Situation von Frauen an den Instituten. * Dorothea Kamp: Friedensforschung - auf dem Weg zur Nadelstreifenwissenschaft? (Interview mit Astrid Albrecht-Heide) *
Bezug: antimilitarismus information, Elßholzstr. 11, 1000 Berlin 30. Abo: DM 40,- incl.; Themenheft: DM 4,50 zuzüglich Porto.



Tagungshinweise

Internationaler Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel (WWG)
vom 3.-5. Juli 1992 in der Ludwig-Maximilian-Universität München
Anmeldung und Infos bei:
Kongreßbüro Sprecherrat der LMU,
München
z. Hd. Michael Köhler und Dirk Joußen
Leopoldstr. 15
W-8000 München 40
Tel.:089/21802072

Literatur Interkulturell.
Ein literarischer Gesprächsabend am Freitag, 26 Juni 1992 im Literaturhaus
Schwanenwik 36, 2000 Hamburg 76
Infos bei:
Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte
c/o Der Ausländerbeauftragte der Stadt Hamburg
Osterbekstr. 96
W-2000 Hamburg 76
Tel.:040/2984-3444

Kulturtourismus in Europa: Wachstum ohne Grenzen?
Interessierte wenden sich bitte an den Veranstalter:
Europäisches Tourismus Institut GMBH
an der Universität Trier
Dipl.-Geogr. Petra Job
Bruchhausenstr. 1
W-5500 Trier
Tel.:0651/44832

Schule und Eine Welt.
Arbeits- und Koordinationstreffen für entwicklungspädagogische Informa-tionszentren und LehrerInnenbibliotheken zum Lernbereich Eine Welt vom 26.-28. Juni 1992 in Arnoldsheim
Anmeldung und Infos bei:
Evangelische Akademie Bad Boll
Büro Reutlingen
z.Hd. Frau Morville
Kaiserstr. 137
W-7400 Reutlingen
Tel.:07121/40054

Neu eingetroffene Bücher

Hasan Dewran, **Feuer seit Zarathustra**; Brandes & Apsel Verlag, Nassauerstr. 1-3 in 6000 Frankfurt/M. 50, 1992; 90 Seiten, 19,80DM

Henning Melber, **Der Weißheit letzter Schluß**; Brandes & Apsel Verlag, Nassauerstr. 1-3 in 6000 Frankfurt/M. 50, 1992; 160 Seiten, 19,80DM

D. Nohlen, F. Nuscheler, **Handbuch Dritte Welt, Grundprobleme, Theorien, Strategien**; J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2 in 5300 Bonn 1; April 1992, 508 Seiten, 48,-DM

Institut für Migration und Rassismusfragen (Hrsg.), **Rassismus und Migration**; Argument, Rentzelstr. 1 in 2000 Hamburg 13; 1992, 564 Seiten, 38,-DM

Hamburger Arbeitskreis Asyl (Hrsg.), **Da dreht sich Dir der Kopf um**; Völckerstr. 14-20 in 2000 Hamburg 50; 1992, 50 Seiten, 7,-DM

Gerlinde Kurzbach, **Kamerun Ein Reisebuch**; VSA Verlag, Stresemannstr. 384a in 2000 Hamburg 50; Mai 1992, 240 Seiten, 32,-DM

Bruno Manser, **Stimmen aus dem Regenwald**; Zytglogge Verlag, Eigerweg 16 in CH-3073 Gümlingen; 1992, 302 Seiten, 38,-DM

Peter J.Opitz, **Grundprobleme der Entwicklung**; C.H. Beck, Wilhelmstr. 9 Postfach 400340 in 8000 München 40; 1992, 336 Seiten, 24,-DM

Deutsche Gesellschaft der Vereinten Nationen (Hrsg.), **Weltbevölkerungsbericht 1992**; DGVN, Dag-Hammarskjöld-Haus, Poppelsdorfer Allee 55 in 5300 Bonn 1; 1992, 54 Seiten

---

Verónica de Osa, **Die trüben Wasser des Amazonas**; Frieling Verlag, Liliencronstr. 8 in 1000 Berlin 41; 1992, 224 Seiten, 36.-DM

Ron O'Grady, **Gebrochene Rosen**; Horlemann Verlag, Lohfelderstr. 14 in 5340 Bad Honnef 1; 1992, 165 Seiten, 14,-DM

Jack D. Forbes, **Columbus und andere Kannibalen**; Peter Hammer Verlag, Föhrenstr. 33-35 in 5600 Wuppertal 2; 1992, 178 Seiten 19,80DM

Cristina Policastro, **Das Haus der Tugenden**; Peter Hammer Verlag, Föhrenstr. 33-35 in 5600 Wuppertal; 1992, 163 Seiten 28,-DM

Meja Mwangi, **Narben des Himmels**; Peter Hammer Verlag, Föhrenstr. 33-35 in 5600 Wuppertal; 1992, 278 Seiten, 34DM

Asta, der UNI Gießen (Hrsg.), Alternativseminar zu Nicaragua, **Nicaragua 1992**; Otto-Behaghelstr. 25 in 6300 Gießen; 1992, 66 Seiten, 5,-DM